„Die Kandidatenaufstellung der 'Union pour la Nouvelle République' und ihrer Koalitionspartner bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1967 und 1968 unter Berücksichtigung der Wahlen von 1958 und 1962"

Dissertation
zur
Erlangung des akademischen Grades
DOKTOR DER PHILOSOPHIE
im Fachbereich Sozial- und Verhaltenswissenschaften,
Pädagogik
der Eberhard-Karls-Universität zu Tübingen

vorgelegt
von
Udo Kempf
aus
Remscheid-Lennep

1971

1970

"Die Kandidatenaufstellung der
'Union pour la Nouvelle République'
und ihrer Koalitionspartner bei den Wahlen
zur Nationalversammlung 1967 und 1968
unter Berücksichtigung der Wahlen von 1958 und 1962"

D I S S E R T A T I O N
zur
Erlangung des akademischen Grades
D O K T O R D E R P H I L O S O P H I E
im Fachbereich Sozial- und Verhaltenswissenschaften,
Pädagogik
der Eberhard-Karls-Universität zu Tübingen

vorgelegt
von
Udo Kempf
aus
Remscheid-Lennep

1971

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

Gedruckt mit Genehmigung des Fachbereichs Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Pädagogik der Universität Tübingen

Hauptberichterstatter:	Prof. Dr. Klaus v.Beyme
Mitberichterstatter:	Prof. Dr. Theodor Eschenburg
Dekan:	Prof. Dr. Klaus v.Beyme
Tag der mündlichen Prüfung:	21. Dezember 1970

Druck: Mikrokopie - München

Meinen lieben Eltern

Vorwort

Dem Deutschen Akademischen Austauschdienst habe ich es u.a. zu verdanken, daß ich diese Arbeit schreiben konnte, da er mich mit einem Forschungsstipendium unterstützte.

Ganz besonders möchte ich meinem verehrten Lehrer Professor Klaus von Beyme danken, der die vorliegende Arbeit anregte und mir durch seine umfassenden Kenntnisse mannigfaltige Ratschläge gab.

In Paris unterstützten mich Prof. A. Grosser und Prof. F. Goguel sehr großzügig.

Ohne die Hilfe der Damen und Herren des Bureau National der U.N.R. und der Assemblée Nationale hätte ich die vorliegende Studie nicht in diesem Maße betreiben können, wofür ich ihnen zu großem Dank verpflichtet bin.

Heidelberg, im Mai 1970

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung	1
A) Das französische Wahlsystem	4
B) Die Parteien der "Majorité"	8
I. Die Union pour la Nouvelle République	8
a) Ihre historische Entwicklung von 1958 - 1968	8
b) Die Parteiprogramme von 1967 und 1968	19
c) Die Mitglieder	24
d) Das Wählerreservoir der UNR	27
II. Die Unabhängigen Republikaner und ihr Verhältnis zur UNR	31
C) Die Kandidatenaufstellung	35
I. Die untersuchten Wahlen 1958 - 1968	35
II. Die Auswahl bei der UNR	43
a) Gemäß den Statuten:	43
b) Die Kandidatenauswahl 1958 und 1962	48
c) Das Comité d'Action für die Wahlen 1967	64
1. Das Comité d'Investitures	67
2. Die Auseinandersetzungen innerhalb der Majorité	70
3. Die Differenzen in der UNR-UDT	74
3.1. Die IFOP-Untersuchungen	74
3.2. Die nicht wiederaufgestellten Abgeordneten	85
3.3. Die Dissidenten	92
4. Kriterien für die Nominierung	95
4.1. der Kandidaten	95
4.2. die Haltung der "cadres départementaux"	97
4.3. die "Parachutés"	99
4.4. die Ministerkandidaturen	101

Seite

5. Die nichtgaullistischen Kandidaten 104

5.1. Die Républicains Indépendants 104

5.2. Unterstützte Kandidaten des MRP 106

d) Die Vorbereitungen für die Wahlen im Juni 1968 110

1. Die allgemeine Situation nach der Auflösung der Nationalversammlung 110

2. Gespräche zwischen den Führern der Majorité 112

3. Die Nominierung bei der UDR und den Unabhängigen Republikanern 113

3.1. Die Errichtung des Comité d'Investitures 113

3.2. Verhandlungen mit den Unions départementales 114

3.3. Auswechselung eines Teils der Kandidaten von 1967 119

3.4. Differenzen mit den Unabhängigen Republikanern 124

3.5. Nominierung etlicher Parteiloser 127

III. Alter und Beruf der Kandidaten der Majorité 130

D) Schlußbetrachtung 137

Quellen und Literaturverzeichnis 142

Abkürzungen 148

Anhang 149

Einleitung

Während der Maiereignisse 1968 tauchten bei französischen Parlamentariern fast aller politischen Richtungen Stimmen auf, daß die Auswahlkriterien für die Kandidaten der französischen Nationalwahlen nicht repräsentativ seien und nur von einem winzigen Parteigremium ohne Berücksichtigung der departementalen Gruppen entschieden würden. Man forderte nach der Auflösung der Nationalversammlung durch den Staatspräsidenten[1], das System der Kandidatenauswahl grundlegend zu ändern, um die politischen Parteien auf diesem für sie so entscheidendem Gebiet zu demokratisieren.
Das Verfahren bei der Aufstellung führt in fast allen Ländern mit demokratischen Wahlsystemen einige Monate vor den Wahlen zu mehr oder minder schwierigen Problemen.

Der Wähler, der durch seine Stimmabgabe letztlich entscheidet, steht bei diesen Auseinandersetzungen völlig abseits und erfährt nur gelegentlich aus Zeitungsnotizen über diese parteiinternen Auseinandersetzungen.

> Maurice Duverger bemerkt zu diesem Problem, "daß die Juristen ... über die Bedeutung der Wahl eine Theorie der Repräsentation entwickelt haben, nach der der Wähler dem Gewählten ein Mandat erteilt, in seinem Namen zu sprechen. So ist das Parlament, der Beauftragte der Nation, der Träger der nationalen Souveränität. Die Wahl sowohl wie die Lehre von der Repräsentation haben aber durch die Entwicklung der Parteien eine gründliche Umwandlung erfahren.
> Es handelt sich jetzt nicht mehr um einen Dialog zwischen Wählern und Gewählten, zwischen Nation und Parlament. Zwischen beide ist ein Drittes getreten, durch das die Art ihres Verhältnisses sich radikal ändert. Bevor der Kandidat gewählt wird, wird er von seiner Partei gewählt. Die Wähler bestätigen nur diese Wahl"[2].

Der eigentlichen Wahl geht also eine Vorwahl durch die Parteigremien oder durch die Mitglieder der Parteien voraus, da die Partei die einzelnen Kandidaten nominiert, die sich anschließend den Wählern präsentieren.

---

1) am 30. Mai 1968
2) Duverger, Die polit. Parteien, p.360

Fragt man nach den Kriterien, die für die Auswahl bestimmend sind, so ergibt sich eine Vielzahl von Gesichtspunkten, die je nach Art des Wahlsystems zutreffen.
Da sich meine Untersuchungen auf die französische Regierungspartei erstrecken, möchte ich nur Punkte erwähnen, die für dieses Land und sein Wahlsystem von Bedeutung sind.
Beim französischen absoluten Mehrheitswahlsystem kann das Prestige, das ein möglicher Kandidat in seinem Wahlkreis besitzt, über den Sieg oder die Niederlage seiner Partei entscheiden.
Andererseits wird dieses Merkmal gerade durch das Ansehen des Staatspräsidenten aufgewogen, für dessen Politik die UNR bzw. UDR sich einzusetzen bereit ist, so daß gegebenenfalls ein völlig unbekannter Kandidat die Mehrheit der Wähler für sich gewinnen kann.
Während in der Bundesrepublik Deutschland die örtlichen Parteiorganisationen ihre Kandidaten für die Bundestagswahlen bestimmen, ergibt sich in Frankreich ein genau entgegengesetzter Modus bei der Kandidatenauswahl.
Bei diesen Betrachtungen muß ebenfalls der zentralistische Staatsaufbau Frankreichs berücksichtigt werden, der sich in den Strukturen der französischen Parteien widerspiegelt. Bei den Untersuchungen meiner Arbeit legte ich vor allem Wert auf die Frage, inwiefern der demokratische Willensbildungsprozeß sich in Frankreichs Regierungsparteien herangebildet hat und welche grundsätzlichen Kriterien für die Auswahl maßgeblich sind.
Diese Fragestellung führt sofort zu dem Problem, ob es für eine Partei überhaupt opportun ist, generelle Kriterien anzuwenden oder ob es nicht sowohl für sie als auch für die Kandidaten günstiger sei, jeweils nach besonderen Gegebenheiten zu entscheiden.
Jede Partei wird sich strikt weigern, zuzugeben, ihre Kandidaten nach einem genau definierten Schema ausgewählt zu haben; es scheint mir aber zweckmäßig, schon jetzt darauf hinzuweisen, daß zumindest innerhalb der UNR einige

Gesichtspunkte grundsätzlich erfüllt sein müssen, um die offizielle Nominierung zu erhalten; jedoch dürfen diese Kriterien nicht zu stark hervorgehoben werden, da jeder einzelne Kandidat einen besonderen "Fall" darstellt, in dem sich die o.g. Punkte mit regionalen, beruflichen, persönlichen und politischen Motiven vermischen, die letztlich zu seiner Nominierung führen.

Der Aktualität wegen habe ich meine Untersuchungen auf die Wahlen 1967 und 1968 beschränkt; jedoch versuchte ich, in den meisten Fällen Parallelen zu den früheren Wahlkämpfen der V. Republik zu ziehen, obwohl das Material hierfür nur lückenhaft beschafft werden konnte.

Meine Ergebnisse stützen sich u.a. auf Fragebogen, die ich an Abgeordnete und Kandidaten versandt habe, und auf zahlreiche Interviews mit Ministern, Abgeordneten, Parteifunktionären und örtlichen Parteikadern.

Außerdem wurde bisher noch nicht publiziertes Material des "Institut français de l'opinion publique" berücksichtigt. Hinzu tritt die Durchsicht der regionalen und überregionalen französischen Presse vom Herbst 1958 bis zum Juni 1968.

A) Das französische Wahlsystem

Wie schon in der Einleitung vermerkt, spielt das Wahlsystem bei der Aufstellung eine entscheidende Rolle.
Während das deutsche Wahlsystem dem Wähler die Möglichkeit gibt, sich für einen Direktkandidaten und eine Parteiliste zu entscheiden, wählen die Franzosen ihre Abgeordneten nach dem "absoluten Mehrheitswahlsystem".
Zusammen mit der Verfassung der V. Republik ließ General de Gaulle während seiner Zeit als Ministerpräsident 1958 auch ein neues Wahlsystem ausarbeiten.
Maßgebend hierfür war die Einsicht, daß das Verhältniswahlrecht der IV. Republik dem Land keine stabile Regierung beschert hatte, vielmehr eine Vielzahl größerer und kleinerer Parteien, die dann mehr oder weniger schnell den Sturz des jeweiligen Ministerpräsidenten herbeiführten.
Schon nach dem Krieg hatte de Gaulle in dem Verfassungsentwurf für die IV. Republik, der anschließend von der Bevölkerung abgelehnt wurde und zu seinem Rücktritt führte, bereits das Mehrheitswahlrecht einbauen lassen. Dabei stützte er sich weitgehend auf das Wahlsystem der III. Republik. 1958 wurde der alte Vorschlag wieder aufgegriffen, da auch die bisherigen politischen Parteien sich für ein neues Wahlsystem aussprachen außer den Kommunisten und den Volksrepublikanern.
De Gaulles Abneigung gegen sämtliche politische Parteien kommt in dem neuen Wahlrecht mit seinen zwei Wahlgängen deutlich zum Vorschein.
Hofften er und seine Anhänger doch, mit diesem System die Parteiherrschaft zu brechen, die Sitze der Kommunisten in der Assemblée nationale zu verringern, vor allem aber klare Mehrheiten bei den Wahlen zu schaffen.
Nun fand sein Entwurf des absoluten Mehrheitswahlsystems beim französischen Volk einen großen Widerhall, wenn es auch unter de Gaulles Anhängern zu heftigen Diskussionen über die Listenwahl und die Einerwahl kam.

Die Mehrzahl der orthodoxen Gaullisten, an der Spitze Michel Debré, plädierten für die Listenwahl, da die Wahlbündnisse im zweiten Wahlgang einen festeren Charakter haben als die individuellen Absprachen in den Einerwahlkreisen.
Hier machte sich die Furcht bemerkbar, unabhängige Kandidaten evtl. unterstützen zu müssen, deren Zuverlässigkeit in der Nationalversammlung nicht unumstritten war.

> "Doch hätte dieses System zu einer Vernichtung der Sozialisten geführt, die nicht in der Lage und nicht bereit waren, mit den Kommunisten Wahlvereinbarungen zu treffen. Die rechte Mitte, die Unabhängigen und Gemäßigten, die Gaullisten und die Volksrepublikaner hätten auf Kosten der SFIO den Sieg errungen", vermutet Dieter Nohlen[1].

Ausschlaggebend war aber für den General ein anderes Faktum, nämlich die Aussöhnung aller Franzosen und somit aller politischen Richtungen (außer den Kommunisten).
Sein Kabinett vom Juni 1958 war eine Allparteienregierung, in dem der Sozialistenführer Guy Mollet eine starke Stellung besaß.
De Gaulle konnte Mollet durch eine Listenwahl des neuen Wahlrechts nicht brüskieren, da die Partei seiner Anhänger erst im Aufbau begriffen und er deshalb auf die Unterstützung fast aller demokratischen Parteien angewiesen war.
So entschied sich de Gaulle nach langem Zögern und heftigen Diskussionen mit seinen Anhängern für die Einerwahl.
Im einzelnen enthält das dann verabschiedete absolute Mehrheitswahlsystem mit zwei Wahlgängen[2] folgende Bestimmungen:

Die 487 Abgeordneten der Nationalversammlung[3] (470 für das Mutterland, 10 für die überseeischen Departements[4] und 7 für die überseeischen Territorien[5] [6]), werden für fünf Jahre in Einerwahlkreisen gewählt.

---

1) Sternberger, S.500
2) Ordonnanz Nr. 58-945 vom 13.10.1958, vervollständigt durch Nr. 58-1015 vom 29.10.1958 abgedruckt im "Code électoral", Paris, 1964

Um im ersten Wahlgang gewählt zu werden, muß der Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen von mindestens einem Viertel der eingeschriebenen Wähler erhalten.
Wenn kein Kandidat in einem Wahlkreis diese beiden Bedingungen erfüllt, findet eine Woche später der zweite Wahlgang statt. In diesem zweiten Wahlgang ist gewählt, wer die relative Mehrheit erhält.
Allerdings ließ de Gaulle für diesen 2. Gang einen Passus ins Wahlgesetz einfügen, daß nur Kandidaten an ihm partizipieren können, die mindestens 5% der abgegebenen Stimmen im ersten Wahlgang erhalten haben.
Dieser Prozentsatz wurde 1966 auf 10% erhöht.[7)]
Das aktive Wahlrecht besitzen alle Franzosen über 21 Jahren, die im Besitz ihrer bürgerlichen und politischen Rechte sind; das gilt auch für die überseeischen Gebiete. Alle Franzosen, die das aktive Wahlrecht besitzen und das 23. Lebensjahr vollendet haben, verfügen über das passive Wahlrecht.
Im "Code électoral" ist eine ganze Reihe hoher Beamter aufgezählt, die sich nicht als Kandidaten für Nationalwahlen aufstellen lassen dürfen; dazu gehören z.B. die Präfekten, Unterpräfekten, die Inspecteurs généraux de l'Econonmie nationale und die Bürgermeister von Paris[8)].

Jeder zugelassene Kandidat ernennt seinen Stellvertreter ("Suppléant"), den er nicht im 2. Wahlgang auswechseln darf. Scheidet ein Abgeordneter aus dem Parlament aus, so rückt automatisch sein Suppléant nach.

Fortsetzung der Anm. S.5:

3) Die nur 1958 gewählten algerischen Abgeordneten sind hier nicht berücksichtigt.
4) Guadeloupe 3 Abgeordnete, Guyane 1, Martinique 3, Réunion 3
5) Comores 2, Côte française des Somalis 1, Nouvelle Calédonie 1, Polynésie française 1, St. Pierre et Miquelon 1, Walis et Futuna 1
6) Abweichend vom Mutterland wird auf den Comoren nach der relativen Mehrheitswahl mit starren Listen gewählt.
7) Gesetz Nr. 66-1022 vom 29.12.1966
8) Genaue Aufstellung: Cahiers français 116 (1) 1967, p.8f.

Ein Abgeordneter, der zum Minister ernannt wird, ist verpflichtet, seinen Sitz dem betreffenden Suppléant zu überlassen.
Auf diese Weise soll - gemäß einer Forderung de Gaulles - die Regierungsführung von den politischen Parteien losgelöst werden. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß in der Praxis seit 1962 fast alle Minister auf de Gaulles Wunsch bei den Nationalwahlen kandidiert haben.

B) Die Parteien der "Majorité"

I. Die Union pour la Nouvelle République[1)]

a) Ihre historische Entwicklung von 1958 - 1968

Bevor die historische Entwicklung der UNR und ihres linken Flügels, der UDT, behandelt wird, sei kurz auf die Entstehung der V. Republik eingegangen.
Seit 1956 kämpfte die algerische Freiheitsfront für die Unabhängigkeit ihres Landes und band durch ihre Guerillataktik den Großteil des französischen Heeres in Algerien. Trotz enormer Kampfanstrengungen und Verlängerung der Wehrdienstpflicht gelang es den Franzosen nicht, die Aufständischen unter Kontrolle zu bringen.
Im Frühjahr 1958 deutete der französische Ministerpräsident Mollet vorsichtig mögliche Verhandlungen mit der FLN an; er wurde aber unmittelbar nach Bekanntwerden dieser Meldungen gestürzt.
Die Lage spitzte sich in Algerien immer mehr zu, und die Unzufriedenheit äußerte sich nicht nur bei der französischen Bevölkerung, sondern auch bei der Armee, die den politischen Sondierungen mißtrauisch gegenüberstand und ein zweites Indochina auf jeden Fall verhindern wollte.
Am 13. Mai 1958 brach in Algerien die Revolte der Colons aus mit dem Ziel, die liberale Politik der Regierung gegenüber der FLN zu verhindern.
Im Mutterland verhielt sich die Bevölkerung verhältnismäßig ruhig, hegte aber große Sympathien für die Forderungen der Colons.
Die Armee verhielt sich gegenüber dem Aufstand in Algier vollkommen passiv, unterstützte sogar die Ultras, mit denen sie geheime Kontakte unterhielt.
Die Mehrzahl der Verschwörer dachte zu Beginn des Auf-

---

1) seit 1966: Union démocratique pour la V^{e} République
seit 1968: Union pour la défense de la République
und Union des Démocrates pour la République

standes weniger an eine Regierung unter General de Gaulle, der eher von Politikern der Linken (wie Mendès-France) unterstützt wurde, als an ein Kabinett unter dem früheren Außenminister Georges Bidault.
Daß schließlich doch de Gaulle gebeten wurde, die Macht zu übernehmen, ist einer kleinen Gruppe von energischen Anhängern de Gaulles zuzuschreiben, die gleichzeitig beste Beziehungen zu den Colons und zur Armee besaßen wie z.B. Jacques Soustelle.
Mittlerweile zeigte sich, daß keine Partei in der Nationalversammlung fähig oder bereit war, eine neue Regierung zu bilden. So mußte man eine Persönlichkeit finden, die das zerrissene Volk kraft ihrer Autorität wieder vereinen konnte.
Die Nationalversammlung sah sich unter dem Druck des aus Algier hallenden Rufes "de Gaulle au pouvoir" gezwungen, den General am 1. Juni 1958 zum Ministerpräsidenten zu ernennen.
Am 3. Juni erhielt de Gaulle von den Abgeordneten den Auftrag, eine neue Verfassung auszuarbeiten, die dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden sollte; außerdem wurden ihm kraft Gesetzes vom 3. Juni außerordentliche Vollmachten erteilt.
Sofort nach seiner Amtsübernahme bildete de Gaulle eine Allparteienregierung (mit Ausnahme der Kommunisten und linker Extremisten) und beauftragte eine Kommission mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung.
Die Kernpunkte der neuen Verfassung finden sich in einer Rede de Gaulles, die er 1946 in Bayeux gehalten hatte und die sich mit der Rolle des Präsidenten der Republik beschäftigte.
Nach der neuen Verfassung fallen dem Staatspräsidenten vor allem folgende wichtigen Rechte zu: Er kann selbständig die Nationalversammlung auflösen, Referenden abhalten lassen, Erlasse ohne Gegenzeichnung eines Ministers verkünden; außerdem besitzt er weitreichende Vollmachten für den Ausnahmezustand gemäß Art.16 der Verfassung.

Am 28.9.1958 fand das Referendum über die Verfassung statt und rund 80% der Bevölkerung stimmte ihm zu[2].
Die neue Verfassung trat anschließend am 4. Oktober in Kraft. Duverger bezeichnet diese Konstitution als ein parlamentarisches Regime nach "orléanischem Vorbild"[3], das nach der Machtübernahme Louis Philippes von Orléans 1830 Grundzüge einer eingeschränkten Monarchie und eines klassischen parlamentarischen Systems miteinander verband.
Die Frage stellt sich hier, inwieweit diese Formulierung zutrifft und ob nicht besser von einem plebiszitärem Führungssystem zu sprechen ist, das sich ganz auf die direkte Volksbefragung durch Referenden stützt, um dann auch gegebenenfalls die Konsequenzen zu ziehen, wie de Gaulles Rücktritt am 27. April 1969 beweist.

Als General de Gaulle im Juni 1958 die Regierungsgeschäfte übernahm, wurde er von fast allen politischen Parteien unterstützt; jedoch existierte keine größere gaullistische[4] Partei, die rückhaltlos die Politik des Generals befürwortete.
Diese Partei wurde erst am 1. Oktober 1958 in Paris in der Avenue de Friedland gegründet. Die UNR entstand jedoch nicht aus dem Nichts, sie konnte vielmehr auf Überreste verschiedener gaullistischer Gruppen aufbauen.
Jean Charlot betrachtet die UNR als die dritte Inkarnation des Gaullismus:

> "Nach dem triumphierenden Gaullismus der Résistance und der Befreiung, nach dem militanten Gaullismus des RPF entstand nun der Gaullismus als Beweis der Macht."[5]

In ihrer Geburtsstunde im Büro des Informationsministers Soustelle sammelten sich vor allem die Reste des

---

2) 17668790 "oui", 4624511 "non", 4016614 Enthaltungen;
3) Duverger, PUP 1968, S.14
4) Ich werde diesen Ausdruck beibehalten, obwohl sich de Gaulle 1958 weigerte, einer Partei es zu gestatten, seinen Namen zu benutzen.
5) Charlot, p.23

"Rassemblement du Peuple Français", das de Gaulle 1947 gegründet hatte, um gegen die Verfassung von 1946 und gegen die IV. Republik agieren zu können.
Dem RPF gelang es 1951 bei den Wahlen zur Nationalversammlung, 18% der abgegebenen Stimmen und damit 116 Parlamentssitze zu gewinnen.
Aber dieser Erfolg bröckelte genauso schnell wieder ab, wie er gekommen war. Ein Teil der Abgeordneten übernahm - trotz de Gaulles Widerstand - ein Ministeramt.
Als einige Antoine Pinay als Ministerpräsident unterstützten, traten sie aus dem RPF aus und gründeten die "Action républicaine et sociale".
Bei den Kommunalwahlen 1953 erlitt die Partei eine heftige Niederlage, und der General bewirkte daraufhin, daß sich die Parlamentsabgeordneten in einer neuen autonomen Organisation formierten, der "Union des Républicains d'Action sociale", um von dem Verlierer abzurücken.
Diese neue Partei ging bei den 1956 stattfindenden Parlamentswahlen unter.
Ihre Führer und Funktionäre jedoch verloren sich nicht aus den Augen und schlossen sich im Sommer 1958 sofort zusammen, um die UNR zu gründen.

> "Die gaullistischen Freundschaftsbeziehungen spielten eine wichtige Rolle für das Funktionieren des neuen Regimes, vor allem, wenn es sich um die Beziehungen zwischen Exekutive und Parlament handelte"[6],

erinnerte sich der ehemalige Minister R. Triboulet.

> "Zehn Telephonate", berichtet ein Mitglied aus de Gaulles Umgebung, "und die ganze Equipe war wiederhergestellt, ebenso wie die örtlichen Parteigruppen einschließlich derjenigen, die vom RPF enttäuscht waren".[7]

Nach dem Referendum fusionierten fast sämtliche gaullistischen Gruppen und Grüppchen mit der neuen Partei: J. Chaban-Delmas und R. Frey mit ihrem "Centre national des Républicains sociaux", J. Soustelle und P. Picard mit der "Union

---

6) Charlot, p.303
7) id., p.304

pour le Renouveau français", L. Delbecque und Mme Fourcade traten mit der "Convention républicaine" bei; außerdem schlossen sich J. Veyssières und A. Marcenet mit ihren "Comités ouvriers" und Ali Mallem mit dem "Comité d'information et d'action nationale de l'Algérie et du Sahara" an; als letzter kam noch A. Jarrot mit dem "Réseau Action" hinzu.
"Wir kannten uns alle", bestätigte mir ein Gründungsmitglied, "entweder aus der Résistance oder aus dem RPF. Bereitwillig akzeptierten wir jeden, der konstruktiv mit uns zusammenarbeiten wollte und die Ideen des Generals unterstützte. Dabei arbeiteten wir auch mit Männern zusammen, von denen wir uns allerdings kurze Zeit später wieder trennen mußten".[8)]
Die o.g. Politiker bildeten nun mit Michel Debré, Edmond Michelet und Albin Chalandon das erste Zentralkomitee; dieses Komitee umfaßte 13 Gründungsmitglieder.

De Gaulle unterstützte zwar eifrigst diese neue Sammlungsbewegung, lehnte es aber entschieden ab, den Parteivorsitz zu übernehmen, da er als Präsident über den Parteien stehen wollte.
Das hinderte ihn jedoch nicht, massiv gegen die Absichten Soustelles vorzugehen, Präsident der UNR zu werden, da dieser zu stark die Integration Algeriens in den französischen Staat forderte.
Als möglicher Vorsitzender der UNR hätte Soustelle de Gaulle im Parlament und auch bei den Anhängern der Partei erhebliche Schwierigkeiten bei einer gegensätzlichen Algerienpolitik bereiten können.
Nach mehreren Gesprächen verzichtete man gänzlich auf den Posten eines Parteipräsidenten und schuf dafür den des Generalsekretärs. Roger Frey übernahm als erster dieses Amt.

---

8) Interview im März 1969

Der Übergang der ehemaligen Mitglieder des RPF zur UNR vollzog sich fast nahtlos; doch läßt sich die Politik der alten und der neuen Partei keineswegs auf ein und dieselbe Stufe stellen.
Allein schon die Umstände des Machtwechsels und damit die Geburt der UNR lassen den Unterschied deutlich hervortreten: Durch den Aufstand in Algier und durch das Eintreten für ein enges Zusammenbleiben Algeriens mit dem Mutterland entwickelte sich die UNR unter dem Einfluß Soustelles in den ersten zwei Jahren ihres Bestehens zu einer stark rechtstendierenden Partei.[9)]
Sie stand also viel weiter rechts als das alte RPF. Im Laufe der folgenden Jahre trat jedoch eine Wandlung zur Mitte ein, da der Verlauf des Algerienkonfliktes und die Unabhängigkeit dieses Landes entscheidend Einfluß auf diese Veränderung nahmen.
Soustelle und seine Freunde wurden wegen ihres Widerstandes gegen de Gaulles Algerienpolitik 1960 ausgeschlossen und arbeiteten anschließend in der OAS mit.
M. Debré, Befürworter einer engen Zusammenarbeit zwischen Algerien und dem Mutterland auf föderativer Basis, gab seine Vorstellungen aus Treue zum Staatspräsidenten auf und unterstützte dessen Politik.
Entscheidend für die neue politische Richtung der UNR war die Fusion mit der UDT im Jahre 1962.
Dieser linke Flügel des ehemaligen RPF trat 1958 als einzige gaullistische Gruppe der UNR nicht bei, sondern konstituierte sich als UDT, ging jedoch sofort ein Wahlbündnis und eine Fraktionsgemeinschaft mit der UNR ein.
Er versucht vor allen Dingen, den Gaullismus auch unter den Arbeitern zu propagieren,um somit die Basis der Partei zu vergrößern. Das Ziel dieses Flügels ist, Frankreich eine soziale Gesellschaftsstruktur zu verschaffen,

---

9) Duverger spricht in diesem Zusammenhang von "faschistisch" (PUP 1968, p.249), was ich jedoch für übertrieben halte.

die die noch enorm herrschenden Klassenunterschiede abbaut, somit auch die Macht der radikalen Gewerkschaften schwächen könnte.
Es ist jedoch zu beachten, daß dieser linke Flügel verhältnismäßig klein ist und nur einen geringen Einfluß ausüben kann. Wenn linke Wähler ihre Stimme der UNR-UDT geben, so werden sie durch das Prestige des Generals angezogen, weniger durch die Sozialpolitiker, die jedoch gute Beziehungen zu de Gaulle besitzen wie z.B. Capitant.

Die maßgeblichen Vertreter dieses Flügels, René Capitant, Louis Vallon und Léo Hamon, versuchten, de Gaulles Sozialprogramm maßgeblich zu beeinflussen, was ihnen jedoch erst nach den Maiunruhen 1968 gelang. Die von de Gaulle verkündete "participation" wurde von Vallon entwickelt und gilt als eines der Kernstücke ihrer Sozialpolitik.
Nach dem Zusammenschluß der UDT mit der UNR, der maßgeblich von de Gaulle gefördert wurde, versuchten die Linksgaullisten ihre Aktionsfreiheit zu bewahren und ließen es auch nicht an Warnungen gegenüber der Parteileitung fehlen. René Capitant schrieb 1966[10], "daß das Ziel des Gaullismus niemals darin bestanden habe, eine Partei zu gründen, sondern ein Regime zu unterstützen".
Er wehrt sich gegen ein Zweiparteiensystem in Frankreich, das die Gaullisten in das Lager der Konservativen drängen und den Spielraum für den linken Flügel der Partei stark einengen würde. "Ich wünsche keine Spaltung, aber ich fürchte sie nicht."[11]
Die Führer der Partei jedoch fordern eine festgefügte Partei, die sich nicht allein auf die Person desGenerals konzentriert, sondern sein Abtreten überleben kann, um auf jeden Fall die Idee des Gaullismus weiterzuführen.
Aus diesem Grund förderte M. Debré das Zweiparteiensystem,

---

10) Notre République 206, 11.2.66, vgl. Charlot p.289
11) id., 4.2.1966

um den Wählern zwei völlig gegensätzliche Parteien gegenüberstellen zu können: eine gemäßigt konservative und eine kommunistische.
Pompidou führte nach seinem Amtsantritt diese Politik zügig weiter und einigte sich auch mit den Vertretern des linken Flügels, die 1962 mit der UNR fusionierten.[12]

Im Frühjahr 1966 nannte sich die UNR-UDT in "Union démocratique pour la V^e République" um, um auch nach außenhin ihre Geschlossenheit zu demonstrieren.
Auf Pompidous Initiative hin wurde am 11. Mai 1966 das "Comité d'action pour la V^e République" gegründet, dessen Ziel es war, die Basis der Parlamentsarbeit zu verbreitern und die kommenden Wahlen vorzubereiten.
Vor allem wurde an eine enge Zusammenarbeit mit den Unabhängigen Republikanern und einigen gemäßigten Abgeordneten gedacht.
So spiegelt sich denn in der Zusammensetzung dieses Komitees der Wille zu einer Öffnung wider: Außer Pompidou enthält das Komitee 20 Mitglieder (darunter 11 Minister und der Parlamentspräsident).
Zehn der 20 Sitze wurden der UD-V^e zugebilligt, fünf den Unabhängigen Republikanern (darunter Giscard d'Estaing, Marcellin und Mondon) und fünf Sitze erhielten Vertreter von einigen winzigen gaullistischen Gruppen: Joxe, Pisani[13], Edgar Faure[14], David Rousset[15] und André Malraux.

---

12) 1967 teilten sich die Linksgaullisten: Capitant und Vallon weigerten sich, zum Parteitag nach Lille zu fahren, während Léo Hamon daran teilnahm.
13) Leiter der 1966 gegründeten "Front du Progrès", die sich mit einigen anderen unbedeutenden gaullistischen Linksgruppen in der "Convention de la gauche - V^e République" zusammenschloß
14) Faure bekennt sich zur "Union pour le Progrès", die vor allem bäuerliche und radikale Wähler anzuziehen versucht, die sich nicht direkt zur UNR bekennen wollen
15) Einer der Unterzeichner des "Mouvement des 29" vom 10.5.1966, in dem 29 linksorientierte Persönlichkeiten die Außenpolitik de Gaulles unterstützten.

Pompidou versuchte durch dieses Aktionskomitee, eine gemeinsame Front der Parteien der "Majorité" für die Wahlen zur Nationalversammlung 1967 aufzubauen, um jeweils nur einen einzigen Kandidaten in jedem Wahlkreis zu nominieren. Auf die Gründe, warum sich die Unabhängigen Republikaner diesen Bestrebungen widersetzten, gehe ich später ein.
Auf dem Parteitag ("assises nationales") in Lille 1967 trat bei der Neuwahl des Comité central[16] eine wesentliche Veränderung ein, da zum großen Teil jüngere Gaullisten gewählt wurden, die die Résistance und das RPF nicht unmittelbar hatten miterleben können.
Dieser Parteitag stellte deshalb im Gegensatz zu früheren einen entscheidenden Einschnitt in die Geschichte der UNR-UDT dar. Das neugewählte Exekutivbüro (bureau exécutif) enthielt fast ebensoviele junge Gaullisten wie Anhänger der "ersten Stunde". Äußerlich machte sich diese Verjüngung vor allem in der Wahl des jungen Robert Poujade zum Generalsekretär bemerkbar.

Nach den Maiunruhen 1968 änderte die gaullistische Partei zum dritten Mal ihren Namen und taufte sich "Union pour la défense de la République". Unter diesem Zeichen gelang es ihr, bei den Wahlen im Juni ihren bisher größten Wahlsieg zu erringen.

Bevor ich die Mitglieder und das Wählerreservoir der UNR untersuche, erscheint es mir wichtig, einige Grundzüge der gaullistischen Ideologie herauszuarbeiten.
Besitzt die UNR überhaupt eine Ideologie oder greift sie nur Thesen auf, die der Staatspräsident auf Pressekonferenzen oder bei seinen monatlichen Gesprächen mit den

---

16) Es umfaßt nun 93 Mitglieder: 6 kraft ihres Amtes (Pompidou, Debré, Frey, Chaban-Delmas, Rey, Soufflet); 25 Abgeordnete, die von der Fraktion gewählt werden; 5 Senatoren; 11 Parlamentarier und 10 Nichtparlamentarier, die vom Zentralkomitee gewählt werden und schließlich 37 Persönlichkeiten, die von den Mitgliedern der Regionen ausgewählt werden. Vgl. Ouest-France vom 27.11.1967

führenden Parteifunktionären formuliert?
Durch ihre historische Entwicklung ist es bedingt, daß eine evtl. zu formulierende Ideologie immer wieder auf de Gaulle zurückführt; denn Ziel der neugegründeten UNR war, de Gaulles Gedankengut zu unterstützen und ihm im Parlament eine möglichst breite Basis zu geben.
Für Maurice Duverger ist es vor allem Charles de Gaulle, der den "Gaullismus" (wenn wir so die Ideologie der Partei definieren) prägte und der Partei das ideologische Gerüst lieferte.[17)]
Grundidee dieser Ideologie, die der General in allen möglichen Formen herausarbeitete und der er während seiner Amtszeit stetig treu blieb, ist der Nationalismus, "la gloire et la grandeur de la France".
Für ihn gelten die Nationen als grundsätzliche Realitäten, denen alles andere unterzuordnen ist. Alle Windungen und Wendungen der gaullistischen Politik (wie z.B. die Trennung von Algerien) lassen sich aus diesem nationalen Interesse erklären, das allerdings mit bemerkenswertem Realismus gepaart ist. de Gaulle erkannte, daß er Frankreichs politische Bedeutung nur in Zusammenarbeit mit anderen Mächten erhöhen konnte. Dabei stützte er sich vor allem auf solche Länder, die aus irgendeinem Grund politisch gehandicapt sind (wie die Bundesrepublik Deutschland oder auch China) oder auf neutrale Staaten.

> "Wenn man hofft, die Kolonien behalten zu können, ist man Kolonialist (so lautete die Politik des RPF); wenn dies unmöglich ist, wendet man sich der Entkolonialisierung zu und hofft, gute Beziehungen zu den neuen unabhängigen Nationen zu entwickeln."[18)]

Das gleiche galt auch für die Nato, als de Gaulle 1959 vorschlug, ein Dreierdirektorium zu schaffen.
Als dies, vor allem von den USA, abgelehnt wurde, zog sich der General allmählich aus dieser Verteidigungsorganisation zurück.

---

17) Duverger, La V^{e} république, p.245
18) id., p.245

Ein solcher Nationalismus muß naturgemäß zu einer konservativen Innenpolitik führen, der sich alle anderen Bereiche wie z.B. die Kultur- und Sozialpolitik - zumindest bis 1968 - unterzuordnen hatten.
In diesem Zusammenhang muß die Verbindung zwischen dem Nationalismus und der Résistance gesehen werden, die in den Jahren 1940-44 den Gaullismus nach links gedrängt hatte. Mit seinem Kampf gegen die Okkupationsmächte und das Vichy-Regime versuchte de Gaulle, die republikanischen Freiheiten wiederherzustellen.
Seine damaligen Kampfgefährten, z.B. A. Malraux, haben ihre Beziehungen, die sie während der Résistance zu den Linksparteien besaßen, niemals abreißen lassen. Ideologische Spuren aus dieser Zeit sind bei fast allen älteren Gaullisten zu finden.
Trotzdem bleibt die gaullistische Innenpolitik konservativ; erst im Juni 1968 entschloß sich der General auf Drängen des linken Flügels der UD-V^{e}, ein großangelegtes soziales Reformprogramm zu verkünden, dessen Realisierung aber nach seinem Rücktritt zweifelhaft erscheint.
Bis zum Frühjahr 1969 brauchte die UNR bzw. UDR keine selbständige Ideologie zu entwickeln, da sie sich immer auf einen Mann stützen konnte, dessen Ideen für die Parteimitglieder Weisungen waren.
In der Tat entwickelte sich - abgesehen von einigen Ansätzen auf dem linken Flügel - keine autonome Parteiideologie. Formten sich dennoch eigene Ideen bei der Parteispitze, so wurden diese mit dem General diskutiert, jedoch nie ohne dessen Zustimmung publiziert.
Das Volk akzeptierte in seiner Mehrheit die außenpolitischen Vorstellungen des Präsidenten und billigte im Prinzip eine innenpolitische Ideologie, die ganz auf eine Glorifizierung des "Patrie" ausgerichtet war.
Aus diesem Grund schon ergab sich keine Notwendigkeit für die UNR, eine eigenständige Ideologie zu entwickeln, die dann evtl. mit der des Elysee Palastes kollidiert wäre. Vor ihren Wählern identifizierte sie sich mit den Ideen des Generals, der nie Mitglied dieser Partei geworden ist.

b) Die Parteiprogramme von 1967 und 1968

Das 1967 verkündete Wahlprogramm[19] der UD-V^{e} faßt in seinen 14 Punkten Grundsätze des Generals zusammen, modifiziert sie etwas, wenn z.B. einige politische und wirtschaftliche Fortschritte als Errungenschaften der "V^{e} République" gefeiert werden. So wollte man eine politische Einflußnahme der Majorité auf die Beschlüsse des Elysee Palastes nach außen dartun:
Gemäß der Verfassung habe der Staatspräsident das Recht, die allgemeine Politik zu bestimmen, die großen nationalen Entscheidungen zu treffen und die Grundsatzthesen zu definieren.
Da er den Premierminister auswählt, ist er die "Quelle der exekutiven Gewalt".
Nach einer derartigen "Hymne" zum Lobe einer Person wäre nun ein Hinweis auf die Bedeutung der Parteien bzw. zumindest auf die UD-V^{e} zu erwarten. Doch man spricht nur vom Parlament, das laut Verfassung vom Staatspräsidenten aufgelöst werden kann.
Acht Jahre Stabilität im Inneren gelten als Beweis für die "qualité de nos institutions, compte tenu du caractère français".
Erst im Schlußsatz dieses Kapitels über "la Démocratie" werden die Kandidaten der UD-V^{e} erwähnt, die die Institutionen "où les pouvoirs sont séparés, équilibrés et responsables" gegen jeden Versuch, "le régime des partis" wiederherzustellen, verteidigen.
Eine Machtausweitung des Parlaments wird somit abgelehnt, um den Einfluß der Parteien auf die innere und äußere Politik abzuwenden.
Ein Mitarbeiter des Wahlkomitees für 1967 ließ mir gegenüber durchblicken, daß das Wahlprogramm mehrmals zwischen dem Hôtel de Matignon und dem Elysee Palast kursierte, um Änderungswünsche des Generals zu berücksichtigen.[20]

---

19) Le Monde vom 22./23.2.1967
20) Interview im November 1968

Im anschließenden Wirtschaftsprogramm machen sich die Spannungen zwischen dem rechten und linken Parteiflügel bemerkbar: Man billigt zwar seinen Kandidaten "Nuancen hinsichtlich des Ausdrucks über dies oder jenes Wirtschaftsproblem zu", jedoch "billigen alle einstimmig die Grundgedanken und die wesentlichen Gesichtspunkte, wie sie General de Gaulle mehrfach geäußert hat".
Der Satz "la France que nous voulons sera moderne, prospère et fraternelle" soll über die Unstimmigkeiten hinsichtlich der sozialen Auffassungen hinwegtäuschen und als gemeinsames Band die verschiedenen gaullistischen Gruppierungen einen.
Damit jedoch lassen sich die Widersprüche auf sozialem Gebiet nicht ganz überdecken. Einerseits wird die Privatinitiative in der Wirtschaft als ein wesentliches Element der ökonomischen Entwicklung betrachtet, wenn auch "der Staat ab und zu lenkend eingreifen soll".
Andererseits wird die "participation" der Arbeiter am Profit und ihre Beteiligung an der inneren Verwaltung der Betriebe gefordert, da sie der General als grundsätzlichen Bestandteil für die Erneuerung der Republik hält.

> "De nouvelles et capitales étapes devront être franchies au cours de la prochaine législative dont le président de la République a dit qu'une des préoccupations essentielles serait de fixer les voies et les moyens par lesquelles les travailleurs auront leur part et leurs responsabilités dans les progrès des entreprises."

Dabei dürfe jedoch, so wird wieder eingeschränkt, auf keinen Fall die Initiative und die Autorität der Betriebsleitung beeinträchtigt werden.
Für die Landwirtschaft gilt das Argument aller konservativen Parteien: Einerseits Unterstützung und Ausbau der großen Güter, andererseits Beibehaltung des bäuerlichen Familienbetriebes, um ein Abgleiten dieser (in Frankreich sehr starken) Wählerschicht ins radikale Lager zu verhindern.
Für die Steuerpolitik gibt es bewußt sehr vage Formulierungen; man beschränkt sich auf das Versprechen, allen ein

befriedigendes "niveau de vie" zu sichern.
Während üblicherweise die auswärtige Politik auf den Pressekonferenzen oder Fernsehansprachen von de Gaulle an einer der ersten Stellen erwähnt wird, rangiert sie im Wahlprogramm am Schluß.

> "La politique étrangère de la V^e République fait de la France le symbole et le champion de l'indépendance et de la paix..., une puissance maîtresse de son destin et ... constitue la meilleure garantie de paix."

Der Friede werde vor allem deshalb aufrecht erhalten, so wird betont, weil Frankreich sich aus dem militärischen Bereich der Nato zurückgezogen und seine Geschicke in die eigenen Hände genommen habe.
Während der erste Teil dieses Wahlprogramms die Divergenzen der gaullistischen Ansichten auf gesellschaftspolitischem und wirtschaftlichem Gebiet widerspiegelt, dürfte der außenpolitische Teil die unumschränkte Zustimmung aller Gaullisten und der meisten (auch nichtgaullistischen) Wähler gefunden haben.
De Gaulle - und mit ihm die UD-V^e - hat es verstanden, das Nationalgefühl der Franzosen anzusprechen und somit eine außenpolitische Basis für alle politischen Parteien zu gewinnen.
In der Europapolitik nimmt die Partei das Recht für sich in Anspruch, die europäische Einigung und die Freundschaft mit Deutschland allein bewirkt zu haben.
In der Ostpolitik, so heißt es weiter, habe Frankreich den anderen westlichen Nationen den Weg gewiesen, mit dem kommunistischen Block zu verhandeln, um zu einer Annäherung zwischen Ost und West zu gelangen.
Mit dem Aufruf an alle Franzosen, dieses Programm der "nationalen Erneuerung und Würde" und damit die Politik des Generals zu unterstützen, schließt es:

> "Un pays peut faire partie d'un ensemble économique tel que le Marché commun, ou politique tel que l'Europe unie que nous voulons, et rester indépedant."

Das Wahlprogramm von 1968[21], das nach der Auflösung der Nationalversammlung am 19. Juni in "La Nation" erschien, setzt völlig andere Akzente und trägt der neuentstandenen Situation Rechnung, die durch die Staatskrise vom Mai ausgelöst wurde.

Während das Programm von 1967 die gaullistische Außenpolitik als Politik des Friedens und der Unabhängigkeit preist, und ihr großen Raum einräumt, wird sie in dem neuen Manifest kaum erwähnt.

Sie wird jetzt mit der wirtschaftlichen Expansion in Zusammenhang gebracht, da nur diese die wirtschaftliche Unabhängigkeit gewähre, die für eine auswärtige Friedens-, Entspannungs- und Kooperationspolitik geeignet sei.

Von "grandeur" und nationaler Unabhängigkeit fehlt nunmehr jede Spur.

Kernpunkte des neuen Programms sind wirtschaftliche und soziale Postulate, die viel präziser gefaßt und ausgearbeitet werden als 1967.

Man spürt die Handschrift Capitants and Vallons, die mit diesem Programm die Arbeitermassen für ihre Sozialpolitik zu gewinnen hoffen.

> "Il faudra tirer les leçons de la crise sociale et morale que la pays vient de traverser. Cette crise est le résultat de la mutation profonde que connaît la France et des progrès mêmes que la Ve République lui a permis d'accomplir au moment où elle se transforme en un pays industriel et où elle ouvre ses frontières dans le cadre de l'Europe."

Das Parteiblatt gesteht ein, daß ein "soif de renouveau" durch alle Schichten des Volkes gehe. Krampfhaft bemüht sich die Partei, ihre Kandidaten als Vorreiter für diese Erneuerungen darzustellen.

Den entscheidenden Markstein für den neuen Anfang setzte de Gaulle in seiner Radioansprache, als er erneut eine "Participation" aller Bürger auf allen Gebieten und Ebenen forderte und gleichzeitig entsprechende Vorschläge machte.

---

21) La Nation 19.6.1968

Die UDR streitet - laut Programm - für die "participation", die noch ein Jahr vorher weitgehend eingeschränkt worden war. Neben der Beteiligung innerhalb einer reformierten Universität und der Regionen soll sie vor allem in den Betrieben verstärkt werden, "afin que leurs (der Unternehmer und Arbeiter) intérêts convergents aboutissent à une productivité accrue et à une répartition équitable des résultats".
Während bisher all diese Probleme kaum erwähnt, vielmehr mit Hilfe der Massenmedien durch scheinbare außenpolitische Erfolge überdeckt wurden, treten sie jetzt um so krasser hervor. Es ist erstaunlich, wie schnell sich die Partei unter derselben Parteispitze dieser neuen Situation angepaßt hat. General de Gaulle gab auch hier wieder das entscheidende Stichwort, um das sich seine Anhänger scharten.

c) Die Mitglieder

Wie bei fast allen konservativen und liberalen Parteien ist die Zahl der Mitglieder auch bei der UDR im Verhältnis zu ihren Wählern verhältnismäßig gering.
Als Honoratiorenpartei besitzt die UDR zwar einen festen Mitgliedsstamm, dessen Bedeutung jedoch gering ist.
Die Parteileitung legt auf große Zahlen von Mitgliedern, von denen ohnehin der größte Teil als "Karteileichen" betrachtet werden darf, wenig Wert, Für sie ist es, wie mir mitgeteilt wurde[22], entscheidend, in jedem Departement und in jeder Stadt ein festes Büro und einen kleinen, aber sehr agilen Mitgliederstamm zu besitzen, der die Ziele und Interessen der Partei und der Regierungspolitik geschickt und mit großem Effekt verbreitet.
So ist es auch kaum erstaunlich, daß die Aufnahme in die Partei verhältnismäßig schwierig ist. Erst wenn das Departementskomitee zugestimmt und das nationale Sekretariat das Mitgliedsbuch ausgestellt hat, gilt das neue Mitglied als aufgenommen; außerdem braucht man einen Bürgen, der selbst der Partei angehört.
Für J. Charlot ist deshalb die Mitgliedschaft ein genau vorgeschriebener und institutionalisierter Akt, der die UNR in diesem Fall in die Kategorie der Massenparteien rücken läßt[23], wie sie von Duverger definiert werden:

> "Seuls les partis de masse connaissent un mécanisme formel d'adhésion comportant la signature d'un engagement, une fois pour toutes, et le paiement d'une cotisation annuelle. Les partis de cadres ignorent l'un et l'autre."[24]

Im Januar 1959 bezeichnete der damalige Generalsekretär Roger Frey die UNR als eine Partei, die mehr auf qualitative Mitgliedsschaften Wert lege wie hohe Beamte und örtliche Honoratioren, als auf eine Massenmitgliedschaft, die sich schlecht kontrollieren lasse und die Einheit der Partei gefährden könne.

---

22) Interview vom Nov. 1968
23) Charlot, p.115
24) Duverger, Die politischen Parteien, p.92

Charlot vermutet, daß im November 1963 die Partei ungefähr 86000 Mitglieder zählte. Auf dem Parteitag in Nizza, der im selben Jahr stattfand, wurde von der Parteileitung die Zahl 150 000 veröffentlicht, die aber entschieden zu hoch liegen dürfte. Man wird die zuerst genannte Zahl als korrekt ansehen dürfen.
Nach dem Ausschluß Soustelles stieg die Mitgliederzahl stetig an. 1960 gehörten der Partei 35 000 Mitglieder an, ein Jahr später zählte sie 50 000.[25]
Durch den großen Wahlerfolg von 1962 und nach der Lösung des Algerienproblems wuchs die Zahl der Mitglieder erneut und erreichte 76 000.
Rapide Erhöhung der Mitgliederzahl war vor allem zu registrieren nach den Maiunruhen und dem überwältigenden Wahlsieg. Im November 1968 bezifferte man mir gegenüber im Bureau national die Zahl der ausgegebenen Parteibücher auf 205 000; es ist jedoch mit größter Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß sie bei ungefähr 160 000 liegen wird.[26]
Die Zahl der Mitglieder divergiert von Departement zu Departement sehr stark. Die Hälfte der departementalen UNR-Gruppen schwankte 1965 zwischen 200 und 300 Anhängern. Ein großer Teil dieser Gruppen besaß weniger als 100 Mitglieder.[27] Ausdrücklich ist jedoch zu bemerken, daß die Quantität der Mitglieder nichts über deren Aktivität aussagt, was insbesondere die Wahlergebnisse in mitgliedsschwachen Regionen beweisen.
Die mitgliedsstärksten Gruppen befinden sich in Ostfrankreich (Elsaß-Lothringen), Paris, im Südwesten (Gironde, Charente-Maritime und Dordogne) und im Norden (Departement Nord, Pas-de-Calais, Seine-Maritime, Aisne und Marne); an der Spitze liegen die Departements Seine und Nord.

---

25) Charlot, p.119
26) Mir gegenüber geäußerte Ansicht eines Mitgliedes des Comité central
27) Charlot, p.122

Eine sehr starke Gruppe mit mehr als 3 800 Mitgliedern existiert auch im Departement Alpes-Maritimes.[28] Die Spitzenstellung dieser o.g. Departements wirkt sich natürlich auf die Besetzung der nationalen Parteiorgane aus. So kommt ein großer Teil der Mitglieder des Comité central aus diesen Bezirken, während mitgliedsschwache Regionen kaum vertreten sind.

28) Zahlen vom dortigen Abgeordneten genannt

d) Das Wählerreservoir der UNR

Wie schon erwähnt, besitzt die UNR im Vergleich zu ihrer kleinen Mitgliederzahl eine sehr große Wählerschaft, die ihr seit 1962 die absolute Mehrheit im Parlament verschaffte. Obwohl die Parteileitung nur mäßigen Wert auf einen großen Mitgliederstamm legt, wäre dennoch zu fragen, ob es für eine Regierungspartei nicht günstiger wäre, das Verhältnis zwischen den Mitgliederzahlen und den Wählerstimmen zu verbessern. Diese Frage ist am besten beantwortet mit dem Hinweis auf die Tatsache, daß die UNR die Politik des Staatspräsidenten unterstützt, der selbst nicht Mitglied der Partei ist, ihre Hilfe aber im Parlament benötigt.
Sehr viele Wähler gaben ihre Stimme nur deshalb der UNR, weil sie General de Gaulle unterstützen wollen. Die Autorität des Staatspräsidenten hat bisher schon manche Skrupel der Wähler ausgeräumt und sie veranlaßt, Kandidaten der UNR zu wählen.
Welches Interesse haben aber diese Stimmberechtigten, Mitglied der Regierungspartei zu werden? Die Stimmabgabe für einen gaullistischen Kandidaten sehen viele als ausreichend an, die Politik des Generals zu unterstützen. Die Partei als solche interessiert sie wenig.
Wenn man die Zahl der Mitglieder vom Juli 1959 mit den UNR-Wählern vom 23.11.1958 vergleicht und einen solchen Vergleich 1963 für die Wahlen vom 18.11.1962 wiederholt, so ergibt sich im französischen Mutterland ein Verhältnis "Mitglied - Wähler" von 6,4 : 1 000 im ersten Fall und von 13,7 : 1 000 im zweiten.[29)]
Bei einigen anderen französischen Parteien liegen diese Mitgliedszahlen im Vergleich zu denen der Wähler ebenfalls niedrig, immerhin aber bedeutend höher als für die UNR. Beim MRP ergab sich ein Verhältnis von 31 : 1 000 und bei der SFIO von fast 50 : 1 000.
1968 jedoch entstand aufgrund der politischen Ereignisse

---

29) Charlot, p.122

ein bedeutend besseres Verhältnis für die UDR:
15,6 : 1 000.

Bei einem Vergleich der Wahlen von 1958 und 1962 ergaben sich Verschiebungen auf der geographischen Wahlkarte. Während noch 1958 das östliche Südfrankreich (Côte d'Azur) und die Wahlkreise in der Gironde einen verhältnismäßig hohen gaullistischen Stimmenanteil verzeichneten, fiel dieser vier Jahre später stark zurück, was vor allem auf die Lösung des Algerienproblems und das Ansteigen der französischen Rückwanderer in diese Gebiete zurückzuführen ist.

Demgegenüber verzeichnen die nördlichen Departements und der untere Seineraum ein starkes Ansteigen der gaullistischen Stimmen; das gleiche läßt sich auch für das östliche Frankreich feststellen. Auch die Stimmbezirke entlang der Loire verzeichnen einen Stimmenzuwachs. Eine Ausnahme in diesen Gebieten bilden nur die Departements Mayenne und Meuse.

Bei einer Analyse der Wahlen von 1958 fanden Lancelot, Goguel und Ranger einen Großteil der RPF-Wähler von 1951 bei den gaullistischen Stimmen, weniger in der Bretagne als im Gebiet der Garonne und der Pyrenäen, wo die Ereignisse des 13. Mai 1958 sich besonders stark bei der Stimmabgabe niedergeschlagen hatten.[30]
Die Resultate von 1962 scheinen diese Analyse zu bestätigen: In der Bretagne und den anderen starken Bastionen des RPF von 1951 stiegen die Stimmgewinne der Gaullisten. Ihre Gewinne in Südfrankreich und dem Massif Central sind dagegen sehr bescheiden. Fast alle diese Wahlkreise fielen bei den folgenden Wahlen an die Opposition.

Bei einer Analyse der Wahlen von 1968 läßt sich bei einem Blick auf die geographische Wahlkarte ein breiter Wählergürtel feststellen, der sich von Elsaß-Lothringen (wo sich die UNR auf ehemalige MRP-Wähler stützt) über Nordfrank-

---

30) AFSP: Le référendum... de 1958, p.363

reich und Paris bis zur Bretagne zieht, mit Ausstrahlungen in die Bourgogne und in die Dauphiné. Dieser Gürtel setzt sich an der West- und Südwestküste fort. Östlich des südlichen Rhônegebietes finden sich vereinzelte Departements mit hohem gaullistischen Stimmenanteil: Alpes-Maritimes, Var, Vaucluse, Hautes-Alpes und Drôme. Ebenso sandte Korsika gaullistische Abgeordnete in die Assemblée nationale.
Diese Wahlerfolge scheinen durch die Verankerung gaullistischer Traditionen in grenznahen Gebieten und in den Küstenstrichen, die während des Krieges besetzt waren, gefördert worden zu sein.

Die Frage, aus welchen sozialen Schichten sich die Wähler der UNR rekrutieren, ist verhältnismäßig schwer zu beantworten, da sich die üblichen Schablonen wie z.B. "die Landwirtschaft wählt konservativ, der Arbeiter links" in diesem Fall nicht so einfach anwenden lassen.
Die Hauptmasse der gaullistischen Wähler kommt aus dem konservativen Lager, das froh ist, einen starken Mann und eine aktive Partei gefunden zu haben, die das unfähige Regime der schwachen Parteien ablösten und sich um innere Stabilität bemühten.
Andererseits stützen sich die Gaullisten auch auf einen - wenn auch nur kleinen - Teil der Linken, die in de Gaulle das Charisma eines neuen aufstrebenden Frankreichs sehen.
Bei den Nationalwahlen von 1967 vereinigte die Linke (Kommunisten, Sozialisten und Radikalsozialisten) 9 740 000 Stimmen auf sich. Bei den letzten Wahlen der IV. Republik 1956 erhielt diese Gruppe rund 11 100 000 Stimmen. Ein Teil dieser Wähler muß folglich 1967 die gaullistischen Kandidaten unterstützt haben.[31)]
Die extreme Rechte wandte sich seit 1961 völlig von den Gaullisten ab und bekämpfte sie teilweise sogar.

---

31) Duverger, La V^{e} République, p.246f.

Die in Opposition stehenden Parteien haben ihr Stimmenreservoir, abgesehen von dem sogenannten "roten Gürtel um Paris"[32], vor allem in Mittel- und Südfrankreich, d.h. in den industriell wenig entwickelten Gebieten mit hohem Anteil kleinbäuerlicher Familienbetriebe, die kaum wirtschaftlich arbeiten können.

---

32) Seine-St.Denis: Dort siegten die Kommunisten in 7 von 9 Wahlkreisen.

Die Unabhängigen Republikaner und ihr Verhältnis zur UNR

Als Koalitionspartner der UNR seit 1962 verdienen die Républicains Indépendants besondere Aufmerksamkeit, da sie zwar im Grunde bereit sind, mit der großen Koalitionspartei harmonisch zusammenzuarbeiten, andererseits jedoch äußerst stark darauf bedacht sein müssen, ihr eigenes Image zu betonen und dem Wähler die Unterschiede zur UNR detailliert darzulegen.
Trotz erheblicher Schwierigkeiten, die vor allem Mitte 1966 auftraten, als der Führer der Unabhängigen Republikaner, Giscard d'Estaing, forderte, separate Kandidaten aufzustellen und trotz seiner Ablehnung des Referendums vom 27. April 1969, hielt diese Koalition allen Belastungen stand, da Giscard d'Estaing die Gaullisten braucht, um überhaupt im Parlament nennenswert vertreten zu sein.
Die gaullistische Parteiführung und auch der General fördern diese Zusammenarbeit, da die Unabhängigen Republikaner einen hohen Prozentsatz liberal eingestellter Wähler auffangen, denen das sportliche Auftreten des Finanzministers ebenso behagt wie seine Kritik am Gaullismus. Die Stimmen dieser Liberalen kämen sonst der Opposition zugute.
Nach den Wahlen 1967 war es den 44 Abgeordneten der Unabhängigen Republikaner zuzuschreiben, daß die Regierung eine arbeitsfähige Mehrheit erhielt.

Gegründet wurde diese Partei unmittelbar vor den Wahlen im November 1962 durch die Kandidaten, die nicht die Investitur des "Centre National des Indépendants" erhalten hatten. 35 Abgeordnete gruppierten sich um die drei gemäßigten Minister des ersten Kabinets Pompidou: de Broglie, Giscard d'Estaing und Jacquinot.
Dieser Spaltung war ein Beschluß des Comité directeur des CNI voraufgegangen, daß das Comité directeur jedem seiner Abgeordneten die Investitur verweigern werde, der nicht den Mißtrauensantrag gegen die Regierung Pompidou unter-

stützt habe.[33]

Daraufhin veröffentlichten 32 Abgeordnete des CNI folgendes Kommuniqué:

> "Die Studiengruppe der unabhängigen Abgeordneten ist über die Entscheidung des Comité directeur sehr erstaunt, Sanktionen gegen diejenigen zu verhängen, die nicht der Regierung das Mißtrauen ausgesprochen haben, und erinnert daran, daß die Freiheit der Wahl die wesentliche Grundlage des Statuts der Unabhängigen bleibt und niemand das Recht besitzt, dies anzugreifen."

Zwei Wochen später verkündete diese Gruppe ihren Bruch mit dem CNI und entschloß sich, eigene Kandidaten aufzustellen.[34]

Nach dem ersten Wahlgang hatten die Gaullisten dieser Gruppe ihre Unterstützung angeboten und entschlossen sich nun, aussichtsreiche Kandidaten der "Unabhängigen Republikaner" durch das Zurückziehen eigener Kandidaten zu unterstützen. Insgesamt zogen 38 "Républicains Indépendants" in die Assemblée nationale.

Betrachtet man die ideologische Basis der neugegründeten Partei, so schälen sich zwei Grundpfeiler für ihr politisches Programm heraus: wirtschaftliche und politische Stabilität und Liberalismus. Ein weiteres Prinzip tritt hinzu: Giscard d'Estaing und seine Freunde geben sich betont europäisch.

Diese Themen werden in dem Slogan "libéral, centriste et européen" zusammengefaßt und spiegeln sich in allen Kommuniques wider.

Die Stabilität läßt sich programmatisch am besten auf wirtschaftlichem Gebiet analysieren. Man will die Inflation ausschließen, jedoch einer Expansion nicht entgegenwirken. "Si l'expansion est le support du progrès social, la stabilité en est le rempart", erklärte der Führer der Unabhängigen Republikaner in Grenoble.[35]

---

33) Monde vom 5.10.1962
34) id. vom 25.10.1962
35) La France moderne (1), April 1966, abgedruckt in RFSP 16, 1966, p.942

Diese Stabilität gilt als eine Forderung, die "unsere" Position in der internationalen Wirtschaft ermöglicht. Deshalb seien alle Vorteile aus ihr zu ziehen und sie in der Zielsetzung zu einer festen Regel zu erheben. Gleichzeitig begrüßt Giscard die Öffnung der französischen Grenzen durch die römischen Verträge, um die französische Industrie zu Investitionen und Modernisierungen zu zwingen. Als liberaler Politiker lehnt Giscard - zumindest theoretisch - jegliche planwirtschaftlichen Eingriffe des Staates ab.
Hinsichtlich des politischen Liberalismus bekräftigt Giscard immer wieder, daß seine Partei liberal sei "im politischen Sinne dieses Ausdrucks".[36]
Dies erfordere einen Dialog mit den Wählern, um zu erklären und auch zu lernen.
Er fordert von einer Regierung, die Opposition anzuhören, selbst wenn das unangenehm sein sollte. Andererseits unterstützt er die Referenden des Generals und lehnt es ab, dem Parlament die wichtigen nationalen Fragen zur Entscheidung vorzulegen. Ihm sollte die Regierung lieber die "travail législatif ordinaire" anvertrauen.[37]
Ein föderatives Europa lehnt der Finanzminister ab, da, wie er meint, es sich in wenigen Monaten auflösen würde. Stattdessen befürwortet er ein konföderiertes Europa, das sich dann in seiner Existenz-Wirklichkeit hauptsächlich auf wirtschaftliche und finanzpolitische Fragen beschränken sollte.
Sein Verbleiben in der Regierung motiviert Giscard d'Estaing mit der Möglichkeit, einen Teil seines Programmes durchzusetzen und im Inneren der Regierungsparteien im Sinne der o.g. Reformen tätig zu werden.

> "Sur le plan parlementaire ceci signifie que le groupe des Républicains Indépendants ne renonce pas à exercer son droit de contrôle et d'amendement qui est l'essence même de la fonction parlementaire."[38]

---

36) id. p.944
37) Combat vom 18.4.1966
38) France moderne, juin 1966

Bei einer Pressekonferenz 1964 wurde ein Anhänger Giscards gefragt, inwiefern der Ausdruck "indépendants" gerechtfertigt sei, da die Mehrheit der Franzosen die Unabhängigen Republikaner nur als Socii der Gaullisten betrachten. Monsieur Boisdé antwortete: "Nous sommes des libéraux, ce qui nous différencie de l'UNR-UDT."[39]
In Enghien bestätigten die Républicains Indépendants, daß sie "loyale Partner der UNR bleiben wollten, aber nicht deren Knechte".[40]
Nach dem Ausscheiden Giscards aus dem zweiten Kabinett Pompidou mehrten sich die Anzeichen einer gewissen Spannung, die sich zwischen den Regierungsparteien entwickelte. De Gaulle und die orthodoxen Gaullisten warfen Giscard wegen seines neuverkündeten "oui, mais..." Intrigen gegen die Politik der Majorité vor, um deren Ansehen zu untergraben. Giscard erwiderte auf diese Angriffe, daß seine Partei völlig selbständig sei und nur den Auftrag ihrer Wähler innerhalb der Regierungsparteien zu erfüllen habe. Er verheimlichte auch nicht seine Ambitionen, nach de Gaulles Abgang für das Amt des Staatspräsidenten zu kandidieren.
Seine Empfehlung an die Wähler, dem Referendum vom April 1969 die Zustimmung zu verweigern, brachte ihn in völlige Ungnade des Elysee Palastes.
Der neue Präsidentschaftskandidat Pompidou sah sich jedoch gezwungen, den Führer dieser Partei schon vor der Wahl als künftigen Finanz- und Wirtschaftsminister vorzustellen, um die Wähler der Unabhängigen Republikaner zu gewinnen.
Erst nach diesem Angebot erklärte sich Giscard d'Estaing bereit, Georges Pompidou zu unterstützen.

---

39) Monde vom 5.2.1964
40) Année politique 1963, p.52

Die Kandidatenaufstellung

I. Die untersuchten Wahlen 1958 - 1968

Bevor ich die Kandidatenaufstellung der Majorité detailliert untersuche, möchte ich auf die Ergebnisse der Wahlen zur Assemblée nationale der V. Republik eingehen, um die nachfolgenden Kapitel nicht zu sehr mit Zahlen und Statistiken zu belasten.
Nach Annahme des Mißtrauensantrags am 4. Oktober 1962 gegen seine Regierung[1], bot Pompidou dem Staatspräsidenten seinen Rücktritt an. De Gaulle beauftragte ihn mit der Fortführung der Regierungsgeschäfte und löste das Parlament auf. Vorher hatten die Franzosen über das Referendum zur Algerienfrage abgestimmt.
Bei der Betrachtung der Wahlergebnisse von 1962 muß das Abstimmungsergebnis dieses Referendums berücksichtigt werden, da es unmittelbar vor den Nationalwahlen stattfand und den größten Teil der Wähler bei der Stimmabgabe beeinflußte.
General de Gaulle, der sich 1958 geweigert hatte, die "Union pour la nouvelle République" öffentlich zu unterstützen, änderte dieses Mal seine Haltung und erklärte den Wählern:

> "Vous avez le 28 octobre scellé la condamnation du régime désastreux des partis et marqué votre volonté de voir la République nouvelle poursuivre sa tâche de progrès. Mais le 18 et 25 novembre, vous allez élire les députés. Ah! puissiez-vous faire en sorte que cette 2eme consultation n'aille pas à l'encombre de la première. En dépit, le cas échéant, de toutes habitudes locales et considérations fragmentaires, puissiez-vous confirmer, par la désignation des hommes, le choix, qu'en votant oui vous avez fait quant à votre destin."[2]

Auch dieses Mal weigerte sich de Gaulle, eine Partei namentlich zu nennen, aber er empfahl den Wählern, diejenigen Abgeordneten zu wählen, die seine Politik unterstützen.

---

1) Angenommen mit 280 von 480 Stimmen
2) Fernsehansprache vom 7.11.1962

De Gaulles Autorität wog bei diesen Wahlen so schwer, daß es der UNR und ihren Anhängern nicht schwerfiel, die absolute Mehrheit zu erreichen.
Wie 1958 standen die Franzosen vor der Wahl, das "Chaos und das verhängnisvolle Regime der Parteien" zu unterstützen oder den "Forschritt und die nationale Größe", die de Gaulle verkörpert.
Nach dem überwältigenden Abstimmungssieg beim Referendum wäre es für die meisten Franzosen widersinnig gewesen, der gaullistischen Partei das Vertrauen zu entziehen, zumal die unausgesprochene Drohung des Generals, sich zurückzuziehen, die verängstigten Bürger Frankreichs zur Stimmabgabe für die UNR und ihre Kandidaten veranlaßte.

Bei der Analyse dieser Wahl stellte F. Goguel fest, daß die älteren Wähler die UNR bevorzugen, während die meisten Jüngeren der PC ihre Stimme gaben:[3]

	21-34 Jahre	35-49 J.	50-65 J.	mehr als 65 J.
für die UNR	28%	24%	28%	20%
für die PC	35%	31%	24%	10%

Bei einem Vergleich der schulischen Ausbildung der Wähler ergibt sich, daß der größte Teil der kommunistischen Wähler nur die Grundschule besuchte (77%), während der Anteil der akademischen Wähler sehr stark bei der PSU (15%), aber auch bei der UNR (6%) und beim CNI (9%) vertreten ist.

Die Untersuchung über die soziale Stellung der Wähler gemessen an einem Einkommen über bzw. unter 800,- Francs ergab folgendes Ergebnis: Die Wählerschicht mit einem verhältnismäßig hohen Einkommen votierte für die Kandidaten der PSU, des CNI und der UNR, während die sozial schwachen Einkommensgruppen zur PC und zur SFIO tendierten.[4]

---

3) Goguel, Elections 1962, p.228
4) id., p.234

Die berufliche Herkunft läßt einige wichtige Unterschiede zwischen den Wählern erkennen. Zunächst ist zu bemerken, daß in jeder Wählergruppe sämtliche Berufe vertreten sind. Als "Partei der Arbeiterklasse" fällt der kommunistischen Partei ein Anteil der Arbeiter und Tagelöhner von 51 Prozent zu; dagegen wählen nur wenige Bauern diese Partei. Die SFIO dagegen besitzt eine viel differenziertere Wählerschaft: Wenige Arbeiter (insgesamt 27%), dafür aber mehr Mittelständler, Angestellte und vor allem kleine Bauern und Rentner.
Bei der UNR finden wir ein Konglomerat aller Berufe: Einen relativ starken Prozentsatz an Bauern (13%), Mittelständlern (28%), Rentnern (17%) und Hausfrauen (21%); dagegen wählen nur 21% der Arbeiter diese Partei.

Das Ergebnis der Wahlen von 1962 ergab folgende Sitzverteilung in der Nationalversammlung:

UNR-UDT	235 (+ 58)
Republicains Indépendant	38 (+ 38)
Sozialisten	67 (+ 24)
Kommunisten	41 (+ 31)
MRP	38 (- 19)
Entente Démocratique	44 (+ 6)
Kandidaten der Rechten	1 (- 36)
CNI	17 (-103)
PSU	5 (+ 5)

Schlüsselt man dieses Ergebnis danach auf, ob der Abgeordnete schon einmal vorher gewählt worden war oder als Neuling ins Parlament einzieht, so ergibt sich folgendes Bild für das französische Mutterland[5]:

---

5) Dogan in Goguel: Election de 1962, p.431

	wiedergewählte Abgeordnete		Neulinge		
	in der IV.Rep. schon gew.	zum 1. Mal 1958 gew.	ehem.Abg. od.Senat. i.d. IV. Rep.	m. polit. Funktion i.d. IV. Rep.	Neulinge seit Bestehen der V. Rep.
PC	7	2	15	17	-
SFIO	17	13	12	24	1
Radikale	15	8	6	13	-
MRP	16	11	3	4	2
Unabh.	20	21	-	6	3
UNR	26	96	10	46	51

Bei den Wahlen des Jahres 1967 waren die Gaullisten vor gänzlich neue Probleme gestellt, die sich bei den vorangegangenen Elektionen der V. Republik noch nicht ergeben hatten.
Zum ersten Mal wurde das Parlament nicht vorzeitig aufgelöst, sondern beendete seine Legislaturperiode in der verfassungsmäßig vorgeschriebenen Zeit.
Während bisher die gaullistische Partei immer mit dem Gespenst einer bürgerkriegsähnlichen Situation oder mit dem Rücktritt des Generals drohen konnte, fielen im März 1967 diese - für die Gaullisten so günstigen - Voraussetzungen fort.
Die großen nationalen Probleme wie die Algerienfrage und die Eingliederung der Rapatriés waren gelöst und spielten keine wesentliche Rolle mehr im Wahlkampf.
Dagegen wurden von der Opposition die sozialen Fragen hochgespielt, denen die Gaullisten nur ausweichend antworten oder mit Hinweisen auf außenpolitische "Erfolge" begegnen konnten.
Die Parteiführung der UNR und ihrer Koalitionspartner waren sich dieses Problems durchaus bewußt. Man versuchte deshalb nach den Präsidentschaftswahlen, General de Gaulle dazu zu bewegen, das Parlament aufzulösen.[6] Dadurch hoffte

6) Inverview im Juni 1969

man, die Wähler, die de Gaulle ihre Stimme gegeben hatten, auch für die Partei zu gewinnen. Der Staatspräsident soll sich damals geweigert haben, von seinem Recht der Parlamentsauflösung Gebrauch zu machen, da er nicht mit Verlusten der UNR rechnete und er außerdem kein Ereignis von besonderer nationaler Bedeutung gegeben sah, das eine Auflösung der Assemblée nationale rechtfertige.

Schon im Frühjahr 1966 hatte die Parteileitung alle diversen Gruppen der Majorité gesammelt und ein "Comité d'action pour la V^{e} République" gegründet, dem Georges Pompidou vorstand.
Ziel dieses Comités war, jeweils nur einen einzigen Kandidaten in jedem Wahlkreis aufzustellen.
Um die Chancen der gaullistischen Kandidaten zu verbessern, erließ die Regierung Mitte November ein Gesetz, das die Mindestprozentzahl für die Teilnahme am 2. Wahlgang von 5% auf 10% der im 1. Wahlgang abgegebenen Stimmen erhöhte.

Diese empfindliche Erhöhung der zu überwindenden Schwelle wurde damit begründet, das Wahlsystem zu vereinfachen und Gruppenbildungen zu erleichtern.
Es ist jedoch offensichtlich, daß durch dieses neue Wahlgesetz Wahlgruppierungen ausgeschaltet werden sollten, die sich nicht dem "Comité d'action" angeschlossen hatten. Auf gaullistischer Seite hoffte man, so die Wählerstimmen der im 1. Wahlgang gescheiterten unabhängigen Kandidaten im 2. Wahlgang den Kandidaten der Majorité zuzuführen.
Diese Maßnahme spekulierte hauptsächlich mit dem Wahlverhalten der liberalen Wähler, die im 2. Wahlgang als Alternative eher gaullistisch als kommunistisch wählen würden.

Das Ergebnis der Wahlen von 1967 ergab für die Regierungsparteien eine hauchdünne Mehrheit, die nur durch einige unabhängige Abgeordnete abgesichert werden konnte.
Insgesamt erhielten die Parteien der Majorité 244 Abgeordnetensitze, von denen 44 auf die Unabhängigen Republikaner entfielen.[7)]

---

7) Monde vom 13.5.1967

Ein Jahr später veränderten die sozialen Unruhen die politische Lage völlig. Politische Beobachter vermuteten nach Meinungsumfragen im April des Jahres 1968, daß die Oppositionsparteien bei Neuwahlen die Gaullisten schlagen könnten.[8)]

Zwei Monate später, nachdem Frankreich seine seit langem schwerste soziale Krise durchstand, schwarze und rote Fahnen in allen großen Städten geweht hatten, wurde die Hoffnung der Opposition in den Wahlen vom 23. und 30. Juni vernichtet.

Der Gaullismus, dessen Glanz schon stark verblichen war, triumphierte,und die Opposition kehrte erheblich dezimiert in die Assemblée nationale zurück.

Diese beinah widersprüchliche Situation wird nur verständlich, wenn man sich mit de Gaulles Radioansprache vom 30. Mai näher befaßt, in der er die Auflösung der Nationalversammlung verkündete. Durch diese Entscheidung brachte der Staatschef die gaullistische Partei in eine günstige Ausgangsposition, da die Regierung nun das Volk befragen konnte, ob sie weiterhin die Legitimation der Franzosen besitze.

Pompidou verteidigte so nicht mehr nur die Regierungsmehrheit, sondern vor allem das gaullistische Regime und damit die Republik. Mit seiner Weigerung, zurückzutreten und mit der Auflösung der Nationalversammlung forderte de Gaulle die Franzosen indirekt auf, ihm dadurch das Vertrauen auszusprechen, daß man seine Anhänger ins Parlament wählte.

Bezeichnend ist auch die Tatsache, daß sich in diesen Wochen die Partei in "Union pour la défense de la République" umbenannte.

Die Parlamentsauflösung erlaubte es de Gaulle - wie schon die Referenden von 1958 und 1962 -, die Franzosen eher über den Fortbestand der Demokratie als über die politische Bilanz der Regierung abstimmen zu lassen.

---

8) Lancelot in Projet 28, 1968, p.936

Der zweite Vorteil der Auflösung lag darin, die "Gauchisten" zu isolieren, da nur eine minimale Anzahl der Wähler ihnen ihre Stimme geben würde.[9] Die kommunistische Partei und die Sozialisten sahen sich eindeutig in einer Zwangslage, da sie einerseits die Wahlen nicht zurückweisen konnten, andererseits aber damit rechnen mußten, von den Linksextremisten heftig attakiert und des Verrats bezichtigt zu werden.

De Gaulle und seine Anhänger zögerten wiederum nicht, die Kommunisten als Urheber der Krise darzustellen und den Wählern nur die Wahl zu lassen zwischen einem kommunistisch regierten Frankreich und der weiteren Amtsführung des Generals. Den gaullistischen Kandidaten fiel die Rolle zu, die traditionellen Verteidiger der republikanischen Freiheiten zu spielen.

Mit den Aufständen, Streiks und riesigen Protestmärschen der Linken wurde ein anderes Ergebnis erzielt, als es die Vertreter erhofft hatten: Denn sie trieben die 1967 abgewanderten liberalen Wähler wieder den Parteien der Majorité zu.

Mit mehr als 10 Millionen Stimmen erreichte die UDR den größten Erfolg in ihrer bisherigen Geschichte.

In 29 Departements gewann die UDR die absolute Mehrheit gegenüber nur 6 im Jahre 1967. In einigen sicheren Bastionen der Opposition - wie Nièvre, Isère, Bouches-du-Rhône, Vaucluse, Hérault, Ariège oder den Pyrénées Orientales - waren die Stimmengewinne gewaltig.

Die Führer der Sozialisten, Mitterand und Defferre, erlitten empfindliche Stimmeinbußen.

Pompidou hatte es während des Wahlkampfes propagandistisch geschickt verstanden, die Wahl zu einer Entscheidung für oder gegen den Fortbestand der Demokratie zu machen. Er vermied es, seine Partei zu sehr mit dem orthodoxen Gaullismus zu identifizieren. Vielmehr versuchte er als Staatsmann, alle Kräfte um sich zu versammeln, die bereit

---

9) Als einzige Parlamentsfraktion unterstützte die PSU die "Gauchisten".

waren, ein drohendes Chaos zu verhindern. Seine Rolle als Parteiführer wurde bewußt heruntergespielt, das Bild des um sein Land besorgten Premiers dagegen stets in den Vordergrund gestellt.
Zum ersten Mal konkurrierten im Juni 1968 auch de Gaulle und Pompidou um die Gunst der französischen Wähler, denn ein Sieg der Gaullisten durfte als Triumpf Pompidous gewertet werden. Knapp ein Jahr später wurde der Sieger dieser Wahlen zum Staatspräsidenten gewählt.
Mit Recht darf von diesen Wahlen behauptet werden, daß sie ganz im Zeichen Pompidous gestanden haben. Ein Vergleich der Präsidentschaftswahlen von 1965 mit dem Junivotum ergab einen Vorsprung von 1,7% zugunsten des parlamentarischen Gaullismus.
Insgesamt erhielten die Gaullisten und ihr Koalitionspartner 350 Sitze[10]; der Rest verteilte sich auf die Kommunisten (34), FGDS (57) und auf das CPDM (29). Die PSU kehrte nur mit einem Abgeordneten ins Parlament zurück.[11]

10) Davon 51 für die Unabhängigen Republikaner
11) Monde vom 3.7.1968

II. Die Auswahl bei der UNR

a) Gemäß den Statuten:

In Artikel 45 der Parteisatzung der "Union pour la Nouvelle République" ist die Aufstellung der Kandidaten bei Nationalwahlen festgelegt:

> "En cas d'élections nationales, les investitures sont accordées par le Comité central, sur p r o p o s i t i o n des unions départementales intéressées. Il en est de même pour les désistements."

Bei dem in Frankreich herrschenden Mehrheitswahlrecht ist es erstaunlich, daß dem Comité central das entscheidende Wort bei der Investitur zugesprochen wird, denn es erhebt sich die Frage, ob das Comité central über eine genügend große Einsicht in die speziellen Verhältnisse eines Wahlkreises besitzt, um eine Entscheidung zu fällen.
Muß beim Mehrheitswahlrecht nicht das örtliche Parteigremium den besten Kandidaten aussuchen, der seine Wähler und ihre Probleme detailliert kennt? Kann das Pariser Büro einen qualifizierten Kandidaten finden, der einen abgelegenen Wahlkreis der Auvergne gewinnen soll?
Diese Probleme können bei näherer Betrachtung verblassen, da die Kandidaten der UNR ohnehin immer die Politik des Generals vertreten. De Gaulle steht stellvertretend für die Partei, da sie bereit ist, seine Politik im Parlament zu unterstützen und zu vertreten.
Natürlich befürwortet die UNR die Kandidatur örtlicher Notabeln, da sie der Bevölkerung schon hinreichend bekannt sind, aber das ist kein Postulat, da das Ansehen und die Autorität des Generals in den meisten Wahlkreisen jedem gaullistischen Kandidaten eine sichere Ausgangsbasis gibt.
Freilich wird den "Unions départementales" der Partei ein Vorschlagsrecht überlassen; aber es gibt genügend Fälle, wo sich das Comité central über die Wünsche seiner örtlichen Gremien hinweggesetzt hat.

Wird für ein prominentes Mitglied der Partei ein sicherer Wahlkreis gesucht, muß sich die Union départementale diesem Votum beugen. Der bisherige gaullistische Abgeordnete steht vor der Entscheidung, Stellvertreter dieses Kandidaten zu werden oder sich zurückzuziehen.
Sofern der Abgeordnete Beamter war, hat er sich dem Willen der Partei fast immer gebeugt, um seine berufliche Karriere nicht zu gefährden.
Wenig sichere oder völlig unsichere Kreise werden dagegen oft mit örtlichen Kandidaten besetzt, die meistens die Zustimmung der Unions départementales erhalten.
Grundsätzlich läßt sich bis zu den Wahlen von 1968 folgendes Verfahren feststellen: Das Comité central bzw. das von ihm beauftragte Comité d'Investitures nominiert die Kandidaten für sämtliche Wahlkreise, wobei landsmannschaftliche und soziologische Interessen berücksichtigt werden. Anschließend werden diese Kandidaten den Unions départementales mitgeteilt, die sich in den meisten Fällen einverstanden erklären.
Je weiter ein Wahlkreis von Paris entfernt ist, desto mehr finden die Vorschläge bzw. die Kritik des örtlichen Gremiums Gehör. Auf die Kandidaten der Région parisienne und auf die Stadt Paris haben die Unions keinerlei Einfluß.
Die Kandidatenliste für Paris wurde 1967 vor ihrer Veröffentlichung General de Gaulle vorgelegt, der in einem Fall eine Änderung veranlagte, die sofort berücksichtigt wurde.
Gelegentlich weigern sich die Unions départementales, mit dem von Paris ernannten Kandidaten zusammenzuarbeiten. Im Departement Charente-Maritime wurde 1968 M. Colin vom Comité d'Investitures als Kandidat ernannt. Daraufhin investierte sofort das örtliche Parteigremium M. Rafanou als offiziösen Kandidaten und schrieb dem Bureau national, daß es sich weigern würde, den von Paris Ausgewählten zu unterstützen.

. Colin reiste trotzdem in seinen Wahlkreis, um den Willen es Comité central durchzusetzen. Als er jedoch auf feindliche Ablehnung seiner dortigen Parteifreunde stieß und uf keinerlei Zusammenarbeit hoffen konnte, resignierte er nd zog seine Kandidatur zurück.

m diesen Wahlkreis zu gewinnen, blieb dem Comité central ichts anderes übrig, als den Vorschlag der Union départeentale zu akzeptieren und Herrn Rafanou aufzustellen.

nders dagegen verlief die Opposition der örtlichen aullisten 1967 gegen die Kandidatur Edmonds Michelet im epartement Finistère. Trotz der Tomaten, die die bretonichen Gaullisten gegen ihn warfen und trotz der Unterstütung für den von Paris nicht reinvestierten Abgeordneten, ielt Paris Michelets Kandidatur aufrecht und zwang schließich die örtliche Parteileitung, sich dem Willen der Rue de ille zu beugen.

ervorstechend für das Verhältnis zwischen dem Comité entral und den örtlichen Organisationen ist der Fall des andidaten M. Mille im Departement Basses-Alpes.

. Mille wurde 1968 von seinen Parteifreunden aufgestellt nd Paris zur Bestätigung vorgeschlagen, da er

> "un candidat (est) qui puisse obtenir la majorité des voix et ainsi trouver un siège de plus pour la Ve République. Il est le seul ici à pouvoir contrebalancer les candidatures de gauche en prenant des voix socialistes et communistes." 12)

as Comité d'Investitures hatte dagegen J. Cabane für iesen Wahlkreis vorgesehen und war nicht bereit, nachzueben.

araufhin beklagte sich der Sekretär der Union départemenale:

> "Vous devez savoir que dans les Basses-Alpes, prèsque toujours la gauche l'emporte et vous avez fait en retirant votre aide à M.Mille, le jeu de cette gauche... Je comprends très bien qu'en retirant l'investiture à M.Mille au tout dernier moment, vous avez pensé que celui-ci se retirerait, mais nous avons d é c i d é de maintenir M.Mille."

---

12) Brief des örtlichen Parteisekretärs an R. Poujade, Juni 1968

Das Bureau national hielt seinerseits Herrn Mille nicht für geeignet, einen harten Wahlkampf durchzustehen und bestand auf der Kandidatur J. Cabanes. Mille wurde jedoch weiterhin von seinen Freunden unterstützt, zog aber vor dem zweiten Wahlgang seine Kandidatur zurück, um J. Cabanes politischen Gegner zu unterstützen.
Gegen diese Phalanx konnte sich der offizielle gaullistische Kandidat nicht durchsetzen.
In diesem Zusammenhang sei noch ein weiteres Beispiel erwähnt:
Der Parteisekretär des Departement Gard schrieb dem Beauftragten für den Wahlkampf 1968, Michel Herson:

> "Lorsque hier vous m'avez fait connaître les investitures données, ma désillusion fut grande."[13]

Der von Paris für den ersten Wahlkreis des Departements vorgeschlagene Kandidat, M. Tondut, wird in Nîmes als "unzureichend" betrachtet. Andererseits wird befürchtet, da man die örtlichen Gegebenheiten besser kenne als in der Hauptstadt, daß die Nichtwiederaufstellung von Herrn P. Jalu der UDR einen enormen Stimmenschwund bescheren werde.
Diese Gründe und der massive Widerstand der Union départementale führten dazu, daß Herr Jalu schließlich doch akzeptiert wurde.
Auch der Vorschlag des Comité central, für den 2. Wahlkreis M. Roustan zu investieren, fand nicht die Zustimmung der örtlichen Parteifreunde:

> "Là, nous avons frisé la catastrophe: Le candidat que vous aviez désigné et investi, M. Roustan, n'a jamais été candidat."

Das Comité verzichtete nach langem Zögern auf Roustans Kandidatur, konnte sich jedoch nicht entschließen, den Wünschen der Cadres Départementaux zu entsprechen.
Man einigte sich schließlich, keinen eigenen Kandidaten

---

13) Brief des örtlichen Sécrétaire fédéral an M. Herson

im 2. Wahlkreis aufzustellen, sondern den Kandidaten des PDM zu unterstützen.
Diese Beispiele beweisen, daß in einigen Fällen die Unions départementales erfolgreich gegen die oktroyierten Kandidaten vorgehen konnten. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß die o.g. Wahlkreise sich in entlegenen Gebieten befinden und auch nicht als absolut sicher galten.

In den meisten Fällen akzeptierten schließlich die Parteifreunde aus der Provinz die Pariser Entscheidungen.
"Oft rückte das örtliche Comité mit acht Parteikameraden in mein Zimmer und drohte, es erst zu verlassen, wenn ihr Vorschlag angenommen sei. Es gelang uns jedoch fast immer, sie von unserer Entscheidung zu überzeugen. Schwierigkeiten traten nur dort auf, wo landsmannschaftliche Gesichtspunkte politisches Kalkül überdeckten", äußerte ein Mitarbeiter Hersons.
Oft schlichten schon die Präfekten des zuständigen Departements Unstimmigkeiten, da sie dem Comité central detaillierte Kenntnisse über jeden Kandidaten und über den Wahlkreis mitteilen. Unterstützt ein Präfekt den von der Union départementale vorgeschlagenen Kandidaten, so revidiert meistens das Comité central seine Entscheidung zugunsten dieses Parteifreundes. Das gleiche tritt ein, wenn der Präfekt ihn nicht empfiehlt.
"C'est en effet le préfet qui gagne les élections pour la Majorité", antwortete mir der Präfekt eines südwestfranzösischen Departements auf die Frage, welchen Einfluß er auf die Kandidatenaufstellung seines Gebietes habe.

Generell ist festzuhalten, daß dem in den Statuten verankerten Vorschlagsrecht der Unions départementales nur symbolischer Charakter beikommt.

b) Die Kandidatenauswahl 1958 und 1962

Da zum Zeitpunkt meiner Untersuchungen mittlerweile zehn Jahre seit den ersten Wahlen zur Assemblée nationale der V. Republik vergangen waren, ließen sich für diese Wahlen nur fragmentarische Ergebnisse ermitteln; vor allem deswegen, weil die Verantwortlichen für die Kandidatenaufstellung sich an die damaligen Geschehnisse nur noch vage erinnern konnten und lediglich verhältnismäßig wenige Abgeordnete dieser Wahlen in der derzeitigen Nationalversammlung sitzen.
Trotz des lückenhaften Materials möchte ich aus Gründen des besseren Verständnisses und der Chronologie nicht darauf verzichten, die von mir geführten Untersuchungen über die Wahlen 1958 und 1962 darzulegen.

Wie schon erwähnt, standen die Verantwortlichen der neugegründeten "Union pour la Nouvelle République" zunächst vor der schwierigen Situation, eine Organisation für die Partei zu schaffen und innerhalb kürzester Zeit die Kandidaten für die Wahlen zu ernennen.
Insgesamt bewarben sich 2 300 Anhänger oder Mitläufer der neuen Partei oder des Generals de Gaulle um ihre Aufstellung. Innerhalb eines Monats sollten die für den Wahlkampf Verantwortlichen, J. Baumel, Rouland, Touret und J. Marette, die jeweils "Besten" aus dieser großen Zahl selektieren.
"Für uns ergab sich eine sehr unangenehme Aufgabe"[14], antwortete mir einer dieser vier Rapporteurs, "da wir in unserem Büros in der Avenue Georges nur mangelhaft eingerichtet waren und den Parteiapparat erst einmal wiederaufbauen mußten. Die Wahlen von 1958 waren daher sehr improvisiert,und wir konnten nur hoffen, von der Begeisterungswelle für General de Gaulle zu profitieren.
Unsere Kandidaten wurden von allen möglichen Gruppen vorgeschlagen, die sich zur neuen Republik und zu den Zielen des Generals bekannten; uns blieb es überlassen, zwischen

14) Interview am 17.3.1969

en einzelnen Gruppen zu wählen und möglichst allen einige
nvestituren zu verschaffen.
ie Cadres locaux bzw. Unions départementales waren noch
m Aufbau begriffen und machten deshalb wenig Vorschläge.
m allgemeinen griffen wir auf bewährte Parlamentarier
es RPF zurück oder stellten Mitglieder der Résistance
uf, deren Qualitäten uns sehr gut bekannt waren."
iese vier unterbreiteten ihre Vorschläge einem "Comité
'Investitures", dem die einflußreichsten Kräfte der Partei
ngehörten: Frey, Michelet, Soustelle, Delbecque, Debré,
halandon, Picard, Chaban-Delmas und Marcenet.
ie improvisiert die Auswahl der Kandidaten vonstatten
ing, zeigt folgendes Beispiel: "Unter meinem Parteibüro
n der Avenue Georges V befand sich eine Versicherungs-
esellschaft. Kurz vor Abschluß der Investituren verirrte
ich ein Bekannter aus der Provinz in mein Büro, obwohl er
ie Versicherungsgesellschaft aufsuchen wollte. Da uns in
einem Wahlkreis eine bekannte Persönlichkeit fehlte, frag-
e ich ihn, ob er kein Interesse habe, für die UNR zu kan-
idieren. Mein Vorschlag wurde nach einigem Zögern akzep-
iert,und M. ... wurde aufgestellt."[15)]
ieser Zufall blieb zwar eine Ausnahme, zeigt aber die
chwierigkeiten, vor die sich die Partei gestellt sah.

in anderes Problem ergab sich durch die Bewerbung etli-
her Obristen aus Algerien, die hofften, aus Dankbarkeit
ür ihren Aufstand die Rechte der Algerienfranzosen in der
ationalversammlung vertreten zu können.
s gelang dem Comité d'Investitures, unter Hinweis auf den
roporz mit den übrigen Gruppen und die Stimmung im Mutter-
and nur sehr wenige von ihnen aufzustellen: die Obristen
homazo und Broizat.
ie Parteileitung wollte unter allen Umständen verhindern,
on ihren politischen Gegnern als rechtsradikal gebrand-
arkt zu werden; die Wähler im Mutterland hätten einer

---

5) Interview am 17.3.1968

solchen ultrakonservativen Partei ihre Zustimmung verweigert, obwohl diese de Gaulles Ziele völlig unterstützte.

In dieser Wahl gewann die Kandidatenaufstellung für Paris und seine Umgebung eine besondere Bedeutung, da die meisten Gruppen der soeben gegründeten Partei dort ihren Kandidaten sichere Wahlkreise verschaffen wollten.
Das Comité central verhandelte in dieser Frage auch mit einigen anderen politischen Gruppen, von denen man annahm, daß sie die Politik des Generals unterstützen würden.
So wollte Soustelle ein Wahlbündnis mit Morice und Bidault eingehen. Trotz Soustelles starkem Widerstand weigerte sich das Comité, dieses Bündnis einzugehen; man einigte sich schließlich, keinen eigenen Kandidaten gegen Biaggi (Seine 14) aufzustellen, der sich allerdings während des Wahlkampfes auf eine UNR-Investitur berief;[16] außerdem verzichtete das Comité d'Investitures darauf, die Position von Dides ("Union nationale des 'oui' au référendum") und Baylot durch eigene Kandidaten zu schwächen.
Man hoffte allerdings, daß Baylot geschlagen und der von der UDT für diesen Wahlkreis vorgesehene M. Barberot heftig gegen ihn opponieren würde.
Mit diesen Konzessionen sollten die Anhänger Soustelles zufriedengestellt werden.
Die Kandidaten der Unabhängigen, die in Paris von Frédéric Dupont geführt wurden, versuchten eine Wahlallianz in diesem Gebiet mit den Gaullisten einzugehen, was jedoch von der UNR abgelehnt wurde. Man erklärte sich allerdings bereit, nur einen Scheinkandidaten, M. Sabatier, gegen Frédéric Dupont aufzustellen, der sich nach dem 1. Wahlgang zurückziehen sollte; das gleiche galt auch für Lafay, gegen den Herr Vaschetti "nominiert" wurde.
Nachdem diese generelle Wahltaktik abgeschlossen war, beschäftigte sich das Comité d'Investitures intensiv mit der Auswahl der eigenen Kandidaten für den Pariser Raum.
Vier Gruppen lassen sich feststellen, aus denen die Kandi-

---

16) Buchaillard, p.4

daten für Paris und Umgebung gewählt wurden:
Die erste Gruppe setzte sich aus den Mitstreitern des RPF zusammen, die sich bei Nichtberücksichtigung ihrer Kandidatur enttäuscht von der neuen Partei abgewandt hätten. Zu ihnen gehörte Bourriquet, Bernanosci, Calméjane, Marcenet, Mme Devauel, Habib-Deloncle, Peytel, Plazanet, Pezé, Roulland, Touret und Veyssière.
Einigen von ihnen wurden Wahlkreise zugesprochen, deren Gewinnung aussichtslos erschien. Keiner dieser Kandidaten verzichtete allerdings auf den angebotenen Wahlkreis.
Die zweite Gruppe umfaßte bedeutende Mitglieder der Résistance: Carter, Karcher, Le Tac, Sanson und Dreyfous-Ducas.
Hinzu kamen die lokalen Honoratioren,die vor allem im Pariser Westen dem Image der Partei förderlich sein sollten: Der Bürgermeister von Neuilly, Achille Peretti und die Ärzte Toutain und Profichet, die über eine sehr große Patientenzahl verfügten.
Als letzte Gruppe seien die Freunde und Anhänger der gaullistischen Spitzenpolitiker erwähnt, die ihre eigene Position mit Hilfe dieser Kandidaten ausbauen wollten: Michel Debrés Freunde Fanton und La Malène; Malleville, der von Ed. Michelet vorgeschlagen wurde; Moatti, ein Anhänger Soustelles und vier Kandidaten, die de Gaulle empfahl, darunter Missoffe. Hinzu kamen noch einige hohe Ministerialbeamte wie Foccart und Guichard.
Unter den Kandidaten für die Pariser Wahlkreise befinden sich acht, die von den gaullistischen "Comités ouvriers" (Lepidi und Calméjane), vom Centre Républicain oder MRP (Roulland, Peretti und Toutain) oder vom CNI (Roulland, Nungesser und Ruais) unterstützt wurden.
Diese Unterstützung zeigt den Widerhall, den die gaullistischen Kandidaten bei einigen bürgerlichen Parteien fanden, während andererseits die UNR Kandidaten der Unabhängigen oder des MRP unterstützte, um die Mehrheit im Parlament zu verbreitern, die de Gaulles Politik billigte.
Diese Wahlhilfe läßt sich ebenfalls bei allen folgenden

Wahlen feststellen; sie tritt besonders stark 1958 hervor, was auf den Wunsch aller bürgerlichen Parteien zurückzuführen ist, eine arbeitsfähige Parlamentsmehrheit zu schaffen.

Die Wahlen im November 1962 konnten nach Angaben eines Mitglieds des Comité central bedeutend besser vorbereitet werden als 1958, da sich mittlerweile ein fester arbeitsfähiger Parteiapparat etabliert hatte, der eine intensivere Auswahl der Kandidaten vornehmen konnte.
Durch die Lösung des Algerienproblems hatte sich auch das Problem der Ultras bzw. der extrem rechtsgerichteten Kandidaten für die UNR gelöst, da sie zum großen Teil schon vor den Wahlen die Partei verließen.
Die Partei stand gefestigt da und konnte vor allem durch das Referendum vom Oktober auf erhebliche Stimmgewinne hoffen, da die französischen Wähler schlecht das Referendum gutheißen, der Partei aber, die es unterstützt hatte, ihre Stimme verweigern konnten.
Den Mitgliedern des Zentralkomitees der Partei wurde die Aufgabe übertragen, aus 2000 Vorschlägen die rund 360 gaullistischen Kandidaten auszuwählen. Das Comité central beauftragte mit der Sichtung der einzelnen Personalakten Roger Frey. Unterstützt wurde er von J. Baumel, der für Paris und Umgebung und von J. Marette, der für die Provinz verantwortlich war.
Die endgültige Entscheidung fiel im Comité central.
Außerdem befaßte sich die "Association nationale pour le soutien de l'action du général de Gaulle" mit der Kandidatenaufstellung und empfahl dem Comité central verdiente Mitstreiter des "France libre" oder der Résistance; seine Leiter, Oberst Dupérier und J. Sainteny wurden laufend gebeten, ihre Meinung zu dieser oder jener Kandidatur abzugeben.[17)]

---

17) Charlot, p.41

Die endgültige Entscheidung wurde in dem Kreis um R. Frey, Baumel und J. Marette getroffen, zu denen sich noch O. Guichard, Y. Foccart, J. Richard, P. Lefranc und R. Ribière gesellten.

In diesem Zusammenhang ist darauf zu verweisen, daß kein Kandidat ohne die Zustimmung der regionalen "Parteifürsten" aufgestellt wurde. Niemand erhielt im Gebiet von Bordeaux ohne das Einverständnis des Parlamentspräsidenten Chaban-Delmas die Investitur; das gleiche Verfahren findet man in den nördlichen Departements, wo L. Delbecque die UNR maßgeblich aufbaute und gestaltete.

Grundsätzlich läßt sich feststellen, daß die nominierten Kandidaten ausnahmslos wegen ihrer absoluten Treue zum Gaullismus oder wegen ihrer Zugehörigkeit zu den militärischen Gruppen während der Besatzungszeit ausgewählt wurden.

Bei diesen Wahlen konnten die Gaullisten neben der Abstimmung über die Algerienfrage noch einen weiteren Trumph ausspielen, da Staatspräsident de Gaulle zum ersten Mal sein Schweigen brach und in einer Fernsehansprache am 7. November die französischen Wähler aufforderte, die Kandidaten des "oui" zu unterstützen. Obwohl er die UNR nicht namentlich erwähnte, wußte jeder, welche Partei de Gaulle meinte, als er sagte:

> "Or il se trouve qu'en votant 'oui' en dehors d'eux et malgré eux la nation vient de dégager une large majorité de renovation politique. Je dis qu'il est tout à fait nécessaire, pour que dure la démocratie, que cette majorité s'affermisse et s'agrandisse et, d'abord, qu'elle s'établisse au Parlement."[18]

Das Parteiorgan der Gaullisten, La Nation, konnte seine Freude über diese Wahlhilfe nicht verbergen und brachte als Schlagzeile: "De Gaulle: votez pour les hommes du 'oui'."[19] Ob der General diese Erklärung ohne Bedenken abgegeben hat, ist fraglich. In einem Interview erklärte mir ein leitender Parteifunktionär, daß de Gaulle sich zuerst geweigert habe,

---

18) Combat vom 8.11.1962
19) La Nation vom 8.11.1962

unter Berufung auf seine neutrale Rolle als Staatspräsident, der über dem Streit und Machtstreben der Parteien zu stehen habe. Das Volk habe ihm durch die Zustimmung zum Referendum das Vertrauen ausgesprochen.
Erst als die Parteispitze den General auf eine mögliche Niederlage bei den Wahlen hinwies, durch die auch sein Ansehen in Mitleidenschaft gezogen und außerdem die Bildung einer arbeitsfähigen Koalitionsregierung unmöglich sein würde, gab de Gaulle seine Zurückhaltung auf.

Im Gegensatz zu den Wahlen von 1958 brauchte die UNR vier Jahre später nur noch geringe Rücksicht auf das Algerienproblem zu nehmen.
Während noch bei den ersten Nationalwahlen der V. Republik eine stattliche Zahl Obristen und algerischer Ultras sich um eine Kandidatur bewarben, so hatte sich diese Frage mittlerweile selbst gelöst, da sich diese Kreise von der UNR getäuscht sahen.
Schon im Oktober 1959 traten neun Abgeordnete aus der UNR aus[20], da sie den Vorschlag der "autodétermination des Algériens" nicht unterstützen wollten.
Die Parteileitung versuchte, diese Absetzbewegung aufzuhalten und bat dringend einige dieser Abgeordneten, ihre Entscheidung zu revidieren. Am 16.10. bekräftigte Delbecque seine Treue zu General de Gaulle und bat seine kürzliche Entscheidung als "nulle et non avenue" zu betrachten.[21]
Ebenso zogen Cathala, Brice und Souchal ihr Austrittsgesuch zurück.
Fünf blieben bei ihrer Entscheidung und enthoben die Partei der Notwendigkeit, diesen Extremisten eine neue Kandidatur zu verweigern. Da sich J. Soustelle ebenfalls von seiner Partei getrennt hatte, brauchte das Comité d'Investitures auf seine Wünsche keine Rücksicht mehr zu nehmen.

---

20) Arrighi, Battesti, Biaggi, Brice, Cathala, Delbecque, Grasset, Souchal und Thomazo
21) Charlot, p.65

Dafür machten die Mitglieder des Comité d'Investitures ihre positive Entscheidung für eine erneute Kandidatur der gaullistischen Abgeordneten davon abhängig, ob einer von ihnen dem Kabinett Pompidou am 4.10.1962 sein Mißtrauen ausgesprochen hatte.
"Sauf les députés qui nous ont trahis ou qui ont été pour nous des ennemis comme députés ne furent plus réinvestis", erklärte mir ein Mitglied des Comité d'Investitures.[22)]
Sämtliche Abgeordnete des Parlaments wurden vom Comité d'Investitures nach ihrer Haltung in dieser Frage beurteilt. So unterstützte z.B. die UNR auch Kandidaten anderer bürgerlicher Parteien, sofern sie gegen den Mißtrauensantrag gestimmt hatten. Entscheidend war der Grundsatz: Wer nicht gegen uns gestimmt hat, ist für uns.
Bei einer Analyse der gaullistischen Abgeordneten, denen 1962 vom Comité d'Investitures die Kandidatur verweigert wurde, ergeben sich u.a. folgende Resultate:
Im Departement Var eroberte die UNR 1958 sämtliche vier Sitze, da in diesem Gebiet die Anhänger des "Algérie française" besonders stark vertreten waren und den Gaullisten ihre Stimme gaben. So fühlten sich die gaullistischen Abgeordneten ihrerseits verpflichtet, die Belange ihrer Wähler massiv zu unterstützen.
Als 1959 eine Änderung der Algerienpolitik des Generals bemerkbar wurde, zogen drei dieser Abgeordneten die Konsequenzen: M. Fabre (3. Wahlkreis) trat im Dezember 1960 aus; M. Vittel protestierte 1961 gegen die neuen Steuern und verließ die UNR. Im März 1962 (3 Monate vor seinem Tod) brach M. Escudier mit seinen Parteifreunden. Sein Nachfolger, German, schrieb sich als "Parteiloser" ein und unterstützte den Mißtrauensantrag gegen Pompidou, so daß die Partei bei den Wahlen einen Gegner gegen ihn nominierte.
Nur M. Laurin wurde von der UNR wiederaufgestellt.
Gegen den gaullistischen Abgeordneten des 3. Wahlkreises von Nizza, M. Teisseire, investierte die Partei General

---

22) Interview am 17.3.1969

Corniglion-Molinier, da sich der Abgeordnete als "infidèle au parti" gezeigt habe.
R. Mocquiaux unterstützte ebenfalls das Mißtrauensvotum und wurde deshalb ausgeschlossen. Als Gegner wählte das Comité d'investitures M. Flornoy aus, um Mocqiaux, der nun als Parteiloser kandidierte, zu schlagen.
Der Abgeordnete des Departement Loire-Atlantique, Le Douarec, erklärte öffentlich, er werde der Regierung Pompidou sein Mißtrauen aussprechen.[23] Daraufhin beschloß das Politbüro der UNR Le Douarecs Parteiausschluß; damit entfiel auch jegliche Unterstützung für eine Wiederwahl.

Bei den nichtgaullistischen Abgeordneten, die gegen die Regierung Pompidou gestimmt hatten, variierte das Comité central seine strikte Gegnerschaft in einer möglichen Wahlhilfe.
So stellte die UNR im Departement Morbihan nur gegen zwei Abgeordnete eigene Kandidaten auf: gegen M. Bonnet, MRP, in Auray und den unabhängigen M. Le Montagner aus Lorient. Zwei MRP-Abgeordnete, M. du Halgouet und P. Thuel, wurden dagegen vom Comité central unterstützt, da sie 1958 ihre Wahlkreise schon im ersten Wahlgang sicher gewonnen hatten.[24]
Das gleiche gilt für die drei Abgeordneten von Haute-Savoie, die den Mißtrauensantrag gegen die Regierung unterstützt hatten. Nur einer von ihnen, M. Philippe (MRP), sah sich mit einem gaullistischen Kandidaten konfrontiert. Philippes Position erschien der UNR in seinem Wahlkreis nicht gefestigt genug, um ihn nicht schlagen zu können.

Anfang November veröffentlichte das Generalsekretariat der UNR die endgültige Kandidatenliste und ein Kommuniqué, das sich mit der Aufstellung der Kandidaten befaßte. Schon im Oktober hatte die Parteileitung wissen lassen, "Qu'elle confirme la volonté du mouvement d'assurer dans

---

23) Monde vom 5.10.1962
24) In Ploermel erhielt du Halgouet im 1. Wahlgang fast 28 000 vom 34 000 Stimmen.

toutes les circonscriptions la victoire de la V^e Répu-
blique."[25])

Damit bekräftigte die Partei - im Gegensatz zu 1958 - das Prinzip, in jedem Wahlkreis einen Vertreter zu unterstützen, der die Politik des Generals gutgeheißen hatte. "Les campagnes du référendum et des élections législatives seront faites sur le thème: pour ou contre le général de Gaulle."

Insgesamt wurden 441 Kandidaten von der gaullistischen Partei den Wählern empfohlen. 362 Gaullisten wurden aufgestellt und bildeten unter der Schirmherrschaft des Kultusministers André Malraux die "Association pour la V^e République". Ihnen standen 23 Kandidaten zur Seite, die mit der UNR sympathisierten: 12 Gemäßigte (MM Duchesne, de Broglie, de Sesmaisons, Weber, Delainzy, Picquot, Jacquinot, Marcellin, Mondon, Giscard d'Estaing, Delaporte und Voilquin), sechs Mitglieder des MRP (MM Le Guen, Davoust, M. Schumann, Halbout, Rivière und Mme de la Chevrelière), drei Radikale (MM Douzans, Renourd und Beauguitte) und zwei Parteilose (Roger und Moynet).

33 Kandidaten der UDT erhielten durch das Comité central die Investitur, darunter ihre Sprecher L. Vallon und R. Capitant. Damit berücksichtigte das Comité central nur die Hälfte der von der UDT geforderten Kandidaturen. Der Einfluß dieser Gruppe scheint geringer geworden zu sein, da die Parteiführung mittlerweile erkannt hatte, daß die Wähler der Arbeiterschaft nach wie vor den sozialistischen Parteien oder der PC ihre Stimmen gaben.

Die Hoffnung, die man noch 1958 gehegt hatte, mit Hilfe der UDT linksgerichtete Wähler dem Gaullismus zuzuführen, schien vier Jahre später zum großen Teil verflogen zu sein. Außerdem verlor die UDT nach ihrer Fusion mit der UNR an Bewegungsspielraum und mußte sich mit den 33 Kandidaturen zufriedengeben.

---

25) Monde vom 11.10.1962

Gegen 23 Abgeordnete - hauptsächlich Anhänger des MRP und der neugebildeten Partei "Républicains Indépendants" - stellte die UNR keine eigenen Kandidaten auf und förderte maßgeblich ihren Wahlkampf, da sie "ont fait campagne pour le 'oui'."
Unter den 362 gaullistischen Kandidaten bewarben sich zum ersten Mal 14 amtierende oder ehemalige Minister (von insgesamt 25) um ein Mandat.
General de Gaulle soll persönlich seine Minister zu diesem Schritt aufgefordert haben, um ihr Prestige für die UNR zu nutzen. Obwohl er nach wie vor sämtliche Parteien wenig estimierte, zögerte er dieses Mal nicht, sie für seine politischen Ziele einzusetzen.[26]
Außerdem wurden 25 Mitglieder aus der Zeit der Libération nominiert.

Von den im Oktober 1958 gewählten Abgeordneten wurden 161 wieder aufgestellt.
Insgesamt wurden 17 Abgeordnete, die 1958 unter dem Zeichen "UNR" gewählt worden waren, nicht mehr berücksichtigt. Einige von ihnen - Villedieu, de Bénouville, Thomazo, Poutier, Battesti, Biaggi, Vaschetti und Le Douarec - waren schon vorher aus der Partei ausgeschieden oder hatten das Mißtrauensvotum gegen die Regierung Pompidou unterstützt.

Der Abgeordnete von Brive, Filliol, zog sich aus "Gesundheitsgründen" zurück und überließ seinen Wahlkreis Jean Charbonnel, Mitglied des Conseil national de l'UNR.
M. Carbon, Stellvertreter und Nachfolger Christian de la

---

26) Zu ihnen gehörten:
a) 6 ehemalige Abgeordnete, die schon vor 1958 gewählt worden waren und sich in ihren alten Wahlkreisen aufstellen ließen: Jacquinot, Unabhängiger Republikaner (Meuse), Triboulet, UNR, seit 1946 Abgeordneter des Calvados, Marcellin, Unabh. Republikaner (Morbihan), Dusseaulx, UNR, (Seine-Maritime), Maurice-Bokanowski, UNR, (Seine), Giscard d'Estaing, Unabh. Republikaner, (Puy-de-Dôme).
b) 6 ehemalige Abgeordnete, die 1958 zum ersten Mal gewählt wurden: de Broglie, Unabh. Republikaner (Eure), Maziol, UNR, (Haute-Garonne), Peyrefitte, UNR, (Seine-et-Marne), Missoffe, UNR (Paris 17), Boulin, UNR, in der Gironde und Dumas, UNR, in Savoyen.
c) Der ehemalige Senator und Postminister J. Marette und
d) Roger Frey, der sich noch nicht um ein Mandat beworben hatte.

Malènes nach dessen Ernennung zum Staatssekretär im Informationsministerium, übergab seinen Wahlkreis de la Malène, der erneut kandidierte.
Außerdem wurden die gaullistischen Abgeordneten Abbé Viallet, de Kervéguen, Mazé, Grenier und Buron nicht mehr berücksichtigt; das gleiche trifft für den "Hospitanten" M. Roustan zu.
In all diesen Fällen wurden Alters- oder Gesundheitsgründe für die Ablehnung angegeben.
Bei den 55 wichtigen Wahlkreisen des Seinegebietes ergaben sich in sieben Fällen Veränderungen gegenüber 1958.
Spitzenkräfte der Partei oder von Ministern Protegierte versuchten, die bisherigen Abgeordneten zu verdrängen, um einen sicheren Wahlkreis zu erobern: M. Touret (11. Wahlkreis) wurde R. Freys Stellvertreter und hoffte, nach der Regierungsbildung sein Mandat zurückzuerhalten.
Im 24. Wahlkreis wurde der Staatssekretär für Innenhandel, Missoffe, nominiert, während der bisherige Abgeordnete, de Préaumont, gegen den abtrünnigen Vaschetti kämpfte.
M. Bellec wurde empfohlen, ins Departement Seine-Maritime auszuweichen und seinen Wahlkreis (29.) R. de Lavaysse zu überlassen.
Der Industrieminister Maurice Bokanowski ersetzte M. Sanglier, der nun den 22. Wahlkreis einem Indépendant zu entreißen versuchte.
Comte Offenbach verließ seinen Wahlkreis im Departement Loir-et-Cher, um den abtrünnigen M. Poutier zu schlagen (24. Wahlkreis).
"Paris-Presse" bemerkt ironisch zu diesen Verschiebungen:

> "Les mandats parisiens comportent plus de 'grandeur' que de 'servitudes'; pas de week-ends exténuants à passer dans les trains pour visiter la circonscription; pas de souci à avoir au sujet de mille intérêts locaux divergents et tous également honorales. L'electeur parisien n'est pas exigeant. Bref, être député de Paris cela présente un peu les mêmes avantages que d'avoir son bureau à domicile. Politiquement il suffit de se laisser porter par la vague."27)

---

27) Paris Presse vom 18.10.1962

Der UDT wurde der 3. Pariser Wahlkreis überlassen, wo René Capitant hoffte, die Mehrheit zu gewinnen.
In der Pariser Umgebung bewarben sich General Billotte und M. Rochenoir für die UDT.
Dem Drängen der UDT, ihrem Sprecher Louis Vallon einen Wahlkreis in Paris zu überlassen, wurde vom Comité central nicht nachgegeben, um anderen Gruppen keinen Vorwand zu liefern, ebenfalls ähnliche Wünsche anzumelden.
Als Kandidat in Ecouen-Gonesse bekannte Vallon anschließend freimütig, ein "parachuté" zu sein: "Le vendredi, je ne savais pas que je serais désigné un jour plus tard pour venir dans cette 10ème circonscription."[28)]
Wie bedeutsam die Fürsprache eines hohen Parteifunktionärs oder sogar des Staatspräsidenten sein kann, beweist der Fall des Generalkommissars für den Tourismus, J. Sainteny, der zugleich einer der drei Präsidenten der "Association nationale pour le soutien de l'action du général de Gaulle" war. Nachdem das Comité d'Investitures seinem Wunsch, in Paris aufgestellt zu werden, nicht entsprochen und ihm stattdessen einen Kreis in der Provinz angeboten hatte, "bat" de Gaulle Sainteny, Dupérier und Gorce-Franklin zu kandidieren. Alle erhielten umgehend absolut sichere Wahlkreise in Paris und Lyon.[29)]
Einige Minister legten ihren engsten Mitarbeitern ebenfalls eine Kandidatur in einem sicheren Wahlkreis nahe.
So kandidierte R. Freys Kabinettchef, G. Prioux, in Mantes und Hubert Germain, Geschäftsträger im Kabinett des Armeeministers Messmer, im 13. Arrondissement von Paris gegen J.B. Biaggi, der wegen der Algerienpolitik die UNR verlassen hatte.
Ein großer Teil der nominierten Kandidaten hatte das Amt eines Bürgermeisters, Stadtverordneten oder Präsidenten des

---

28) Combat vom 14.11.1962
29) Le Monde vom 4.11.1962; Gorce-Franklin kahdidierte in Lyon, 5. Wahlkreis.

epartementsrates inne[30].
urch diese Funktionen sind die Kandidaten der Bevölkerung
eitgehend bekannt und erhielten einen Wahlkreis in dem
epartement, wo sie schon ein Amt besaßen.
in Mitglied des Bureau central erklärte mir dazu: "En
rovince il faut une personalité liée à la région."[31]
in anderer Faktor scheint für die Parteileitung von nicht
inderer Bedeutung zu sein. Durch ihre Wahl zum lokalen
der regionalen Vertreter konnten diese Kandidaten mit
er Tatsache auftreten, daß sie schon einmal genügend
timmen auf sich vereinigt hatten, um nun gegebenenfalls
ei Nationalwahlen ähnliche Gewinne verzeichnen zu können.
er Erfolg trat erwartungsgemäß ein, da fast alle der kan-
idierenden Bürgermeister ein Abgeordnetenmandat erringen
onnten.
ersucht man die Kandidatenaufstellung der Jahre 1958 und
962 zu vergleichen, erhebt sich sofort die Frage, ob die
erlegenheitskandidaten der ersten Stunde mittlerweile
hre Sitze nicht progressiveren Kräften überlassen hatten,
ie das Profil der Partei intensiver und nachhaltiger hät-
en bestimmen können.
ährend man für die ersten Wahlen der V. Republik die Im-
rovisation der Kandidatenaufstellung cum grano salis aus
ein parteiopportunistischen Gründen verstehen kann, er-
artet der Beobachter für die folgende Wahl eine systema-
ische Durchforstung der Kandidaten, die nach rein quali-
ativen Gesichtspunkten selektiert sind.
as Comité d'Investitures mag sich wohl auch zu Beginn sei-
er Tätigkeit mit dieser Frage beschäftigt haben, merkte

---

0) a) Die Präsidenten der Departementsräte von Oise, Haut-Rhin, Aisne und Haute-Saône;
   b) Die Bürgermeister der Städte Lisieux, La Rochelle, Lannion, Nogent-Le-Rotrou, Bordeaux, Arcachon, Libourne, Dinard, La Châtre, Tours, Dax, Villeneuve-sur-Lot, Angers, Granville, Reims, Tourcoing, Douai, Valenciennes, Calais, Sélestat, Creusot, Le Mans, Chambéry, Neuilly, Colombes, Asnières, Vanves, Meudon, Villacoublay, Saint-Raphael und Sens.

1) Interview im Juni 1969

jedoch nach dem allmählichen Ausscheiden des extrem-rechten Flügels der Partei, daß eine weitere Umstrukturierung andere gaullistische Gruppen und Grüppchen der Partei entfremden könnte, auf deren Mitarbeit die Parteileitung großen Wert legte.
So verwundert es wenig, daß nur einer minimalen Abgeordnetenzahl aus "Gesundheits- oder Altersgründen" die Reinvestitur verweigert wurde.
Keiner dieser Ausgeschiedenen besaß über eine genügend starke Hausmacht oder Protektion, um energisch zu widersprechen. Hinzu kommt ein weiteres Merkmal, daß ebenso wie 1958 bei diesen Wahlen für die UNR die entscheidende Rolle spielte: Obwohl nach der gängigen Lehrbuchmeinung[32] im Mehrheitswahlsystem die Persönlichkeit des einzelnen Kandidaten als entscheidend für den Stimmengewinn einer Partei betrachtet wird, kehrte die gaullistische Parteileitung diesen Lehrsatz um; sie hoffte, nicht der einzelne Kandidat sei entscheidend, um der Partei die Mehrheit im Parlament zu ermöglichen, auch nicht die "Union pour la Nouvelle République", sondern allein General de Gaulle. Obwohl der Staatspräsident sich immer von den Parteien distanzierte und auch die Partei seiner Anhänger öffentlich nie namentlich erwähnte, bedeutete er für die UNR die einzige Möglichkeit, die Wahlen zu gewinnen.
Durch ihr völliges Eintreten für seine politischen Absichten und Ziele zwang die Partei den General, sich ihr zur Verfügung zu stellen (wenn auch nur auf Plakaten). Gestärkt durch die Referenden, die vor den Wahlen zur Nationalversammlung stattfanden, konnte die gaullistische Parteileitung hoffen, das Vertrauen der Wahlberechtigten ebenfalls zu gewinnen.
Nicht der einzelne Kandidat als Persönlichkeit, sondern der Slogan "Pour le oui, pour de Gaulle" war entscheidend. So brauchte auch das Comité d'Investitures nicht einen

---

32) Duverger, Die politischen Parteien, p.77

eil seiner Abgeordneten auszuwechseln, obwohl ihre Fähig-
eit nicht der eines Parlamentariers entsprach.
rst fünf Jahre später, als der Stern des Generals durch
en zweiten Wahlgang bei den Präsidentschaftswahlen zu
erblassen begann und kein Referendum die Wahlchancen er-
öhte, sah sich das neugebildete Comité d'Investitures
uf Veranlassung Pompidous gezwungen, die Kandidaten sorg-
ältiger als bisher zu selektieren.

c) Das Comité d'Action für die Wahlen 1967

Zum ersten Mal seit ihrem Bestehen bereitete die "Union pour la Nouvelle République" oder "Union des Démocrates pour la République", wie sie sich seit 1966 nannte, die Wahlen zur Nationalversammlung nicht mehr - wie bisher - kurzfristig wegen der Auflösung des Parlaments vor.
Sie konnte vielmehr den Wahltermin im März 1967 lange genug vorher ins Auge fassen, um die notwendigen Entscheidungen zu treffen.
Anders als 1958 und 1962 mußte die Partei auch die Wünsche ihrer neugewonnenen Koalitionspartner, der Unabhängigen Republikaner und einiger Mitglieder des MRP oder des Centre démocrate, berücksichtigen.
Ein weiteres Moment darf bei der Betrachtung dieser Vorbereitungen nicht außer acht gelassen werden: Die indirekte Niederlage des Generals im Dezember 1965, als er zum zweiten Wahlgang gezwungen wurde.
Zum ersten Mal waren die Stimmgewinne für einen Gaullisten (besser gesagt für den Gaullisten) bei bedeutenden Wahlen rückläufig, was sich sofort in der Haltung der Koalitionspartner der Majorité niederschlug.
Am Abend des 5. Dezember 1965 äußerte der Präsident der Parlamentsgruppe der Unabhängigen Republikaner, Raymond Mondon, "daß die Regierung von morgen mehr diskutieren müsse", eine der wesentlichen Forderung der Giscardiens.
Ebenso äußerte sich René Capitant, der die 1962 beschlossene Fusion von UNR und UDT vorsichtig in Frage stellte:

> "Le schisme serait inévitable, si l'UNR-UDT ne trouvait pas en elle-même suffisamment de force politique et de conviction morale pour faire passer dans la réalité la grande réforme que, depuis 20 ans le gaullisme a proclamé être sa doctrine sociale."33)

So ergab sich naturgemäß die nicht sehr angenehme Rolle für die UNR die Besetzung der Wahlkreise mit ihren Koaliti-

---

33) Notre République vom 4.2.1966

onspartnern abzustimmen, sofern sie sich an einem einzigen Kandidaten der Majorité interessiert zeigte.
Zum ersten Mal meldeten die Koalitionspartner Forderungen in starkem Maße an, die man nicht wie 1962 leichtfertig übergehen konnte, sondern denen man Rechnung tragen mußte.
Georges Pompidou erkannte schon frühzeitig dieses Problem und versuchte, obwohl nicht Mitglied der UNR, die Vorbereitungen für die Wahlen im März 1967 zu koordinieren, um jeweils nur einen einzigen Kandidaten "V^{e}-République" präsentieren zu können.
Im Januar 1966 erklärte er vor der Presse, er halte es für außerordentlich wichtig, ein "Comité de liaison" zwischen den diversen Richtungen der Majorité zu bilden, um die Wahlvorbereitungen effektiv beginnen zu können.[34)]
Die Unabhängigen Republikaner sahen grundsätzlich die Notwendigkeit eines solchen "Comité de liaison" ein, weigerten sich aber, in allen Wahlkreisen die Einheitskandidatur der Majorité zu unterstützen.
Diese Haltung ist verständlich, da die Giscardiens momentan große Anstrengungen unternahmen, ihre Parteistruktur zu festigen und auszubauen.
Je näher der Wahltermin heranrückte und je mehr die Gaullisten auf ihre Mitarbeit angewiesen waren, desto höher konnten sie ja ihre Forderungen schrauben.
Die Linksgaullisten ihrerseits opponierten innerhalb der Regierung Pompidou und versuchten, ihr geringes Gewicht mit dem Argument zu erhöhen, daß sie hoffen durften rattacher les 3 millions d'électeurs de gauche qui, jusque dans les rangs du parti communiste, votent envers et contre tout pour l'homme du 18 juin".[35)]
Außerdem meldete auch Pisani seine Ansprüche an, als er einen "Contrat des Républicains" veröffentlichte und sich als einen der möglichen Führer einer neuen gaullistischen

---

4) Le Monde vom 14.1.1966
5) Notre République vom 21.1.1966

Linken empfahl.[36]
Pompidou wußte jedoch die gesamte Mehrheit der UNR hinter sich, um den Koalitionspartnern ihre begrenzten Aktionsmöglichkeiten klar vor Augen zu führen.
Am 18.März nahm Pompidou an einer Sitzung des Comité central teil und verkündete anschließend die Schaffung eines "Comité de liaison" für die Parteien der Majorité. Er beruhigte gleichzeitig sämtliche Koalitionspartner, es sei nicht an eine Fusion gedacht: "Es handelt sich nicht darum, die bestehenden Gruppen zu fusionieren, noch eine neue Partei zu gründen. Die UNR bleibt das fundamentale Element der Mehrheitskoalition von morgen."[37]
Die Unabhängigen Republikaner verhielten sich abwartend und äußerten sich nicht.
Am 11. Mai tagte zum ersten Mal das neugebildete "Comité d'Action pour la V^{e} République" im Hôtel Matignon unter der Führung Georges Pompidous.
Neben dem Premierminister umfaßte es 21 Mitglieder, zu denen elf Minister gehörten. Die UNR-UDT war mit zehn Delegierten vertreten, darunter drei Linksgaullisten, die Unabhängigen Republikaner mit fünf und die anderen Koalitionsgruppen mit sechs.[38]
Noch am Vorabend verkündete Giscard d'Estaing, daß seine Gruppe nicht die Absicht habe, einen einzigen gaullistischen Kandidaten in jedem Wahlkreis zu unterstützen, sondern nach dem ersten Wahlgang wollen sie den jeweils bestplaziertesten Kandidaten der Majorité unterstützen.

---

36) Charlot, Les Préparatifs
37) Le Monde vom 24.3.1966
38) Für die UNR-UDT: J. Baumel, Generalsekretär, J. Chaban-Delmas, Parlamentspräsident, M. Debré, R. Frey, Y. Bourges, Staatssekretär im Informationsministerium, H. Rey, Präsident der Parlamentsgruppe, R. Liot, Senator, P. Billotte, R. Capitant und L. Hamon für die UDT. Für die Unabhängigen Republikaner: Giscard d'Estaing, R. Marcellin, Industrieminister, J. de Broglie Staatssekretär im Außenministerium, R. Mondon, J. Chamant, Vizepräsident des Parlaments.
außerdem: L. Joxe und E. Pisani (Gauche gaulliste); E. Faure (Radicaux gaullistes); M. Schumann (MRP); D. Rousset (Appel des 29) und A. Malraux.

Das Gegenteil forderte die UNR-UDT, um Stimmensplittings zu verhindern und somit die Kandidaten der Opposition indirekt zu unterstützen.

Nach der ersten Sitzung des neugeschaffenen Comité d'Action jedoch zeichneten sich Kompromißmöglichkeiten ab. "Nous sommes... pour l'unité de candidature chaque fois que ce sera possible", erklärte Industrieminister Marcellin.

1. Das Comité d'Investitures

Grundsätzlich waren sich alle Spitzenpolitiker der diversen Richtungen der Majorité einig, an der Arbeit des Comité d'Action teilzunehmen.
Sofort nach seiner Bildung stimmte man der Schaffung einer Untergruppe zu, die detaillierte Vorschläge für jedes Departement ausarbeiten und dem Comité d'Action zur Beschlußfassung vorlegen sollte.
Vorsitzender dieses Comité d'Investitures wurde O.Guichard, dem Olivier Philip als Sekretär zur Seite stand.
Das Comité d'Investitures setzte sich aus drei Richtungen zusammen: UNR-UDT, Républicains Indépendants und Gaullistes de gauche (d.h. die Freunde Joxes und Pisanis etc.).
Jede dieser Gruppen wurde durch zwei Vertreter repräsentiert: für die UNR-UDT J. Baumel und Kaspereit, die Unabhängigen Republikaner Mondon und Bignon, Joxe und Arbelot für die Gaullistes de gauche.
"Pendant nos 35 sessions nous avons examiné chaque circonscription de chaque département par ordre alphabétique. D'abord il était nécessaire de confirmer ou de remplacer les députés sortants ou de proposer des candidats pour les circonscriptions de l'opposition."[39]
Grundsätzlich sollte dieses Comité den Kandidaten "V^e-République" herausfiltern, der von allen Parteien und Gruppen der Majorité akzeptiert wurde, was schließlich auch gelang.

---

39) Interview mit einem Mitglied des Comité d'Investitures am 20.3.1969

Auf meine Frage, warum die Cadres locaux (d.h. die Parteiorganisationen auf Departement-Ebene) nicht im Comité d'Investitures vertreten gewesen seien, antwortete man mir, daß es in Frankreich üblich sei, den Kandidaten mit einer "doppelten Investitur" zu versehen, d.h. Paris wähle ihn aus und schlage ihn dann den Unions départementales vor, die in den meisten Fällen zustimmen würden.
Während sich gemäß den Statuten diese Willensbildung vertikal von der Union départementale zum Bureau national vollziehen soll, wurde dieser Grundsatz 1967 überhaupt nicht berücksichtigt. In einigen Regionen erhoben sich Proteste gegen die oktroyierten Kandidaten, auf die ich später eingehen werde.
Zunächst wurden alle Gruppen gebeten, ihre Vorschläge dem Comité d'Investitures zu unterbreiten.
Die Unabhängigen Republikaner konnten nur eine kleine Abgeordnetenzahl aufweisen, begründeten das mit dem Schisma von 1962 und hofften, dieses Mal bedeutend größere Erfolge zu erzielen.
So forderten sie, rund 100 Kandidaten aufstellen zu können, was natürlich für die UNR-UDT bedeutete, sie solle einige ihrer Wahlkreise abtreten.
Die "Front travailliste" und die "Front du progrès" (gaullistes de gauche) schlugen 70 Bewerber vor, von denen allerdings 50 noch nie mit der aktiven Politik in Berührung gekommen waren.
Edgar Faure empfahl fünf seiner Freunde.
Nachdem alle diese Vorschläge gesammelt waren, bat das Comité d'Investitures die Präfekten um detaillierte Auskünfte über die politischen Ideen und den bisherigen Lebenswandel der Vorgeschlagenen.
"Il était nécessaire de prendre des personnes favorables au gaullisme et non seulement de vrais gaullistes qui n'auraient reçu qu'un certain nombre de suffrages assez limité."[40)]

---

40) Interview vom 20.3.1969

m Gegensatz zu 1958 und 1962 legte die Partei nun keinen
bersteigerten Wert mehr auf eine aktive gaullistische
ergangenheit in der Résistance oder im RPF.
achte Pompidou schon an den Nachgaullismus, als er dem
omité d'Investitures empfahl, verstärkt jüngere Kräfte
er großen Staatsschulen ("jeunes loups") zu berücksich-
igen? Auf jeden Fall wollte sich die Partei nicht mehr
ls Anhängsel des Generals betrachtet wissen, sondern vor
llem als staatspolitische bürgerliche Alternative zur
pposition im Falle eines Abtritts des Generals.
iese Überlegungen mußten bei der Auswahl der Kandidaten
erücksichtigt werden; sie machten in ihrer Konsequenz
uch vor den Abgeordneten nicht halt.
ie Kommission begann zunächst mit all den Wahlkreisen,
ie keinerlei Schwierigkeiten brachten, da entweder der
bgeordnete wiederaufgestellt werden sollte oder ein
guter" Kandidat aus dem Jahre 1962 zur Verfügung stand.
ahlkreise, deren Besetzung aus parteiarithmetischen Grün-
en Schwierigkeiten bereitete, wurden übergangen,und erst
egen Ende des Jahres fiel für sie die Entscheidung.
ährend dieser Zeit erwähnte Giscard d'Estaing bei Presse-
onferenzen, daß sich seine Partei noch nicht mit der Ein-
eitskandidatur abgefunden habe. Seine Absicht ist leicht
u erraten, da er weiterhin hoffte, die Chancen seiner Par-
ei bei der Wahlkreisverteilung zu erhöhen, vor allem da
unmehr das schwierige Problem der Pariser Wahlkreise
nd der Région parisienne zur Debatte stand.
uf Druck des Elysee Palastes enthielt sich aber Giscard
b Mitte November jeder weiteren Äußerung zu diesem Problem
is zur endgültigen Veröffentlichung der Listen. Die Posi-
ion der Unabhängigen Republikaner war außerdem nicht mäch-
ig genug, die UNR massiv unter Druck zu setzen, da diese
mmerhin mit ihren 235 Abgeordneten aufwarten konnte.
ngeblich soll bei der UNR der Plan bestanden haben, rund
00 Abgeordnete nicht wiederaufzustellen. Auf Grund der
roßen Forderungen der übrigen Koalitionspartner hat man
ber davon abgesehen, um diese Wahlkreise nicht einer Dis-
ussion unterziehen zu müssen.

2. Die Auseinandersetzungen innerhalb der Majorité

Während seiner 34 Sitzungen legte das Comité d'Investitures insgesamt 7 Listen dem Comité d'action zur Beschlußfassung vor, das diese Aufstellungen zwischen dem 21. November und dem 28. Dezember veröffentlichte.[41)]
Während dieser Sitzungen hatte sich eine Fülle von Schwierigkeiten angehäuft, die nur mit großer Mühe, teilweise außerhalb des Comité d'Investitures, beigelegt werden konnten. Vor allem die Verteilung der Pariser Wahlkreise und die der 1964 neugebildeten Departements der Région parisienne brachte die Unstimmigkeiten, da fast alle diese Wahlkreise in den Händen der UNR-UDT lagen.
Die Unabhängigen Republikaner versuchten, ein Drittel der 31 Pariser Wahlkreise für ihre Anhänger zu erhalten, da diese Kreise als verhältnismäßig sicher galten.
Bei jeder neuen Sitzung des Comité d'Investitures soll der ständige Vertreter der Unabhängigen Republikaner, Bignon, die getroffenen Vereinbarungen in Frage gestellt haben, um Verbesserungen für seine Parteifreunde zu gewinnen.[42)] Außerdem fiel die Bemerkung, man wolle eigene Kandidaten gegen die investierten Gaullisten in einigen Pariser Wahlkreisen aufstellen.
J. Baumel und Kaspereit weigerten sich, unter diesen Voraussetzungen in der Kommission weiterzuarbeiten und konnten erst nach längeren Gesprächen Mitte November wieder zur Mitarbeit gewonnen werden.
Mittlerweile hatte Pompidou mit Giscard d'Estaing konferiert und ihn an die Vereinbarung über den einzigen Kandidaten "V^{e}-République" erinnert.[43)]

---

41) Am 3.11. wurde die 1. Liste mit sämtlichen Wahlkreisen von 25 Departements vom Comité d'action gebilligt; am 10.11. 20 weitere Departements, darunter 2 Kreise der Région parisienne; am 16.11. die Kandidaten weiterer 15 Departements; ab 21. November wurden die Listen publiziert. Am 25.11. ratifizierte und veröffentlichte das Comité d'action die Listen von 14 Departements und Guyanna, weitere 14 am 30.11.; am 7.12. 13 weitere mit dem Pariser Departement Val-de-Marne; am 14.12. neben St. Pierre-et-Miquelon und Wallis-et-Futuna 13 Departements; am 20.12. neun Departements und La Réunion;

Entgegen seiner Absicht entschloß sich Pompidou auf Drängen Oliver Guichards, die Listen einzeln zu veröffentlichen und nicht gemeinsam im Januar 1967. Dadurch sollte den Giscardiens die Möglichkeit genommen werden, weiterhin Übereinkünfte in Frage zu stellen und den Prozeß der Investituren zu verzögern.[44]

Nach der Unterredung mit dem Premierminister gaben sich Giscards Anhänger mit einem Pariser Wahlkreis (2. und 3. Arrondissement) zufrieden, für den sie J. Dominati nominierten. Außerdem mußte der gaullistische Abgeordnete des Wahlkreises Pontoise, G. Aizier, sich zurückziehen[45] und seinen Kreis Michel Poniatowski überlassen. Hinzu kamen noch die Wahlkreise Courbevoie-La Garenne[45] und Yvelines, so daß die Unabhängigen Republikaner über vier sichere Wahlkreise in und um Paris verfügten. Ein weiterer Wahlkreis (Auxerre) wurde ihnen im Departement Yonne (50 Kilometer von Paris) zugestanden, wo die UNR ihren Abgeordneten P. Lemarchand[45] fallen ließ und nun der Unabhängige Republikaner J.P. Soisson kandidierte.

Gegenüber ihren Forderungen zu Beginn der Verhandlungen erhielten die Républicains Indépendants nur wenige Pariser Wahlkreise.
Andererseits dürften sie ihre Stärke kaum überschätzt haben, und so erklärten sie sich mit diesem Ergebnis zufrieden.
Die Linksgaullisten hatten bei den Verhandlungen keinen leichten Stand, da sie gegenüber der UNR-UDT nicht als geschlossene Gruppe auftraten, sondern während der Verhandlungen stetig mit Hilfe ihrer Namen "Front travailliste"

Fortsetzung der Anm.41, S.70:

am 28.12. schließlich die letzten 17 Departements, die Komodoren, Guadeloupe, Martinique, Neu-Kaledonien und Polynesien.

42) Nouvel Observateur vom 23.11.1966
43) Interview am 20.3.1969
44) Nouvel Observateur vom 23.11.1966
45) Siehe Seite 89f.

und "Front du progrès" ihre Unabhängigkeit betonen wollten.[46]

Ihre Führer hofften vor allem, im Norden und Südwesten Frankreichs radikale, sozialistische und kommunistische Wähler anziehen zu können. Aber das Comité d'Investitures billigte ihnen in den nördlichen Departements keinen sicheren Wahlkreis zu sondern nur einige mit ungewissen Erfolgsaussichten.

Die "Front du Progrès" hatte zu Beginn der Verhandlungen mit 12 Kandidaten gerechnet, erhielt jedoch schließlich nur vier Wahlkreise für ihre Anhänger M. d'Aragon, Arnaud, Cordouin und Mercier.

Edgar Faure gelang es, fünf Freunden Wahlkreise zu verschaffen, deren Wählerstruktur als einigermaßen günstig für einen Kandidaten "V^{e}-République" angesehen werden durfte.

Insgesamt erhielt die UNR-UDT von den 487 Wahlkreisen ungefähr 350 für ihre Kandidaten, die Républicains Indépendants ungefähr 90, während sämtlichen anderen gaullistischen Gruppen etwa 50 Wahlkreise zugesprochen wurden, deren Erfolgsaussichten etwa zur Hälfte jedoch aussichtslos waren.

Wichtiger als die absolute Zahl der aufgestellten Kandidaten erscheint der Wert der einzelnen Wahlkreise.

Im Verhältnis zu den Unabhängigen Republikanern und den Gaullistes de gauche nominierte die UNR-UDT weniger Kandidaten, gab ihren Freunden jedoch zum größten Teil die Wahlkreise mit den sichersten Erfolgschancen. Als Vergleich seien hier die Ergebnisse des ersten Wahlganges der Präsidentschaftswahlen von 1965 herangezogen. Nach J.Charlots Berechnungen[47] ergab sich, daß die UNR-UDT 26% der als "schlecht" bezeichneten Wahlkreise (weniger als 30% für de Gaulle) erhielt gegenüber 27,8% bei den Unabhängigen

---

46) Für die ehemalige UDT ergaben sich die Probleme nicht, da sich Pompidou hütete, die Fusion durch mangelnde Zugeständnisse hinsichtlich der Kandidaten in Frage zu stellen.

47) Charlot, les Préparatifs

epublikanern; 32,5% der "guten" Kreise (mehr als 35% für
e Gaulle) fielen an die Gaullisten gegenüber 30,5% für
ie Giscardiens. Den Linksgaullisten dagegen wurden 37,4%
er "ungünstigen" Wahlkreise überlassen.
ofort erhebt sich die Frage, warum die "Gaullistes de
auche" nicht energisch gegen diese Verteilung protestiert
aben. Der Grund ist vor allem in ihrer inneren Uneinig-
eit und in der Verkennung der Realitäten zu sehen, da kaum
in sozialistischer, geschweige ein kommunistischer Wähler
ieser Gruppe seine Stimme geben würde. Hinzu kommt ihr
igenes Argument, gerade diese Wählerschichten anzusprechen,
as "par la force des choses" zur Nominierung in Arbeiter-
ahlkreisen führte.[48]

eorges Pompidou war es gelungen, nach mühevollen Verhand-
ungen mit seinen Koalitionspartnern den "candidat de la
e-République" nominieren zu können, so daß eine Aufsplit-
erung der verschiedenen gaullistischen Wählerstimmen schon
m 1. Wahlgang verhindert werden konnte.
tolz verkündete er vor den nominierten Kandidaten der
ajorité im Pariser Palais des Sports:[49]

> "Il y a des socialistes, des radicaux, des MRP, des indépendants, des jeunes et des moins jeunes, d'autres qui n'ont jamais été d'aucun parti, d'anciens fidèles compagnons et des hommes plus recemment ralliés... Ils viennent de tous les horizons politiques. Diversité, parce que la 'Ve-République' est ouverte à tous et ne jette aucune exclusive, dès lors qu'on est d'accord sur l'essentiel, cet essentiel qui fait notre unité."

---

8) Interview am 20.3.1969
9) Le Monde vom 2.2.1967

3. Die Differenzen in der UNR-UDT

Bei der Nominierung ihrer Kandidaten stützte sich der stärkste Flügel der Majorité, die UNR-UDT, auf ihre stattliche Zahl von 235 Abgeordneten[50], deren erklärtes Ziel die Wiederaufstellung sein mußte.
Da jedoch ein Teil dieser Abgeordneten ausgewechselt werden sollte, hatte das Comité central vor Beginn der Arbeit des Comité d'Investitures den früheren Postminister Jacques Marette beauftragt, mit Hilfe von Meinungsumfragen die Beliebtheit der gaullistischen Kandidaten in 38 Wahlkreisen zu untersuchen, um gegebenenfalls wenig bekannte Abgeordnete auszuwechseln[51]. Außerdem wurden acht Wahlkreise[52] analysiert, die von oppositionellen Abgeordneten im Parlament vertreten wurden.

3.1. Die IFOP - Untersuchungen

Begonnen wurden diese Tests ohne Wissen der betroffenen Abgeordneten im März 1966 und im Juli oder Oktober abgeschlossen. Diese Methode wurde bei der UNR zum ersten Mal angewandt und sollte, trotz der verhältnismäßig geringen Zahl der Befragten (jeweils 200), eine Analyse des betreffenden Wahlkreises liefern.
Ursprünglich war daran gedacht, sämtliche gaullistischen Abgeordneten mit einer - im Verhältnis zur Partei gesehen - geringen Popularität auszuwechseln. In ein paar Fällen wurde jedoch von dieser Maßnahme abgesehen, da es zu offenem Widerstand einiger Departements (z.B. Nord) kam und

---

50) einschließlich der "apparentés"
51) Folgende Wahlkreise wurden untersucht: Eure 4., Dordogne 1., Calvados 2., Maine-et-Loire 5., Haute-Saône 2., Maine-et-Loire 3., Seine 18., Côtes-du-Nord 1., Seine 17., Loire 2., Pas-de-Calais 2., Vendée 4., Seine 9., Loir-et-Cher 1., Belfort 1., Ille-et-Vilaine 2., Bas-Rhin 2., Sarthe 1., Finistère 2., Loiret 4., Seine 22., Doubs 1., Var 2., Haut-Rhin 4., Nord 7., Manche 1., Seine 27., Loire-Atlantique 7., Seine-Maritime 1., Moselle 3., Moselle 8., Vienne 1., Hauts-de-Seine 4., Finistère 1., Loire-Atlantique 1., Seine 54.
52) Nord 6., Seine 49., Côte-d'Or 1., Aveyron 3., Saône-et-Loire 1. u. 2.

liese Ergebnisse von den Betroffenen als nicht repräsen-
ativ bezeichnet wurden.
Insgesamt entschloß sich die Partei, drei Abgeordnete auf
Grund der Umfragen nicht wiederaufzustellen: die Herren
Le Goasguen, Leduc und Evrard; außerdem wurden zwei Abge-
ordnete (MM Litoux und Bertholleau) gebeten, ihre Wahl-
kreise Ministern zur Verfügung zu stellen.und sich als
deren Stellvertreter aufstellen zu lassen.
Bei der Auswahl der Wahlkreise, in denen eine Erhebung
stattfinden sollte, wurde Wert darauf gelegt, daß sie über
ganz Frankreich verstreut sein und sich in einem ausge-
wogenen Verhältnis zwischen städtischen und ländlichen
Gebieten befinden sollten.[53)]
Man ging von der Frage aus, welchen Bekanntheitsgrad
der Abgeordnete bei seinen Wählern besitzt. Dann wurde
dem Befragten ein Photo des Parlamentariers gezeigt. Aus
diesen Antworten ließen sich Schlüsse ziehen auf die
Popularität im Wahlkreis. Bei der Zusammenstellung der
Ergebnisse mußte natürlich berücksichtigt werden, ob
es sich um einen städtischen oder ländlichen Wahlkreis
handelte, da der persönliche Bekanntheitsgrad auf dem
Land im allgemeinen höher liegt als in der anonymen Stadt-
atmosphäre.
Ein Vergleich ergibt einen durchschnittlichen Bekanntheits-
grad von 82,9% in ländlichen Wahlkreisen und 70,5% in der
Stadt, wobei jedoch auch Ausnahmefälle vorkommen; so er-
reichte z.B. der Abgeordnete Chapalain im städtischen
Wahlkreis des Departement Sarthe den außergewöhnlich hohen
Prozentsatz von 88%, während sein Marseiller Kollege
Marquand-Gairard nur 32% der Befragten bekannt war.
Auf die Frage, ob sie schon einmal mit ihrem Abgeordneten
in persönlichen Kontakt gekommen seien, ergaben sich sowohl
für die ländlichen als auch für die städtischen Gebiete
nur geringe Prozentzahlen von den Befragten, die mit "ja"
antworteten.

---

53) Insgesamt 16 ländliche und 22 städtische Wahlkreise (einschl. 7 Pariser Wahlkreise)

Nach diesem Vorspann wurden zwei Fragen gestellt, die über die Meinung zum Abgeordneten und zu seiner Partei Aufschluß geben sollten.[54]
Dabei zeigte sich, daß nur in 4 der 16 befragten ländlichen Gebieten die positive Meinung gegenüber der Partei höher bewertet wurde als gegenüber dem Abgeordneten.
Das Gegenteil war in den Pariser und städtischen Kreisen festzustellen, wo die Abgeordneten von sieben Wahlkreisen[55] eine höhere Beliebtheit erlangten als ihre Partei, die in 15 Kreisen höher bewertet wurde.
Vergleichen wir diese Ergebnisse, so ergibt sich folgendes Bild: In den städtischen Gebieten lag die "bonne opinion" für die Abgeordneten bei 41,4%, auf dem Land bei 52,4%. Bezieht man nun dieselbe Frage auf die Partei, so erhalten wir folgende Prozente: 44,5% in der Stadt und 43,93% der Wähler in den ruralen Wahlkreisen haben eine gute Meinung von der UNR.
Während auf dem Land meist persönliche Beziehungen zu dem einzelnen Abgeordneten über die Stimmabgabe entscheiden, liegt in Paris und den größeren Städten der Provinz die Entscheidung, wem die Wähler ihre Stimme geben, weniger beim Kandidaten als bei der Partei, von der er aufgestellt wird.
Ein Mitglied des Bureau national bemerkte hierzu:

> "C'est l'étiquette qui attire les électeurs dans les grandes villes."[56]

An die Fragen, ob der Abgeordnete die Interessen seines Wahlkreises ausreichend vertreten habe und ob man in einer persönlichen Angelegenheit genügend Vertrauen habe, sich

---

54) a) "Quelle opinion avez-vous du député sortant...: très bonne, plutôt bonne, plutôt mauvaise, très mauvaise?"
b) "Quelle opinion avez-vous de l'UNR-UDT à laquelle appartient M...: très bonne etc...?"
55) Es handelt sich um: Loire 2., Seine 9., Ille-et-Vilaine 2., Sarthe 1., Doubs., Nord 7., Vienne 1.
56) Interview im Juni 1969

an ihn zu wenden, schloß sich die weitere Frage an, ob man bei der kommenden Wahl wieder für ihn stimmen werde.

Das Ergebnis dieser Untersuchung läßt sich nur im Zusammenhang mit der folgenden Frage analysieren:
"Si un autre candidat que M... se présentait avec l'étiquette 'UNR' ou gaulliste, voteriez-vous certainement pour lui, peut-être ou certainement pas pour lui?"

In 13 Fällen ergab sich, daß der Prozentsatz der Wähler, die einen anderen gaullistischen Kandidaten vorziehen würden, höher lag oder zumindest gleich groß war. Die Differenz betrug allerdings nur wenige Prozent, außer im 1. Wahlkreis Bouches-du-Rhône, wo der Unterschied bei 8% lag.
In vier Fällen waren davon Abgeordnete betroffen, die einen ländlichen Wahlkreis im Parlament vertraten[57]. Alle anderen bezogen sich auf die Région parisienne oder auf Provinzstädte[58].
In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß die Untersuchungen teilweise sechs bis zwölf Monate vor der Wahl stattfanden und sich der Wählerwille zu diesem Zeitpunkt noch nicht definitiv konstatieren ließ.
Auf der Basis der oben erzielten Werte versuchte die Partei, den am ungünstigsten plazierten Abgeordneten die Wiederaufstellung zu verweigern.
Von dieser Maßnahme wurden die Herren Leduc, Evrard und Bertholleau betroffen. Der Abgeordnete des 2. Wahlkreises im Departement Finistère, Le Goasguen, wurde ebenfalls nicht wieder nominiert, obwohl sich eine Differenz von 3,5% zu seinen Gunsten ergab.
Seinen Wahlkreis trat Herr Litoux an den Minister Olivier Guichard (gleichzeitig Vorsitzender des Comité d'Investitures) ab, da seine Wähler sich in der letzten o.g. Frage

---

57) Var 2., Loire Atlantique 7., Moselle 8., Finistère 1.
58) Sarthe 1., Seine 22., Doubs 1., Nord 7., Moselle 3., Vienne 1., Hauts-de-Seine 4., Seine 54., Bouches-du-Rhône 1.

indifferent verhielten (18% : 18%); er selbst wurde Guichards Stellvertreter.
In einigen Fällen (Seine 22., Moselle 3., Moselle 8., Seine 54., Bouches-du-Rhône 1.) verzichtete jedoch das Comité d'Investitures darauf, die Kandidaten auszuwechseln, obwohl ihr persönlicher Index teilweise erheblich unter dem für die Partei abgegebenen lag.
Die Gründe hierfür sind in einigen Fällen in dem freundschaftlichen Verhältnis zu einigen Mitgliedern des Comité d'action und des Comité d'Investitures zu finden.
Im Departement Nord kam es im November 1966 zu einer Revolte gegen das Comité d'Investitures, als einer der gaullistischen Abgeordneten auf Grund der Meinungsumfragen nicht wiederaufgestellt werden sollte. Die Abgeordneten des Departements - unterstützt von einigen Großindustriellen dieses Gebietes - hielten sofort eine Sitzung ab und solidarisierten sich mit ihrem Parteifreund. Daraufhin entschloß sich das Comité d'action, alle Abgeordneten dieses Gebietes zu reinvestieren, um innerparteiliche Auseinandersetzungen zu vermeiden.[59]
Gleichzeitig wurde den Wählern die Frage vorgelegt, ob der Kandidat der Opposition bekannter oder beliebter sei als der jetzige gaullistische Parlamentarier.
In den ländlichen Gebieten erfreute sich der mögliche Oppositionskandidat fast der gleichen Popularität wie sein gaullistischer Gegner.[60]
Geht man jedoch von der folgenden Frage aus: "Pour chacune des familles politiques (UNR, gauche non cummuniste, gauche communiste) que je vous dis, pouvez-vous me dire si vous voterez probablement, peut-être ou en aucun cas pour un candidat leur appartenant?", so ergibt sich, daß trotz nur geringer Popularitätsunterschiede in allen Fällen die Wiederwahl eines gaullistischen Kandidaten gesichert ist.

---

59) Interview am 20.3.1969
60) Genannt wurde immer der Oppositionskandidat, von dem man vermuten durfte, daß er im 2. Wahlgang gegen den Gaullisten antreten werde.

nsgesamt erklärten 62,2% der Befragten[61], daß sie einem andidaten der Majorité wahrscheinlich oder vielleicht hre Stimme geben würden; 48,7% waren bereit, einen Kandiaten der "Vereinigten Linken" zu wählen.

n diesen Teil der Umfrage, der sich speziell auf die ersönlichkeit des Kandidaten erstreckte, schloß sich eine rage an, die die Sympathie der Wähler gegenüber General e Gaulle auf der einen, gegenüber der Majorité auf der nderen Seite betraf.

uf die Frage: "Le fait qu'un candidat soit favorable au énéral de Gaulle vous incitera-t-il plutôt à voter pour u contre ce candidat?" antworteten 39,56%, daß sie einen olchen Kandidaten vorziehen.

in höherer Prozentsatz ergab sich jedoch auf die zweite rage: "Finalement le fait qu'un candidat soit favorable l'Union pour la V^{e}-République vous incitera-t-il plutôt voter pour ou contre lui?": Insgesamt werteten 47,8% er Befragten[62] die Zugehörigkeit zur Majorité höher als in starkes Bekenntnis des Kandidaten zum Staatspräsidenten.

usgelöst wurden diese beiden Fragen durch die Präsidentschaftswahlen im Jahre 1965. Selbst in den gaullistischen ochburgen war der Popularitätsgrad des Generals rückläufig, was den Premierminister bei der Vorbereitung der Nationalwahlen veranlaßte, das Image der Partei von der Person des Generals ein wenig abzuheben, trotzdem aber seine olitischen Ideen weiterhin zu unterstützen.

n einigen Wahlkreisen (städtischen wie ländlichen) weitete sich die Popularitätsschere sehr stark zugunsten der NR-UDT aus. Im 1. Wahlkreis der Dordogne z.B. betrug der nterschied 14,5%.

ie Befragten von nur vier Wahlkreisen[63] legten auf ein ekenntnis des Kandidaten zur Person des Generals mehr Wert

---

1) hier: aus 23 Wahlkreisen
2) in 38 Wahlkreisen
3) Sarthe 1., Haut-Rhin 4., Moselle 3., Finistère 1.

als auf die Zugehörigkeit zur Regierungspartei. In einem Wahlkreis[64] ergab sich der gleiche Prozentsatz (60% : 60%) für beide Fragen.

Nicht nur die Wahlkreise, in denen 1962 ein Gaullist das Vertrauen der Wähler erhalten hatte, wurden von den Meinungsforschern analysiert sondern auch acht Wahlbezirke[65], in denen bei den letzten Wahlen die UNR darauf verzichtet hatte, einen eigenen Kandidaten zu nominieren oder der politische Gegner nur knapp den gaullistischen Kandidaten geschlagen hatte.

Für den Kabinettchef Couve de Murvilles, M. Malaud, wurden zwei Wahlkreise (1. und 2. Saône-et-Loire) untersucht, in denen es 1962 keinen eigenen Kandidaten der UNR gegeben hatte.

Seine gewählten Gegner, der Sozialist Escade und der Radikalsozialist Duraffour, besaßen bei der Bevölkerung dieser Bezirke einen hohen Popularitätsgrad.

Andererseits war Herr Malaud (Unabhängiger Republikaner) im 1. Wahlkreis sehr bekannt,und im allgemeinen genoß er bei den Befragten großes Vertrauen.

Auf die Frage, ob es dem Wahlkreis dienlich sei, von einem hohen Beamten im Parlament vertreten zu werden, antworteten im ersten Wahlkreis 69,5% mit "ja" gegenüber 49,5% im 2. Auf Grund dieser Analyse empfahl das Institut Herrn Malaud, im 1. Kreis zu kandidieren, da dort ein Kandidat der Regierungsparteien bedeutend besser plaziert sei.

45% der Befragten äußerten hier ihre Zustimmung zur Regierungspolitik (gegenüber 23% im 2.); außerdem bekundeten 46,5% der Befragten ihre Bereitschaft, einem Kandidaten "V^{e}-République" ihre Stimme zu geben.

Die positive Antwort auf die Frage nach dem außenpolitischen Interesse der Interviewten wurde zwar für die Empfeh-

---

64) Moselle 8.

65) Saône-et-Loire 1.u.2., Seine 49., Nord 6., Aveyron 3., Bouches-du-Rhône 2., Lot-et-Garonne 3., Jura 1., Doubs 3., Seine 5.

lung mitberücksichtigt, dürfte aber für Malauds Entscheidung kaum Bedeutung gehabt haben.
Ausschlaggebend für seine dortige Investitur war - neben dem allgemeinen Bild und der günstigeren sozialen Struktur - die Antwort, daß 47% eine Kandidatur der Regierungsparteien begrüßen würden (gegenüber nur 24,5% im zweiten Fall).
Nur geringe Erfolgsaussichten konnte das IFOP-Institut aus Dijon melden, wo 1962 Pierre Poujade im ersten Wahlgang mit 700 Stimmen unterlag. Sein parteiloser Gegner, der Pfarrer Kir, hatte es während der letzten Legislaturperiode verstanden, seine Popularität erheblich zu steigern, während Poujade nur der Hälfte der Befragten bekannt war; hinzu kam, daß die Sozialisten bereit waren, Kir wie schon 1962 im zweiten Wahlgang zu unterstützen.
Obwohl 61% der Interviewten es nicht ausschlossen, einen Kandidaten "V^{e}-République" zu wählen, schien Kirs Stellung so gefestigt, daß Pierre Poujade nur geringe Chancen eingeräumt wurden.
Auch in Marseille (Bouches-du Rhône 2.) erschien dem Institut die Position des sozialistischen Abgeordneten Matalon ziemlich gefestigt, obwohl er 1962 im zweiten Wahlgang seinen gaullistischen Gegner Le Tac nur knapp geschlagen hatte. Bei der UNR bewarb sich Professor Comiti um die Kandidatur dieses Wahlkreises. Seine Aussichten wurden folgendermaßen beurteilt: "Il semble qu'entre l'opposition de gauche tenant actuellement le siège avec M. Matalon et UNR, l'issue de la confrontation dépend (comme en 1962) d'un faible pourcentage de voix qui pour l'instant se situe au déficit de l'UNR."[66]
Trotz des Angebotes, in einem sicheren Wahlkreis zu kandidieren, bestand Comiti darauf, hier nominiert zu werden, in der Hoffnung, durch persönliche Begegnungen mit den Wählern eine Mehrheit zu gewinnen.
Außerdem betrachtete das Comité d'Investitures die Wahlniederlage von 1962 als Ausnahme, da 1958 ein Gaullist

---

66) Die Umfrage fand im Juni 1966 statt

diesen Parlamentssitz gewonnen hatte. Es darf jedoch nicht unberücksichtigt bleiben, daß nach wie vor die Ablehnung des Algerienreferendums auch 1967 in den südfranzösischen Regionen eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte.
Bedauerlicherweise sagt das Interview über dieses Problem nichts aus; es dürfte aber die Chancen der Gaullisten ziemlich beeinträchtigt haben, wie die Wahlergebnisse zeigen.

Zwei Minister des Kabinetts Pompidou, Edgar Faure und Außenminister Couve de Murville, ließen einen für sie günstigen Wahlkreis testen.
Während Faure wieder in Ostfrankreich kandidieren wollte, suchte Couve de Murville einen Pariser Wahlkreis.
Beide Kreise, die für Edgar Faure analysiert wurden (sein ehemaliger Wahlkreis Jura 1. und Doubs 3.), erschienen dem Institut geeignet, da der gaullistische Kandidat auf Grund der günstigen sozialen Struktur und seines Amtes als Landwirtschaftsminister ein enorm hohes Ansehen bei der Bevölkerung genoß.
Allerdings waren die Chancen seines Gegners Duhamel im 1. Wahlkreis des Jura auch nicht gering, da er ebenfalls sehr populär war und dadurch Faures Wahl gefährden konnte.

Die bisherigen gaullistischen Abgeordneten erklärten sich auch bereit, ihren Sitz dem Minister abzutreten, sofern er sie als Stellvertreter akzeptiere.
Faure entschied sich auf Grund dieser Analyse und der Kandidatur Duhamels für den dritten Wahlkreis im Departement Doubs, da seine möglichen Gegner hier nur sehr wenig bekannt waren.[67]
In einem Artikel der Zeitschrift "France-Jura et la Terre chez nous" versuchte Edgar Faure den Wählern zu erläutern, warum er im Wahlkreis Pontarlier-Morteau kandidiere:

---

67) Faures Popularität betrug 56% gegenüber 16% bzw. 15% seiner Gegner.

"En dehors même de nos relations très amicales avec Duhamel, le climat d'entente et d'union qui s'est créé dans le département depuis plusieurs années déjà et qui est caractérisé par mon élection unanime à la présidence du Conseil général, me semblait rendre difficile un affrontement direct et personnel... Par contre, je ne pense pas qu'il y ait d'objections de principe ou d'ordre moral à ce que je puisse être appelé à représenter, à défaut de l'une des deux circonscriptions du Jura administratif, une circonscription du Jura géographique, ainsi ai-je cru pouvoir accorder un préjugé favorable à la demande qui m'a été adressé par le député sortant Maillot et par un certain nombre de personalités représentatives, de présenter ma candidature à Pontarlier."[68]

Bei diesen Überlegungen dürften auch mögliche Koalitionsverhandlungen eine Rolle gespielt haben, da die Majorité sich intensiv um eine mögliche Unterstützung der neuen Regierung durch das "Centre démocrate" bemühte, dessen Leiter J. Duhamel war.
Eine frühzeitige Brüskierung Duhamels und ein hartgeführter Wahlkampf in seinem Bezirk hätten diese Sondierungen stark beeinträchtigt.
So nominierte das Comité d'Investitures dort nur den wenig bekannten Dr. Feit.
1962 gelang es dem Gaullisten J. Mer, den bisherigen Abgeordneten des vornehmen 7. Arrondissements Frédéric-Dupont überraschend zu schlagen.
Da nach dem Willen des Staatspräsidenten fast alle Minister kandidieren sollten, suchte das Comité d'Investitures für den Außenminister einen ziemlich sicheren Wahlkreis.

Die Wähler dieses Arrondissements wurden durch eine Meinungsumfrage getestet, wie sie Couve de Murvilles Kandidatur aufnehmen würden.
Insgesamt wurden zwei Umfragen durchgeführt: Die erste im Mai 1966, die zweite ein halbes Jahr später.
Während die Popularitätskurve des Zentrumskandidaten Frédéric-Dupont ("le député des concierges"[69]) konstant

---

68) Combat vom 25.11.1966
69) Express vom 2.1.1967

blieb, stieg Couves Beliebtheit innerhalb von sechs Monaten stark an, so daß sich schließlich beide die Waage hielten.
Im allgemeinen schien dieser Wahlkreis für den Außenminister verhältnismäßig günstig, da die Mehrheit der Befragten die Politik der Regierung guthieß (39% der Wähler lasen die regierungsfreundlichen Blätter "Le Figaro" und "Paris-Match") und ein Fortbestehen der jetzigen Regierung wünschten.
Andererseits hatte es Frédéric-Dupont verstanden, sich trotz seiner Niederlage im Jahre 1962 intensiv um diesen Wahlkreis zu kümmern und eifrige Kontakte zur Bevölkerung zu pflegen. Seine Initiativen wurden um so bereitwilliger aufgenommen, als J. Mer sich kaum um dieses Arrondissement kümmerte.
Über den möglichen Wahlausgang äußerte sich das Institut sehr vorsichtig, da es im zweiten Wahlgang darauf ankomme, wem die sozialistischen Wähler ihre Stimme geben würden. "En conclusion, on peut souligner les progrès dans L'esprit du public du 7eme arrondissement, de la cote de M. Couve de Murville et de sa bonne audience parmi les milieux les plus cultivés. Cependant, la position actuelle de Frédéric-Dupont apparaît forte et s'il se présente, l'enjeu sera disputé."[70)]

Inwieweit die Auswertung der Umfragen das Comité d'Investitures bei seinen Entscheidungen beeinflußte, läßt sich nur schwer feststellen.
In drei Fällen verzichtete man darauf, "ungeeignete" Abgeordnete wieder zu nominieren, obwohl zu bezweifeln ist, daß allein ihre mangelhafte Popularität entscheidend war.

Für die Parteileitung war durch diese Umfragen jedoch

---

70) Der Außenminister wurde mit rund 500 Stimmen Differenz im 2. Wahlgang geschlagen. Im Bureau national erklärte man mir, daß ein Teil der Wähler, die das Wochenende in ihren Landhäusern verbracht hatten, durch einen Stau auf der Autobahn daran gehindert wurden, noch rechtzeitig ihre Stimme für Couve de Murville abzugeben.

die Möglichkeit gegeben, jederzeit eine genaue Kontrolle über die Arbeit des einzelnen Abgeordneten in seinem Wahlkreis auszuüben.
Die Mehrzahl der gaullistischen Parlamentarier äußerte ihren Unwillen über diese Methode, da sie ohne ihr Wissen durchgeführt wurde.
Dieser Kritik wurde vom Comité central entgegengehalten, daß diese Sondierungen innerhalb der Wahlkreise der Partei ein allgemeines Stimmungsbild der Wählerschaft über die Politik und die Abgeordneten der Regierungspartei liefern sollten.
Da es sich um einen ersten Versuch handelte, waren sich die Verantwortlichen dieser Methode über ihre Mängel durchaus im klaren.
Mir wurde allerdings erklärt, man beabsichtige,dieses System zu verfeinern und zu vertiefen, um es evtl. bei kommenden Wahlen auf die meisten Wahlkreise auszudehnen.

3.2. Die nicht wiederaufgestellten Abgeordneten

Wie schon in einem der vorhergehenden Kapitel kurz erwähnt, ergaben sich Differenzen oder sogar Streitigkeiten innerhalb der Regierungsparteien nicht nur durch die Verteilung der einzelnen Wahlkreise auf Linksgaullisten, Gaullisten, Unabhängige Republikaner und Parteilose, sondern auch durch die Nichtnominierung etlicher Abgeordneter, was teilweise sogar zu Spaltungen und Gegendandidaturen führte.[71)]
Auf den sieben veröffentlichten Listen finden sich die Namen von 282 Parlamentariern[72)] wieder, die schon 1962 gewählt wurden bzw. als Suppléants nachrückten.

---

71) Siehe das Kapitel "Die Dissidenten", p.92ff.
72) Darunter 230 UNR-UDT und Apparentés, 35 Unabh. Republikaner, 11 Centre démocrate, 5 Parteilose, 1 Rassemblement démocratique.

Dagegen verweigerte die Partei 33 Abgeordneten die Nominierung: 29 Mitgliedern der UNR-UDT Parlamentsgruppe, drei Unabhängigen Republikanern und einem Parteilosen. Fünf der 29 Gaullisten versuchten als Stellvertreter verhältnismäßig unbekannter Abgeordneter, denen kaum eine Chance auf ein Ministeramt eingeräumt werden konnte, ihre Niederlage zu kaschieren.[73]

Die Zahl der nichtberücksichtigten Abgeordneten (11,66%) erscheint verschwindend gering, bedenkt man, daß bei der Bundestagswahl 1969 in der BRD fast ein Drittel der Abgeordneten nicht mehr kandidierte.

Die Gründe, die zu dieser minimalen Ablösung führten, sind verschiedener Art:

Wie schon angedeutet, wich die Bereitschaft der UNR-UDT, einen größeren Teil auszuwechseln, dem zunehmenden Druck ihrer Koalitionspartner, mehr sichere Wahlkreise zu erhalten.

Hinzu kommt, daß - abgesehen von der Région parisienne - die örtlichen Gegebenheiten besonders berücksichtigt werden mußten. Meinungsumfragen hatten ergeben, daß die Wähler in den entfernt gelegenen Provinzen einem anderen gaullistischen Kandidaten sehr oft ablehnend gegenüberstanden.

Außerdem gelang es etlichen Abgeordneten nach massiver Aktivierung sämtlicher Beziehungen zu einzelnen Ministern und höheren Parteifunktionären, ihren Wahlkreis zu behalten.

Der Parteileitung mußte bei diesen Wahlen daran gelegen sein, Unruhe in den Wahlkreisen zu vermeiden, um den oft nur knappen Vorsprung zu halten.

Nur in Gebieten, wo sich die örtlichen Parteimitglieder gegen die Abgeordneten ausgesprochen oder wo die Partei mit einem sicheren Sieg rechnen konnte, mußten Abgeordnete auf ihre Kandidatur verzichten.

---

73) die Herren Saintout, Orabona, Berthelleau, Houcke und Heitz

Offiziell wurde auf einer Pressekonferenz, die der Sekretär des Comité d'Investitures Olivier Philip abhielt, erklärt, daß sich die o.g. Abgeordneten aus Alters- bzw. Gesundheitsgründen zurückgezogen und das Comité nicht um eine erneute Kandidatur gebeten hätten.[74]
Bei einer genauen Betrachtung der einzelnen Fälle lassen sich jedoch verschiedene Motive erkennen.
"Nous n'avons pas réinvesti tous les députés qui étaient trop vieux ou fatigués, ensuite tous qui n'avaient pas de chance d'être réélus, qui ne s'étaient pas occupés de leur circonscription et qui ont voté contre le gouvernement - bref les mauvais candidats", erklärte mir ein Mitglied des Comité d'action.[75]
Insgesamt zehn Abgeordnete zogen sich aus Gesundheits- bzw. Altersgründen von ihrem Wahlkreis zurück. Ein Teil ging freiwillig, wie General Bourgund, obwohl er vom Comité d'Investitures gebeten wurde, erneut zu kandidieren oder wie der Abgeordnete Albert Görge, der mit 83 Jahren die Assemblée nationale verließ. "Dès le début de 1966 j'avais décidé et fait connaître qu'en raison de mon âge je ne serais en 1967 ni candidat ni suppléant."[76]
Ein Parlamentarier verzichtete offiziell aus gesundheitlichen Gründen auf seine Nominierung. Der wahre Grund dürfte aber darin zu suchen sein, daß er als Suppléant nach dem Tod Herrn Falalas sen. ins Parlament einrückte.

Der Abgeordnete Richards machte ebenfalls die o.g. Gründe geltend, obwohl die örtlichen Parteifreunde sich seiner Nominierung widersetzt hätten; inwieweit seine Hautfarbe dabei eine Rolle spielte, läßt sich nicht definitiv feststellen.
Der Abgeordnete Fric wurde von Giscard d'Estaing nicht wieder aufgefordert, sein Suppléant zu werden und ver-

---

74) Combat vom 30.12.1966; Le Monde vom 30.12.1966
75) Interview am 17.3.1969
76) Umfrage im März 1969

zichtete nicht zuletzt wegen seines Alters auf eine erneute Kandidatur.
In einem anderen Fall suchte ein ehemaliger Mitarbeiter des Ministers R. Frey, M. Garnet, einen sicheren Wahlkreis. Nach einigem Suchen entschied er sich für den Kreis Nogent, den bisher Herr Durlot in der Assemblée nationale vertrat. Dieser erklärte sich nach einer Unterredung mit dem Comité d'action bereit, sich "aus Altersgründen" zurückzuziehen.
In einigen anderen Fällen berief sich das Comité d'Investitures ebenfalls auf die genannten Begründungen.
Es muß jedoch betont werden, daß diese Gründe nicht zutreffen:
Fast alle Abgeordneten, die im Laufe der Legislaturperiode ihr Mandat durch den Tod eines 1962 gewählten Parlamentariers (dessen Suppléant sie gewesen waren) erhalten hatten[77], mußten auf eine Wiederwahl verzichten.
Der Abgeordnete der Unabhängigen Republikaner, M. Plantain, der nach dem Tode des Herrn Duchesne nur kurze Zeit dieses Amt besessen hatte, mußte seine Kandidatur zurückziehen, da man ihm vorwarf, sich nicht genügend um seinen Wahlkreis gekümmert zu haben.
Zwei Abgeordnete wurden auf Grund der mangelhaften Popularität, die durch die erwähnten Meinungsumfragen ermittelt worden waren, gebeten, sich zurückzuziehen.
M. Evrard zweifelte diese Begründung an und kandidierte als Parteiloser gegen den ehemaligen Minister E. Michelet. M. Tirefort[78] wurde das gleiche vorgeworfen; nach längeren Auseinandersetzungen verzichtete er schließlich nach einem Besuch beim Premierminister auf seinen Wahlkreis.

Bei meiner Umfrage erklärten einige der nicht nominierten Abgeordneten, daß sie sich aus beruflichen Gründen von der aktiven Politik zurückgezogen hätten. Die Recherchen ergaben jedoch, daß sie sich nicht genügend um die Belange

---

77) die Herren Orabona, Deltimple, Raulet und Plantain
78) er war Offizier

hres Wahlkreises gekümmert hatten und in fünf Fällen
ich die örtlichen Parteifreunde gegen sie stellten.
as Comité d'Investitures kam diesen Wünschen bereitwil-
ig nach, vor allem im Fall des Wahlkreises Longjumeau
ei Paris, wo ein Mitglied des Comité d'Investitures den
isherigen Abgeordneten ersetzen wollte.
ieser gab seinen Sitz erst frei, als seine berufliche
tellung in einem Massenmedium in Frage gestellt wurde.

ie Cadres départementaux andererseits widersetzten sich
er Kandidatur eines Gaulliste de gauche; die Auseinan-
ersetzung konnte erst abgeschlossen werden, als General
e Gaulle persönlich intervenierte und den Botschafter
arberot bat, dort zu kandidieren.
m den Unabhängigen Republikanern einige sichere Wahlkreise
n der Région parisienne zu bieten, bat das Comité d'In-
estitures zwei Gaullisten, sich zurückzuziehen.
. Saintout wurde als Begründung seine Wahlniederlage
ei den Kommunalwahlen im Jahre 1965 genannt.
rotz seiner Proteste gegenüber dem Premierminister und
er Presse blieb es bei dem Beschluß, und seinen Wahlkreis
20. Arrondissement) erhielt ein Gaulliste de gauche.
. Brousset überließ "schweren Herzens" seinen Wahlkreis
em Républicain Indépendant M. Dominati.
'Ce sacrifice me fut très cruel. Je l'ai fait par dis-
ipline."[79]
eide Abgeordnete erhielten anschließend ein hohes Amt
m Staatsdienst.
ie Entführung des marokkanischen Politikers Ben Barka
eranlaßte das Comité d'Investitures, den Abgeordneten
es Wahlkreises Auxerre, Herrn Lemarchand, aufzufordern,
uf eine erneute Kandidatur zu verzichten, um durch seine
erwickelung in diese Affäre die Partei nicht zu kompromit-
ieren.[80]
ein Wahlkreis wurde M. Soisson überlassen, um den For-
erungen der Unabhängigen Republikaner entgegenzukommen,

---

9) Umfrage im März 1969
0) l'Humanité vom 29.12.1966

die in dieser Region einen Sitz gefordert hatten.
In einem Fall wurde der Abgeordnete des Jahres 1962, M. Durbet, durch seinen Suppléant M. Ramey, Bürgermeister von Nevers, ersetzt, erklärte sich jedoch erstaunlicherweise bereit, seinerseits dessen Ersatzmann zu werden.

Ein fast amüsanter Fall ereignete sich im Departement Somme, wo das Comité d'Investitures dem bisherigen Abgeordneten Dr. Heitz die Investitur gewährt hatte. Fünfzehn Minuten vor Schließung der Wahllisten erschien Dr. Heitz mit seinem Stellvertreter Massoubre beim Präfekten und verzichtete auf seine Kandidatur, so daß automatisch sein bisheriger Suppléant offizieller Kandidat und er selbst von diesem als Stellvertreter deklariert wurde.
Der Präfekt weigerte sich, diesen Wechsel ohne die Zustimmung der Parteileitung, die völlig ahnungslos war, vorzunehmen und telegraphierte den Fall nach Paris. Dort entschloß man sich, Dr. Heitz' eigenmächtiges Handeln zwar nicht zu billigen, aber man mußte Massoubre unterstützen, da sonst kein Gaullist in diesem Wahlkreis (Somme 2.) kandidiert hätte.
Dr. Heitz begründete seinen plötzlichen Sinneswandel mit seiner angegriffenen Gesundheit.

So verschiedenartige Motivationen in den einzelnen Fällen zur Nichtwiederaufstellung geführt haben, im Gegensatz zu den Wahlvorbereitungen des Jahres 1962 läßt sich erkennen, daß kaum ein Abgeordneter auf seinen Wahlkreis verzichten mußte, weil er sich "disziplinlos" (d.h. gegenüber der Regierung) verhalten hatte.
Da in den meisten Fällen der örtlichen Parteiorganisation bei der Kandidatenauswahl das Mitspracherecht verweigert wurde und sie die Beschlüsse aus der Hauptstadt nur konstatieren konnte, ist ein Widerstand gegen ortsfremde Abgeordnete, die sich kaum um ihren Wahlkreis gekümmert haben, durchaus verständlich.

Das Comité d'Investitures taktierte dieses Mal vorsichtiger als 1962 und berücksichtigte in einigen Fällen die örtlichen Wünsche - sofern sich seine Interessen damit deckten.
Im allgemeinen wurden die scheidenden Abgeordneten von einem Mitglied des Comité d'Investitures über ihre Nichtnominierung informiert.
Teilweise ergaben sich sehr erregte Debatten, die in einigen Fällen nur mit Hilfe des Premierministers beigelegt werden konnten.
Eine Rolle bei der Nominierung ihres Nachfolgers spielten bis auf eine Ausnahme die ehemaligen Parlamenterier nicht, unterstützten jedoch nach einigem Zögern diesen bei seinem Wahlkampf.[81)]

Auf meine Frage "qu'on fait les militants de votre circonscription?" antworteten ausnahmslos alle, daß sich ihre Parteifreunde im allgemeinen den Beschlüssen des Comité d'Investitures gebeugt hätten.
Folgende Antwort schildert treffend diese Situation:
"Ils ont été du côte du plus fort, de celui qui 'arrosait', qui avait des moyens et devant qui toutes les portes s'ouvraient."[82)]
Andererseits darf jedoch nicht vergessen werden, daß einige cadres locaux sich gegen das Comité d'Investitures durchzusetzen vermochten und an ihrem bisherigen Kandidaten festhielten, wie der Fall des Herrn Danel in einem nordfranzösischen Departement beweist.
Da in den meisten o.g. Fällen sich die Abgeordneten jedoch zu wenig um die Belange ihres Wahlkreises gekümmert hatten, durften sie über die Reaktion ihrer örtlichen Parteifreunde nicht erstaunt sein.

---

81) General Bourgund schlug dem Comité d'Investitures seinen Nachfolger vor, der auch akzeptiert wurde.
82) Umfrage vom März 1969

3.3. Die Dissidenten

Als Reaktion auf ihre Zurücksetzung schlossen sich einige der o.g. Abgeordneten mit Kandidaten der Wahlen des Jahres 1962, deren Wahlkreis dieses Mal durch einen anderen Gaullisten repräsentiert werden sollte, gegen die "V^{e}-République" zusammen.
Vier Abgeordnete der letzten Legislaturperiode kandidierten gegen die offiziell nominierten Kandidaten der Majorité: Evrard gegen Edmond Michelet (Finistère 1.), Arthur Richards gegen Valleix (Gironde 1.), E. Pezé gegen Gerard-Déprez (Hauts-de-Seine 5.) und Plantain, der im dritten Wahlkreis des Departement Calvados als "unabhängiger liberaler Zentrist und Europäer" kandidierte.
Neben diesen Einzelaktionen kristallisierten sich auf Departements-Ebene verschiedene Gruppen nichtberücksichtigter ehemaliger Kandidaten heraus, die sich ebenfalls um das Mandat ihres früheren Wahlkreises bewarben.
Die erste Gruppe konstituierte sich im Departement Tarn-et-Garonne um den ehemaligen gaullistischen Abgeordneten Camille Bégué.
350 seiner Anhänger beschlossen spontan, eine unabhängige gaullistische Partei zu gründen, den "Club-V^{e}-République".[83]

Bégué wurde per Akklamation ihr Vorsitzender und kandidierte in seinem ehemaligen Wahlkreis gegen den offiziell nominierten Dr. Bonhomme.
Einige Tage später wurde C. Bégué von der Commission nationale de l'UNR ausgeschlossen und die örtliche gaullistische Parteiorganisation für aufgelöst erklärt.
Eine weitere Gruppe "Le Comité de coordination des gaullistes de l'Hérault pour la nouvelle République" scharte sich um den Abgeordneten von 1958, Cerf-Lurie, und befürwortete seine Nominierung.

---

83) Le Monde vom 6.12.1966

e Linien ihres Parteiprogrammes lassen sich folgender-
ßen umreißen: Unterstützung der Außenpolitik de Gaulles,
rtschaftliche und soziale Reformen sowie Erleichterungen
der Innenpolitik.[84]

tte Januar 1967 gelang es C. Draillard, der ebenfalls
seinem Wahlkreis Limoges keine erneute Investitur er-
lten hatte, die meisten Vereinigungen der "Dissidents
ullistes" zum "Centre national pour la V^{e}-République"
sammenzuschließen, zu dessen Gründungsmitgliedern
ch R. Evrard gehörte. "Je n'accepte pas la dictature
Baumel. C'est à mes électeurs de me juger et non
un état-major parisien", erklärte er im Express.
aillard motivierte die Gründung des "Centre national"
t dem Ziel, "de rassembler à titre individuel toute
rsonne morale ou physique de tout mouvement se déclarant
vorable à l'action du général de Gaulle... Nous cherchons
amender la majorité et il n'est donc pas question, au
cond tour, que nous nous désistions en faveur de l'UNR."[85]

r Vorstand dieses neugebildeten Komitees hoffte, unge-
hr 100 Kandidaten aufstellen zu können, davon allein
in der Région parisienne.

f die Angriffe des Bureau national der UNR, die Abtrün-
gen würden im Grunde nur versuchen, die Gaullisten zu
alten, die Wähler irrezuführen und die Verhältnisse der
Republik wiederherstellen zu wollen, antwortete C.
gué: "Nous refusons que le député soit nommé par le
uvoir central, comme un préfet. Nous entendons que le
ndataire du peuple souverain demeure un élu, comptable
ses votes devant ses commettants et devant sa
nscience, conformément à l'article 27 de la constitution
i interdit le mandat impératif."[86]

gelang dem "Centre national" jedoch nicht, alle zurück-
wiesenen Abgeordneten und Dissidenten unter seinen Fahnen

) Combat vom 4.1.1967
) Aurore vom 16.1. und Combat vom 20.1.1967
) Combat vom 9.1.1967

zu vereinigen (so verzichteten G. Aizier und L. Bourgeois auf diese Hilfe).
In Korsika stützte sich der nicht wiederaufgestellte Gaullist Sammarcelli auf die besonderen Gegebenheiten seiner Heimat und hoffte auf weitgehende Unterstützung gegen den vom Comité d'Investitures nominierten Bürgermeister von Bastia, Faggianelli.
General de Bénouville, Dissident in Fougère, mietete für seine Wahlpropaganda einen ganzen Zirkus mit 20 000 Plätzen und trat während der Vorstellungen auf, um seine Wahlreden halten zu können.[87]
Insgesamt versuchten 55 abtrünnige Gaullisten, durch ihre Kandidatur als "Unabhängige" gegen die Entscheidungen des Comité d'Investitures zu protestieren; 30 von ihnen schlossen sich den "Centre national" an.
Ihre Erfolge waren minimal; nur einem einzigen, R. Guilbert (Manche 1.), gelang es, einen offiziellen gaullistischen Kandidaten, C. Lepourry, zu schlagen.
Die anderen konnten die Positionen ihrer gaullistischen Gegner nicht erschüttern; 17 der 23 Nachfolger der o.g. Nichtnominierten gelang es, ins Parlament gewählt zu werden.
Die Bedeutung der "dissidents" ist keinesfalls überzubewerten, da der französische Wähler im allgemeinen einer Partei den Vorzug gibt.
Trotzdem scheinen mir die o.g. Reaktionen wichtig genug, erwähnt zu werden, um die Verstimmung der Basisgruppen einer straff zentralistisch geführten Partei gegenüber einem kleinen Gremium der Pariser Parteispitze zu verdeutlichen.

---

87) Ouest-France vom 10.2.1967

.. Kriterien für die Nominierung

4.1. der Kandidaten

.ls Antwort auf meine Frage, die ich in allen Interviews .mmer wieder stellte: "Auf welche Gesichtspunkte führen Sie es zurück, daß das Comité d'Investitures Sie nomi-.ierte?", erhielt ich eine solche Fülle von Erklärungen, Deutungen und Rechtfertigungen, daß es unmöglich erscheint, einen generellen Nenner zu finden.

Zunächst wurde auf die erfolgreiche Tätigkeit im Parlament verwiesen, die eine erneute Nominierung rechtfertige; oder auf die persönlichen Bindungen und den Einfluß im betreffenden Wahlkreis, so daß das Comité d'Investitures an der Person des Abgeordneten nicht vorbeisehen konnte, ohne eine Wahlniederlage zu riskieren.

Rund 40% sämtlicher Kandidaten der Majorité konnten diese Motive als hauptsächlichen Grund für ihre erneute Kandidatur anführen.

Die Parteileitung selbst hat in einer Mappe "Services et Méthodes", die jedem Kandidaten der Majorité zur Wahlunterstützung dienen sollte, einige grundsätzliche Kriterien genannt, wie ein Kandidat der Majorité aussehen soll.

Neben den selbstverständlichen Voraussetzungen, wie gepflegtes Äußeres und guter Redner, werden als Hauptmerkmale für die Aufstellung sein "Einfluß" im Wahlkreis genannt. Nach Möglichkeit versucht die Parteileitung, Bürgermeister oder Vertreter der Departementsparlamente für eine Kandidatur zu gewinnen, da diese nicht erst "aufgebaut" werden müssen. Hinzu tritt, daß sämtliche Kandidaten "verantwortliche und fähige Politiker sein sollen, die sich der nationalen Probleme annehmen und als Kandidaten General de Gaulles Politik vertreten".[88]

---

88) Dossier du candidat V^{e}-République, Tome I,C, vademecum technique 4, p.4

Wenn auch das Comité d'Investitures die Kandidaten der Majorité unter sehr verschiedenen Gesichtspunkten selektiert, schält sich zumindest ein Grundelement bei allen Kandidaten heraus: Ihre Verwurzelung in dem politischen Wollen des Generals.
Alle von mir Befragten führen neben den o.g. Gründen ihre langjährige Zugehörigkeit zum RPF oder zur UNR für ihre Nominierung an.
Auf dieser Basis bauen sich die anderen Elemente auf, die für eine Berücksichtigung in diesem oder jenem Wahlkreis wichtig sind.
1967 berücksichtigte das Comité d'Investitures auf Drängen des Premierministers noch einen weiteren Gesichtspunkt, der bei den Wahlen 1958 und 1962 kaum eine Rolle gespielt hatte, da die Partei noch nicht in sich genug gefestigt war und man teilweise aus Verlegenheit auf diesen oder jenen Gaullisten zurückgreifen mußte.
Jetzt aber, bei dieser Wahl, versuchte Pompidou, die politischen Kader, d.h. die Kandidaten, zu verjüngen.
Eine verhältnismäßig große Zahl (rund 40) ehemaliger Schüler des "Institut des Sciences Politiques" oder der Verwaltungshochschule "Ecole national d'Administration" wurden gebeten, die Farben der "V^{e}-République" im Wahlkampf zu vertreten.
Oftmals waren diese Kandidaten nur unter Druck bereit, zu kandidieren[89], und es gab erhebliche Auseinandersetzungen mit den örtlichen Parteifunktionären, die ihre eigenen Hoffnungen begraben sahen.

"L'essentiel reste", schreibt Duverger dazu in der "Monde", "qu'on offre à une société renouvelée des cadres politiques également renouvelés, alors que l'adversaire s'accroche aux cadres anciens".
Pompidous Überlegung erscheint taktisch verständlich, da die Partei zum ersten Mal nicht auf die altbewährten verdienten Gaullisten zurückgreifen wollte, sondern sich als

---

89) Le Monde vom 14.12.1966

moderne, den Fragen unseres Zeitalters aufgeschlossene Partei den Wählern präsentieren wollte.
Bei dieser Taktik war es weniger wichtig, wo diese Technokraten nominiert, als daß sie überhaupt aufgestellt wurden.
In den meisten Fällen darf man sie als "Kamikazes" bezeichnen, da man sie in Wahlkreise schickte, die mit Sicherheit an die Opposition fallen mußten. So kandidierte u.a. Jacques Mercier in Château-Chinon gegen den Führer der Linksföderation, François Mitterand, und Paul Theeten gegen Guy Mollet.
Je jünger diese Kandidaten waren, desto geringer war ihre Chance, gewählt zu werden, da sie meist den Vorsprung des Kandidaten der Opposition kaum gefährden konnten. So kandidierte M. Vie, 31, z.B. in Carcassonne gegen den sehr beliebten Sozialisten Jules Fil oder M. Baby, 32, gegen G. Faure in Foix (Ariège).
In der Presse tauchte die Frage auf, ob die UNR aus Mangel an örtlich namhaften Persönlichkeiten auf diese "jeunes loups" zurückgreifen müsse.
Dagegen sprechen aber die schon erwähnten Gründe; außerdem teilte man mir im Bureau national mit, daß diesen jungen Kräften eine Gelegenheit zur Bewährung gegeben werden sollte, um ihnen bei späteren Wahlen sichere Wahlkreise anvertrauen zu können.

4.2. die Haltung der "cadres départementaux"

In einigen o.g. Kapiteln habe ich schon auf den Widerstand der örtlichen Parteiorganisation ("cadres locaux" oder "cadres départementaux") hingewiesen, der den Pariser Entscheidungen besonders bei den Wahlen des Jahres 1967 entgegenschlug, da genügend Zeit zur Vorbereitung, zur Diskussion und zu Protesten der einen oder anderen Seite blieb.

Sobald eine Kandidatenliste vom Comité d'action veröffentlicht wurde, erhoben sich in den einzelnen Departements Proteste gegen die Entscheidungen des Comité d'Investitures.
In Soissons hielt das Comité d'action an seinem Kandidaten fest[90], obwohl sich die Cadres locaux gegen ihn stemmten; das gleiche galt für einen Wahlkreis des Departement Finistère. In beiden Fällen verweigerten die örtlichen Parteispitzen dem Kandidaten jegliche Unterstützung, wagten jedoch nicht, einen eigenen aufzustellen.
In Chartres wurde M. Gerbet auf Wunsch der Unabhängigen Republikaner nominiert, obwohl sich die Cadres locaux und die UNR gegen ihn stellte, "parce que l'on le trouvait très peu gouvernemental". Da sich aber keine geeignete örtliche Persönlichkeit fand, mußte er schließlich von allen Beteiligten akzeptiert werden. (1968 wurde er nicht erneut nominiert, gewann aber als Parteiloser die Wahl)

In zwei Fällen zogen sich die offiziell Investierten nach zahlreichen Protesten der Ortsgruppen "pour des raisons de santé" zurück.
So entschloß sich das Comité d'action nach dem Rücktritt von Herrn Joncquoy (Nord 6.), den ehemaligen Abgeordneten Van der Meersch wieder zu unterstützen, der schon als Parteiloser kandidierte.[91] Ebenfalls wurde Dr. Maridet, von 1958 bis 1962 gaullistischer Abgeordneter, nach dem Verzicht des offiziellen Kandidaten, J. Pligot (Allier 1.), von der UNR unterstützt, um diesen Wahlkreis nicht an die Opposition zu verlieren.[92]
G. Gorce, Botschafter in Algerien, soll seinen Wahlkreis "Boulogne-Billancourt" während einer Kabinettssitzung unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten am 13.12.1966 erhalten haben mit der lakonischen Bemerkung: "Allez donc à Boulogne-Billancourt, monsieur l'Ambassadeur. Les socialistes y sont sont aimés. Et vous fûtes un peu socialiste."[93]

---

90) M. Tranié
91) Le Monde vom 11.12.1966
92) Le Monde vom 4.2.1967
93) Express vom 2.1.1967

4.3. die "Parachutés"

Die größten Auseinandersetzungen zwischen den Ortsgruppen und dem Comité d'action riefen die sogenannten "Parachutés" hervor, d.h. Kandidaten, die ohne jegliche Beziehung zu ihrem Wahlkreis dorthin entsandt wurden.
In den meisten Fällen übernahmen sie die sicheren Bezirke nicht erneut nominierter Abgeordneter.
Ed. Michelet wurde der Wahlkreis R. Evrards in Quimper zugeteilt. Zwei Tage vor der offiziellen Bekanntgabe seiner Kandidatur erklärte er im "Le Télégramme de Brest": "Je ne serai pas candidat. Je n'ai pas d'attaches dans le département."[94] Um so erstaunter waren die örtlichen Gaullisten, die nach wie vor Evrards Kandidatur unterstützten, als ihnen mitgeteilt wurde, daß Michelet doch kandidiere. Inzwischen wurde er nämlich vom Premierminister aufgefordert, die dortige innerparteiliche Opposition zu überwinden. Bei seiner Ankunft empfing ihn ein Hagel "gaullistischer" Tomaten, und man überklebte seine Wahlplakate. Erst nach energischen Demarschen Pompidous erklärten sich die örtlichen Funktionäre zur Mitarbeit bereit.
In nicht allen Fällen war die Reaktion derart stürmisch; aber keiner der Parachutés wurde in seinem Wahlkreis mit offenen Armen empfangen.
Einem ehemaligen General wurde ein Wahlkreis im Departement Alpes-Maritimes zugewiesen, obwohl ihn nur eine Kandidatur in Paris interessierte. "Si je n'avais pas été d'accord, on n'aurait pas eu de circonscription favorable pour moi", entgegnete er auf meine Frage, warum er als Parachuté kandidiert habe.[95]
Schwierigkeiten mit dortigen Parteifreunden konnten bald überwunden werden.
Auf meine Frage, ob die örtlichen Parteianhänger sofort nach Bekanntwerden der Nominierung den "candidat-para-

---

94) Express vom 2.1.1967
95) Interview im Juni 1969

chuté" unterstützt hätten, konnte mir nur ein einziger zustimmend antworten.[96]

Wenn auch die Exzesse wie in Quimper in den übrigen Wahlkreisen unterblieben, verhielten sich die Gaullisten des betreffenden Departements im allgemeinen ablehnend gegenüber den oktroyierten Kandidaten, "parce qu'ils avaient leurs propres candidats" oder "n'étant pas de la région, je gênais le jeu des investitures qui ne pouvaient se dénouer, car il y avait trop d'intrigues et d'ambitions personnelles".[97]

Da jedoch zwischen Veröffentlichung der Listen und den Wahlen fast drei Monate lagen, blieb dem Comité d'action genügend Zeit, die aufgebrachten Freunde zu beruhigen, wobei man sich nicht scheute - wie ich aus einem Brief ersehen konnte -, einigen Beteiligten berufliche Konsequenzen anzudrohen.

In fast allen Auseinandersetzungen sahen sich die Cadres locaux nach wenigen Wochen gezwungen, die Entscheidung des Hôtel Matignon zu akzeptieren und die Wahlkampagne zu unterstützen.

Es erhebt sich die Frage, ob diese Auseinandersetzungen der Partei nicht schaden und zu Stimmverlusten führen konnten.

Da die meisten Parachutés hohe Partei- oder Regierungsämter besaßen und im allgemeinen in ausgesprochenen sicheren Wahlkreisen kandidierten, durften sie außer auf eine große Stammwählerschaft auch auf die persönliche Wahlhilfe des Premierministers hoffen; hinzu trat, daß sie den Wählern versprechen konnten, die Belange ihres Departements in Paris gegenüber den Ministerien besonders energisch zu vertreten.

Die IFOP-Untersuchung ergab, daß die Wähler bereit waren, dem Kandidaten ihr Vertrauen zu geben, der die Belange seines Wahlkreises besonders erfolgversprechend vertreten könne.

---

96) M. Marie (Basses-Pyrénées, Bayonne)
97) Umfrage im März 1969

In keinem der Wahlkreise, in denen diese Kandidaten aufgestellt wurden, erlitt die Majorité Stimmverluste.

Die cadres locaux dieser Bezirke waren sich ihrer Ohnmacht durchaus bewußt, was nicht zuletzt die geringe Unterstützung der abtrünnigen Gaullisten im Wahlkampf beweist. Andererseits mußten sie sich fragen, ob durch ihre Opposition gegenüber den Pariser Entschlüssen nicht ihre eigene Stellung als Bürgermeister oder Conseiller général gefährdet wurde.
Aus diesem Grunde ist es nicht verwunderlich, daß sie sich schließlich dem übermächtigen zentralistischen Parteiapparat beugten.

4.4. die Ministerkandidaturen

In diesem Zusammenhang bedarf noch ein anderes Problem einer genaueren Betrachtung, da es sich von der Problematik der "parachutés" nur geringfügig unterscheidet: Die Kandidatur der einzelnen Minister.
Im Jahre 1958 stand de Gaulle einer Kandidatur seiner Minister ablehnend gegenüber, um sich auch auf diesem Gebiet von den politischen Parteien zu distanzieren.
Vier Jahre später revidierte er seine Haltung und gestattete den meisten seiner Minister, zu kandidieren.
Als in den Vorbereitungen für die Wahlen des Jahres 1967 die Meinungsumfragen ein Absinken des gaullistischen Stimmenanteils voraussagten, bat der General auf Vorschlag seines Premiers alle 28 Minister und Staatssekretäre, für die Majorité zu kandidieren.
Bis auf zwei Ausnahmen, Kulturminister Malraux und Sozialminister Jeanneney, der Pompidous Vorschlag, in Grenoble gegen Mendès-France zu kandidieren, ablehnte[98], suchten alle übrigen günstige Wahlkreise und verhandelten mit den bisherigen Abgeordneten.

---

98) Bei den Wahlen 1968 kandidierte er jecoch in Grenoble gegen Mendès-France

Das Ziel dieser ministeriellen Aktion sollte weniger eine rechnerische als psychologische Wirkung sein, da ein Minister im allgemeinen über einen größeren Bekanntheitsgrad verfügt als ein lokaler Kandidat.
Pompidou empfahl seinen Ministern, in denjenigen Wahlkreisen zu kandidieren, wo die bisherige gaullistische Mehrheit laut Umfragen gefährdet sei, da ein Minister als politische Wahllokomotive bekanntlich erheblich mehr Stimmen gewinnen könne, zumal dann,wenn er seinen Wählern eine bessere Berücksichtigung ihrer Interessen in den einzelnen Ministerien zusage.
Die einzelnen Wahlkreise wurden den Ministern vom Comité d'Investitures vorgeschlagen, wobei spezielle Wünsche nach Möglichkeit berücksichtigt wurden.
Fast jede Region wurde mit einem oder mehreren Ministerkandidaturen bedacht; jedoch blieben die landsmannschaftlichen Gesichtspunkte des Kandidaten in fast allen Fällen unberücksichtigt.
Man könnte also die Kandidaturen der Minister ebenfalls unter dem Begriff der "parachutés" führen, jedoch gebe ich zu bedenken, daß die o.g. Parachutés in ihren Wahlkreisen völlig unbekannt waren, während ein Minister dem größten Teil seiner Wähler bekannt sein mußte.
Um Schwierigkeiten mit den bisherigen Abgeordneten und den örtlichen Parteispitzen aus dem Wege zu gehen, akzeptierten die Minister sie als "Suppléants", um ihnen auf diesem Umweg - im Falle ihrer erneuten Ernennung zum Minister - einen sicheren Sitz im Parlament zu garantieren.

In einigen Fällen waren die bisherigen Vertreter des betreffenden Wahlkreises nur durch die Ernennung des 1962 Gewählten zum Minister zu ihrem Parlamentssitz gelangt, so daß sie sich verpflichtet sahen, 1967 wieder sein Stellvertreter zu werden und ihm den Wahlkreis "anzubieten."
Monsieur Souchal bot - nach eigenen Angaben - seinen Wahlkreis Meurthe-et-Moselle 1. Minister Fouchet an "pour

des raisons régionales", um mit dessen Hilfe die Opposition im eigenen Lager auszuschalten, die mit seiner erneuten Kandidatur nicht ganz einverstanden war. Als Suppléant zog er nach den Wahlen wieder ins Parlament ein, da Fouchet ein Ministeramt übertragen wurde.
Schwierigkeiten ergaben sich bei all diesen Verhandlungen nicht, da es etliche Abgeordnete als große Ehre betrachteten, Stellvertreter eines Ministers zu werden. Nur in einem Fall äußerte mir gegenüber ein "Suppléant" seine Verstimmung über diese Methode.
Da er seinen eigenen Wahlkreis in der Région parisienne "pour des raisons de lutte et de marchandage entre tendances" an einen anderen Kandidaten auf Wunsch des Comité d'Investitures abtreten mußte, schlug der Premierminister ihm vor, Suppléant eines Ministers in einem anderen Kreis ("totalement inconnu de moi") zu werden. Ihm blieb keine andere Wahl, da er sonst auf jegliche Kandidatur hätte verzichten müssen. ("Le premier ministre fit pression à la fois sur le ministre et sur moi-même.")
Nur zwei Ministern gelang es nicht, ihren Wahlkreis zu erobern: Couve de Murville und Armeeminister Messmer, der im Departement Morbihan kandidierte.
Daß für Staatspräsident de Gaulle ein Wahlmißerfolg keinen Einfluß auf die Ernennung zum Minister hatte, beweisen beide Fälle, da die Herren bei der Kabinettsneubildung wieder in ihren Ämtern bestätigt wurden.
Das teilweise außerordentlich gute Abschneiden aller übrigen Minister bewies die Richtigkeit der These Pompidous über die Anziehungskraft eines Ministers auf die Wähler und sicherte der Majorité etliche Wahlkreise, die ohne "ministerielle Hilfe" wahrscheinlich an die Opposition gefallen wären.[99]

---

99) Joxe (Rhône 4.) gewann seinen Wahlkreis mit weniger als 500 Stimmen; Chirac (Corrèze 3.) und Boulin (Gironde 9.) mit weniger als 1000, Guéna (Dordogne 1.) mit fast 2000 Stimmen Vorsprung.

5. Die nichtgaullistischen Kandidaten

In den o.g. Kapiteln wurde öfter die Bedeutung der nichtgaullistischen Kandidaten erwähnt, die auf Vorschlag des Premierministers die Unterstützung der Gaullisten genossen.

5.1. Die Républicains Indépendants

Zahlenmäßig an erster Stelle standen die Unabhängigen Republikaner, denen es unter der Führung des ehemaligen Finanzministers Giscard d'Estaing gelang, 83 Wahlkreise für ihre Parteifreunde zu erhalten.
Noch im Februar 1966 beabsichtigte Giscard, Kandidaten in 150 Wahlkreisen zu nominieren vor allem dort, wo die UNR-Abgeordneten mit Schwierigkeiten rechnen mußten.

Bei einer der ersten Sitzungen des Comité d'Investitures fragte ein Vertreter der UNR seinen Kollegen der Unabhängigen Republikaner ironisch, ob er überhaupt eine Liste mit 150 qualifizierten Namen vorweisen könne.
In der Tat mußten die Républicains Indépendants zu Beginn der Verhandlungen - gemäß der Aussage ihres Wahlkampfleiters[100] - mit erheblichen Schwierigkeiten kämpfen, da ihre Parteistruktur noch in den Anfängen steckte und die örtlichen Parteigruppen sich erst seit dem Frühjahr 1966 konstituiert hatten.
Deshalb konnten von diesen Basisgruppen nur in sehr geringem Maße Kandidatenvorschläge kommen und sie spielten bei der Ernennung der Kandidaten für die mit den Gaullisten ausgehandelten Wahlkreise nur eine minimale Rolle.
Stützen konnte sich die Parteileitung einerseits auf die bisherigen Abgeordneten, die seit 1962 mit den Gaullisten koalierten, und andererseits auf ihre Bürgermeister und Departementsräte.

---

100) Interview am 24.3.1969

Fast alle 1967 gewählten Unabhängigen Republikaner besaßen neben ihrem Abgeordnetenmandat noch eine regionalpolitische Funktion.
Giscard d'Estaing wandte sich im Frühjahr 1966 während seiner Frankreichrundreise bewußt gegen "le parachutage, erreur fondamentale de l'UNR" und versprach, nur solche Kandidaten zu ernennen, die "représentants authentiques des régions" seien.[101]
Dieses Versprechen war um so leichter zu geben, als die neugeschaffenen Parteigruppen in den Regionen kaum Fuß gefaßt hatten und keinerlei Forderungen stellen konnten.

Während die UNR teilweise erhebliche Schwierigkeiten bei der Kandidatennominierung zu überwinden hatte, verlief die Selektion bei den Républicains Indépendants bedeutend reibungsloser (die Fälle der Nichtnominierung einiger Abgeordneter wurden schon erwähnt).
Bei den Sitzungen des Comité d'action ergaben sich in einigen wenigen Fällen Schwierigkeiten zwischen den Koalitionspartner, da weder der eine noch der andere den für den Wahlkreis vorgeschlagenen Kandidaten zu akzeptieren bereit war.[102]
In vier Fällen sah sich die UNR veranlaßt, einen neuen Kandidaten zu präsentieren, um auch die Zustimmung der Republikaner zu finden, die sonst mit einem Gegenkandidaten drohten; die Indépendants mußten einen Kandidaten zurückziehen (der anschließend als Parteiloser kandidierte), da er sich öffentlich von der Politik de Gaulles distanziert hatte.
Fragt man sich, wer die Kandidaten der Républicains Indépendants auswählt, stößt man auf das Comité central der Partei, das diese Aufgaben seinem Wahlleiter M. Chinaud übertrug.

---

101) France moderne vom Juni 1966
102) Diese Wahlkreise sind dem Verfasser bekannt (u.a. Ardèche 2.)

Eine politische Willensbildung der Mitglieder oder der örtlichen Basisgruppen wäre trotz der erst kürzlich erfolgten Gründung möglich gewesen und hätte den Einfluß einer kleinen Gruppe von Spitzenfunktionären eingeschränkt.

Erstaunlicherweise regten sich gegen die Entscheidungen dieser Führungsgruppe nur geringe Proteste, die jedoch keinerlei Einfluß auf das Geschehen nehmen konnten.
Das Problem dieser scheinbar undemokratischen Entscheidungen läßt sich vielleicht durch den Satz eines prominenten Mitglieds des Comité central etwas aufhellen: "Wir sind noch eine so kleine Partei, daß jede Kritik an unseren Entscheidungen - bevor sie in die Öffentlichkeit gelangt - im eigenen Bereich diskutiert und geklärt werden kann."[103)]

5.2. Unterstützte Kandidaten des MRP

Schon bei den Wahlen im Jahre 1962 hatten die Gaullisten - neben den Unabhängigen Republikanern - einige weitere Kandidaten unterstützt, die nicht für den Mißtrauensantrag gegen die Regierung Pompidou gestimmt hatten.
Fünf Jahre später entschloß sich die Parteileitung zum gleichen Schritt, da Meinungsumfragen ergeben hatten, daß die Stellung dieser Abgeordneten außerordentlich gefestigt sei und einem Gaullisten keinerlei Chance eingeräumt werden könne.
"Bevor wir einen Sitz an die Opposition fallen lassen, unterstützen wir lieber den nichtgaullistischen Kandidaten, der bereit ist, unsere Politik im Parlament zu unterstützen", erklärte man mir im Bureau national.
Gleichzeitig ergab sich für diese Kandidaten die Möglichkeit, mit Unterstützung der Gaullisten ihre eigene Stellung zu behaupten bzw. auszubauen.

---

103) Interview am 24.3.1969

Eine Kandidatin erläuterte mir, daß sie 1962 und 1968 ohne gaullistische Wahlhilfe eine Niederlage erlitten hätte; 1967 jedoch habe dieses Wahlbündnis ihre Chancen beeinträchtigt, "car la majorité de mes électeurs n'est pas inconditionnelle".
Den größten Teil dieser Wahlbündnisse ging die UNR mit einigen Mitgliedern des ehemaligen MRP ein, das sich seit 1966 im "Centre démocrate" Lecanuets organisierte.

Zehn Mitglieder dieser Gruppe konnten auf Unterstützung der UNR rechnen.[104)]
Vor allem in der Bretagne und in Ostfrankreich hofften die Gaullisten mit Hilfe dieser Zentrumskandidaten, Parlamentssitze zu gewinnen, die in der Assemblée nationale mit ihnen koalierten; außerdem sollte ein Stimmensplitting zwischen den bürgerlichen Parteien vermieden werden, das der Opposition zum Erfolg verholfen hätte.

Neben diesen rechnerischen Erwägungen trat der Gedanke, die gaullistische Partei auch anderen kleinen bürgerlichen Parteigruppen zu öffnen, um einerseits die eigene Basis in der Wählerschaft zu vergrößern, andererseits eine Polarisierung des politischen Parteilebens auf diesem Weg zu beschleunigen, da mit Hilfe der o.g. Gruppe die Attraktivität der UNR für weitere Abgeordnete des "Centre démocrate" steigen mußte.[105)]
J. Fontanet, Generalsekretär des MRP, wandte sich nach Veröffentlichung der Kandidatenlisten der Majorité scharf gegen dieses Bündnis seiner Parteifreunde:
"Les instances du MRP ont décidé que c'est dans le cadre du Centre démocrate, créé par Lecanuet après le scrutin

---

104) Mme de la Chevrelière (Niort), Mlle Dienesch (Loudéac), Le Guen (Guingamp), Lehn (Molsheim), Maur. Schumann (Tourcoing), Bizet (Arranches), de Chambrun (Lozère), Chapuis (Vienne 1.),Bonnet (Auray), Chauvet (Aurillac).

105) Als Beweis für diese These erlaube ich mir, auf die Präsidentschaftswahlen 1969 zu verweisen, bei denen ein großer Teil des PDM den gaullistischen Kandidaten unterstützte.

présidentiel, que nos hommes et nos équipes participeraient aux élections. Le MRP, en conséquence, n'accordera aucune investiture particulière. Une minorité de députés MRP ne suit pas les directives nationales et accepte l'investiture de la V^{e}-République... Cette minorité s'est placée en dehors de notre mouvement... (et) nous critiquons nos camarades."[106])

Ein formeller Parteiausschluß wurde jedoch nicht verhängt, und 1968 kandidierte dieselbe Gruppe erneut unter den Zeichen der Majorité.

Welchen Vorteil erhofften sich die MRP-Abgeordneten von diesem Zusammengehen mit den Gaullisten, nachdem die eigene Parteiführung ihr Vorgehen scharf mißbilligt hatte? Übereinstimmend antwortete man mir[107]), daß sich keine andere Möglichkeit für die Gemäßigten ergab, wenn man eine arbeitsfähige Regierung befürworte, die im Einvernehmen mit dem Staatspräsidenten eine "nationale und realistische Politik" führe. Für die Zentrumsabgeordneten sei bei dem heutigen Wahlsystem kein Platz, und die einzige Chance, die Politik der Regierungspartei zu beeinflussen, sei, mit ihr zusammenzuarbeiten. "C'était (la Majorité) la seule formation politique capable de devenir majoritaire, donc de gouverner le pays et d'éviter les crises de la IV^{e} République."

In ähnlichem Sinne äußerten sich auch die fünf parteilosen Abgeordneten de Rocca-Serra, Cousté, Hunault, Frys und Royer und auch der Vertreter des Rassenblement démocratique, Victor Sablé (..."parce que le style de la politique du général de Gaulle me convient et qu'elle concorde avec mes propes idées").

Dieser Konsens in den politischen Ansichten dürfte für die genannte Abgeordnetengruppe nicht allein ausschlaggebend gewesen sein, unter dem Zeichen "V^{e}-République"

---

107) Umfrage vom März 1969

zu kandidieren[108], sondern mindestens ebenso wichtig war das rechnerische Kalkül, da man auf die Popularität des Staatspräsidenten in diesen Gebieten bauen durfte, dessen Politik man im Parlament zu unterstützen bereit war.
Jedoch darf diese Erwägung nicht zu weit gefaßt sein, da in einem Fall[109] der Kandidat - nach eigenen Angaben - Stimmverluste auf Grund der Wahlunterstützung der Majorité erlitt, in einem weiteren Fall[110] sogar von einem zentristischen Parteifreund geschlagen wurde, "car il eut mieux valu dans ma circonscription avoir l'investiture centriste pour être élu."

---

108) Eine Ausnahme bildete M. Royer, der nicht unter diesem Zeichen kandidierte und von der UNR deshalb den Wählern nur "empfohlen" wurde, während in den anderen Fällen eine massive gaullistische Wahlunterstützung zugunsten der o.g. Kandidaten einsetzte.
109) Niort
110) Côtes-du-Nord

d) Die Vorbereitungen für die Wahlen im Juni 1968

1. Die allgemeine Situation nach der Auflösung der Nationalversammlung

In seiner Radioansprache am 30. Mai 1968 verkündete Staatspräsident de Gaulle die Auflösung der Assemblée nationale und gab als Termin für die Neuwahlen den 23. und 30. Juni an.
Mit diesem Schritt folgte der General einer Aufforderung seines Premierministers, dem Volk die Verantwortung für das Verbleiben einer gaullistischen Regierung zu übertragen oder eine generelle Änderung der herrschenden Mehrheitsverhältnisse - und damit einen möglichen Rücktritt de Gaulles - herbeizuführen.
Gleichzeitig hoffte Georges Pompidou, auf Grund der immer weiterumsichgreifenden Furcht bei den bürgerlichen Wählern eine stabile Mehrheit im Parlament zu erreichen.
Die seit den Wahlen im März amtierende Regierung war in ihren Entscheidungen und Parlamentsabstimmungen fast immer auf die Zustimmung ihrer Koalitionspartner oder auf einige parteilose Abgeordnete angewiesen.
Im Juni 1968 ergab sich für die Regierung und die gaullistische Parteiführung eine ideale Möglichkeit, diesem Druck der Koalitionspartner zu entgehen und das Ergebnis der bisher einzigen "normalen" Wahlen mit Hilfe der verkündeten Auflösung zu revidieren.
Wie schon vermerkt, hatten die Gaullisten ihre größten Wahlerfolge immer nach einem Referendum und nach einer Auflösung des Parlaments.
Auch während der dritten Legislaturperiode bedrängte eine sehr einflußreiche Parteigruppe den General, nach den Präsidentschaftswahlen Neuwahlen auszuschreiben, was jedoch zurückgewiesen wurde.
Während die Wahlen und der Wahlkampf im Jahre 1967 lange vorbereitet und die Interessen der einzelnen politischen Gruppierungen der Majorité hinsichtlich der Kandidaten-

aufstellung ausreichend diskutiert und koordiniert werden konnten, verblieben den Parteien im Juni 1968 nur knapp drei Wochen für sämtliche Vorbereitungen.
Für die Gaullisten ergaben die Ereignisse des Mai 1968 die Notwendigkeit, ihren Wahlkampf dieses Mal ohne das Prestige des Generals führen zu müssen und sich nur auf die "Verteidigung der Republik und ihrer verfassungsmäßigen Ordnung" zu konzentrieren.
Hatte schon 1967 Pompidou erkannt, daß ein allzu starkes Werben mit und für den Staatspräsidenten der Partei nur wenige Vorteile einbrachte, da sie dem Wähler gegenüber als selbständiger politischer Faktor auftreten müssen, wurde ein Jahr später diese Erkenntnis noch weiter untermauert. Die Parteileitung stellte zum ersten Mal seit Bestehen der UNR die eigene Partei mehr in den Vordergrund des Wahlkampfes als de Gaulle.
Die UDR versuchte, sich den Wählern als politische Alternative und als Garanten der Stabilität zu präsentieren, sollte de Gaulle eines Tages abtreten müssen.
"C'est extrêmement simple: nous estimons que cette crise a fait apparaître le danger pour la République et les libertés...", erklärte Pompidou.[111] "Il s'agit de savoir si on est pour ou contre ce communisme totalitaire. Je n'ai pas besoin de dire que nous sommes contre et prêts à faire face au danger et pour cela à faire appel à tous les citoyens, à tous les hommes politiques qui sont prêts à préparer avec nous l'avenir... Nous mettrons ces élections sous l'éclairage qui est celui de la grande majorité de la population."
Durch diese Taktik versuchte Pompidou, das Vakuum zu füllen, das viele Franzosen bei einem möglichen Rücktritt des Generals befürchteten.

---

111) Le Monde vom 5.6.1968

2. Gespräche zwischen den Führern der Majorité

Sofort nach Verkündung der Parlamentsauflösung bat Pompidou den Führer der Unabhängigen Republikaner, Giscard d'Estaing, um eine Aussprache und bot ihm eine gemeinsame Kandidatenaufstellung wie 1967 an; außerdem empfahl er wieder die Bildung eines gemeinsamen Zeichens, unter dem alle Kandidaten kandidieren sollten.
Im Gegensatz zu 1966 besaß Giscard d'Estaing nach den Maiunruhen die Möglichkeit, unabhängig von den Gaullisten eigene Kandidaten zu nominieren.
Der Generalsekretär seiner Partei, Michel Poniatowski, empfahl sogar, in etlichen Wahlkreisen Kandidaten gegen die gaullistischen Bewerber zu nominieren, um auf diese Weise einmal die Unabhängigkeit der Indépendants zu dokumentieren, andererseits die Möglichkeit zu erhalten, von den Gaullisten mit nur knapper Mehrheit gewonnene Sitze zu erobern.[112)]
Giscard d'Estaing mußte auf Druck einer starken Gruppe innerhalb seiner Partei unter Führung Marcellins von diesen Vorschlägen abrücken, bestand aber darauf, kein gemeinsames Aktionsprogramm mit den Gaullisten zu gründen.
Mit ihrem Abrücken vom gaullistischen Koalitionspartner hofften die Unabhängigen Republikaner, sich von de Gaulle und seiner Politik geringfügig zu distanzieren und Wählerkreise anzuziehen, die mit der bisherigen Politik unzufrieden waren, aber wiederum keinen generellen Machtwechsel wünschten.
In seinen Gesprächen im Hôtel Matignon verstand es Giscard, sich gegenüber Pompidous Absichten durchzusetzen.
Man verzichtete auf ein gemeinsames Aktionsprogramm und kam überein, jeweils eigene Kandidaten zu nominieren.
Aber es sollte auf jeden Fall vermieden werden, daß ein

---

112) Interview im März 1969

Gaullist einen Unabhängigen Republikaner als Gegner habe. Um dieser Gefahr aus dem Wege zu gehen, erklärte sich Pompidou bereit, der Forderung Giscards nachzukommen, die Zahl der republikanischen Kandidaten zu erhöhen.

Insgesamt wurden den Républicains Indépendants 115 Wahlkreise auf der gemeinsamen Liste zugebilligt, deren Kandidaten jedoch ohne den Einfluß der Gaullisten nominiert wurden.
Da Minister Pisani im Mai die "Majorité" verlassen hatte, brauchten die Gaullisten seine Freunde kaum zu berücksichtigen und überließen die meisten dieser Wahlkreise den Republikanern.
Die Kandidatenlisten der Majorité wurden schließlich unter folgendem Signum veröffentlicht: "Républicains Indépendants - V^{e} République" und "Union pour la Défense de la République"; so hatte sich die UNR unmittelbar nach de Gaulles Rede umbenannt, um durch ihre Namensänderung den Wählern ihre Bereitschaft für die Wiederherstellung normaler Verhältnisse zu dokumentieren.

3. Die Nominierung bei der UDR und den Unabhängigen Republikanern

3.1. Die Errichtung des Comité d'Investitures

Nach Abschluß der Gespräche mit den Giscardiens bildete Pompidou ein Comité d'Investitures unter der Leitung Roger Freys und Michel Hersons, das - anders als 1966/67 - allein für die Nominierung der gaullistischen, parteilosen und einiger anderer Kandidaten zuständig war.

Der Entscheidungsweg wurde wegen der Zeitnot erheblich verkürzt, da nunmehr das Comité d'action entfiel (in dem 1966/67 auch die Unabhängigen Republikaner saßen) und Pompidou mit Unterstützung des Generalsekretärs der Partei die Entscheidungen des Comité d'Investitures billigte oder eine sofortige Änderung verlangte.

Da es während der Wahlvorbereitungen im Jahre 1966/67 zu erheblichen Differenzen zwischen der Parteiführung und den örtlichen Organisationen der UNR gekommen war, bemühten sich Pompidou und die Parteispitze, den Forderungen nach Demokratisierung bei der Auswahl nachzukommen, soweit dies nicht den Einfluß der Parteispitze auf die Kandidatennominierung erheblich beeinträchtigte.

Das Comité d'Investitures und Pompidou waren zu der Erkenntnis gelangt, daß bei den Neuwahlen, die über den Fortbestand der V. Republik entschieden, eine erhebliche Änderung in den Reihen der 1967 nominierten Kandidaten vorgenommen werden mußte, um im damaligen Wahlkampf unterlegene und verbrauchte Kräfte abzulösen.
"Il fallait renouveler les candidats pour qu'ils attirent mieux les électeurs", erklärte mir ein Mitglied des Comité d'Investitures.[113]

3.2. Verhandlungen mit den Unions départementales

Um diese Ablösung zu erreichen, verschickte das Comité an sämtliche departementalen Parteigruppen die Aufforderung, Vorschläge für die einzelnen Wahlkreise einzureichen, in denen 1967 kein Mitglied der Majorité gesiegt hatte.
Dieses Vorgehen grenzte an einen revolutionären Umschwung bei der Kandidatenauswahl, betrachtet man die Vorgänge bei den bisherigen Wahlen; aber die Parteispitze folgte mit dieser Befragung der Basisgruppen nur den Parteistatuten, denn "les investitutes sont accordées... sur proposition des unions départementales."[114]
Da den Departementsgruppen wegen des nahen Wahltermins nur sehr wenig Zeit blieb, wurde in den meisten Fällen

---

113) Interview im November 1968
114) Statuts de l'UNR (in der Fassung vom Mai 1963) IX,45

dem Comité d'Investitures ein Kompromißkandidat genannt. Man war dieses Mal nicht mehr bereit, einen von Paris nominierten Parachuté zu akzeptieren. Andererseits versuchte eine einflußreiche Gruppe gaullistischer Spitzenfunktionäre, ihre Wahlkreise, in denen sie vor einem Jahr unterlegen waren, gegen sichere auszuwechseln; das betraf besonders Armeeminister Messmer, der aus dem Morbihan ins Departement Meurthe-et-Moselle überwechselte und Alexandre Sanguinetti, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses der Assemblée nationale, der in Toulouse zu kandidieren beabsichtigte ("un élément de surprise de la dernière campagne électorale", äußerte er sich mir gegenüber). Die Bedenken der örtlichen Parteifreunde gegen diese Kandidatur wurden zurückgewiesen; man einigte sich erst, als das Comité d'Investitures die übrigen fünf Kandidaten des Departements Haute-Garonne akzeptierte.
In einem Fall trat allerdings das Gegenteil ein, da die örtliche Parteigruppe des Departement Nièvre das Pariser Bureau national aufforderte, einen schlagkräftigen Kandidaten gegen den Führer der Sozialisten, F. Mitterand, zu benennen.
Der bisherige gaullistische Kandidat, Jacques Mercier, hatte sich nach seiner Niederlage im Frühjahr 1967 nicht mehr um seinen Wahlkreis gekümmert und das Comité d'Investitures um einen Bezirk im Departement Essonne gebeten.[115]
Auf Vorschlag eines Mitglieds des Comité central der UDR, Mathé, bat am 9. Juni (d.h. 15 Stunden vor Schließung der Kandidatenlisten) der Premierminister Jean Claude Servan-Schreiber, sich gegen Mitterand aufstellen zu lassen.[116]
Servan-Schreiber hatte vorher das Comité d'Investitures um einen Pariser Wahlkreis gebeten, lehnte jedoch das

---

115) Mercier kandidierte in Essonne 3.
116) Umfrage am 13.7.1969 und Le Monde vom 19.6.1968

ihm vorgeschlagene 13. Arrondissement ab, "car je ne voulais pas me présenter contre Piere Cot (député communiste) pour toute une série de raisons politiques et personnelles".
Da sich keine andere Möglichkeit ergab, einen anderen Pariser Wahlkreis zu erhalten, akzeptierte Servan-Schreiber Pompidous Angebot, obwohl er - gemäß eigener Äußerungen - keinerlei Beziehungen zu seinem neuen Wahlkreis besaß.
Seine Aufnahme durch die departementale Gruppe war teilweise sehr zurückhaltend, da man seine Wirkung gegen Mitterand für zu gering erachtete. Nach einigen Tagen jedoch schlug die Stimmung in eine eifrige Mitarbeit um; unterstützt wurde er vor allem auch durch junge Gaullisten aus Paris.[117]

Innerhalb weniger Tage trafen beim Comité d'Investitures die Kandidatenvorschläge der einzelnen Unions départementales ein, "que nous avons en générale respectées selon nos possibilités".
Vor der Presse erklärte Pompidou: "Les investitures que nous serons amenés à donner iront à des hommes qui sont prêts à défendre avec nous la République et les libertés... Car l'important, c'est dans l'immédiat de sauver la République et les libertés, mais ce qui est essentiel aussi, c'est de créer des bases d'une majorité cohérente et importante."[118]
Schon am 7. Juni konnte die erste Liste mit insgesamt 325 Kandidaten der Majorité (einschl. der Républicains Indépendants) publiziert werden, die weiteren folgten am 8., 10. und 11. Juni.
Inwieweit das Comité d'Investitures den Vorschlägen und Wünschen der Unions départementales gefolgt war oder

---

117) Servan-Schreiber erhielt im 1. Wahlgang 4 Stimmen mehr als Mitterand; er wurde jedoch im zweiten Wahlgang geschlagen, da die Kommunisten den Führer der Linksföderation unterstützten.
118) Ouest-France vom 4.6.1968

den örtlichen Parteifreunden akzeptable Kandidaten präsentierte, läßt sich an den Reaktionen feststellen, die den Veröffentlichungen der Listen folgten.
Während im Dezember 1966 und im Januar 1967 erhebliche Streitigkeiten zwischen dem Bureau national und den Unions départementales entbrannten, die zum Teil zu den Kandidaturen der "dissidents" führten, ergaben sich im Juni 1968 nur wenige Meinungsverschiedenheiten, was auch auf die erheblich veränderte politische Situation zurückzuführen ist.
Heftige Proteste erhob die Fédération départementale de l'UDR im Departement Ardennes gegen die Pariser Entscheidung, Dr. Sourdille zu nominieren und nicht ihren Kandidaten Henri Vin zu berücksichtigen.
Henri Vin erschien dem Comité d'Investitures für die bevorstehende Auseinandersetzung mit den Wählern und der Opposition nicht "gewandt" genug.
Auch in Blois[119] ergaben sich Kontroversen, da die cadres locaux mit dem offiziellen Kandidaten Deniau nicht zusammenarbeiteten.
M.Bouchacourt wurde im Departement Nièvre[120] ebenfalls nicht akzeptiert, da er ein "parachuté de Paris" sei und "on n'aime pas beaucoup les parachutés, qui une fois élus, disparaissent à jamais, sans plus s'occuper de leur circonscription."[121]
Andererseits erschien der von den örtlichen Gaullisten vorgeschlagene Kandidat für die Aufgaben in der Assemblée nationale ungeeignet.
In mir zwei bekannten Fällen gelang es jedoch den Unions départementales, sich gegenüber dem Comité d'Investitures durchzusetzen: In Pau führte die örtliche Parteigruppe seit Verkündung der Neuwahlen eine massive Propaganda

---

119) Loir-et-Cher 1.
120) 2. Wahlkreis
121) Briefliche Äußerung eines Mitgliedes einer Union départementale vom Juni 1968

zugunsten Nicolas Inchaupsé, so daß sich das Comité d'Investitures gezwungen sah, ihn zu nominieren, obwohl es einen anderen Kandidaten für diesen Wahlkreis vorgesehen hatte.
Im Departement Haut-Rhin entschlossen sich die Mitglieder der starken Union départementale, M. Gissinger zu nominieren, da der 1967 gewählte Abgeordnete, M. Scholer, unheilbar erkrankt war.
Paris widersetzte sich zunächst dieser Kandidatur und befürwortete die Nominierung von Scholers Stellvertreter. Da dieser sich jedoch - trotz Scholers Krankheit - kaum um seinen Wahlkreis gekümmert hatte, weigerten sich die örtlichen Gaullisten, mit ihm zusammenzuarbeiten und drohten, auf jeden Fall an Herrn Gissinger festzuhalten, da dieser Scholers Wahlkampf im Jahre 1967 geleitet hatte und bei der Bevölkerung sehr populär war. Unmittelbar vor Schließung der Kandidatenlisten traf beim Präfekten die Zustimmung des Comité d'Investitures ein, so daß Gissingers Kandidatur offiziell gebilligt war.

In diesem Zusammenhang ergab sich noch ungefähr ein Dutzend weiterer Unstimmigkeiten zwischen dem Bureau national und den einzelnen Unions départementales; sie konnten jedoch nach Gesprächen zwischen den Beteiligten beigelegt werden, wobei zu bemerken ist, daß die vom Comité d'Investitures nominierten Kandidaten auf Grund des besonderen Kräfteverhältnisses von den Unions départementales nolens volens akzeptiert werden mußten.

3.3. Auswechselung eines Teils der Kandidaten von 1967

Vergleicht man die im Juni 1968 veröffentlichten Kandidatenlisten mit denjenigen des Jahres 1967, so läßt sich konstatieren, daß unter dem direkten Einfluß des Premierministers und unter dem Druck der Ereignisse eine verhältnismäßig große Zahl ehemaliger Kandidaten unberücksichtigt blieb.
Insgesamt erhielten 30% der 1967 nominierten Kandidaten dieses Mal nicht die Billigung des Comité d'Investitures; andererseits wurde aber nur 11 Abgeordneten - darunter einem Unabhängigen Republikaner[122] - die erneute Investitur verweigert.
Fragt man nach den Gründen, die zu diesem hohen Prozentsatz führten, so ergeben sich verschiedenartige Aspekte:
Grundsätzlich muß bei diesen Überlegungen die Ansicht berücksichtigt werden, wie sie ein Mitglied des Comité central folgendermaßen umriß: "Ce qu'il nous fallait en 1968, c'étaient des hommes nouveaux et dynamiques, pas usés par des querelles électorales."
Diesem Postulat fielen vor allem diejenigen Kandidaten zum Opfer, denen es im Frühjahr 1967 nicht gelungen war, sich in ihren Wahlkreisen zu behaupten oder mit denen die örtlichen Parteikader jegliche Zusammenarbeit verweigerten.
Da die Parteileitung nicht wie 1966/67 die Möglichkeit besaß, den Popularitätsgrad einzelner Kandidaten zu ermitteln, verweigerte das Comité d'Investitures vor allem denjenigen Kandidaten die Nominierung, die sich seit ihrer Wahlniederlage im März 1967 nicht mehr oder nur mangelhaft um ihren Wahlkreis gekümmert hatten.
In dieser Auffassung wurde das Comité vor allem durch die Unions départementales bestärkt, die mit ihren eigenen Vorschlägen auf ein größeres Mitspracherecht hofften.

---

122) einschl. des aus der Fraktion ausgeschiedenen Pisani

Von den insgesamt 64 Abgeordneten, denen es 1967 nicht gelang, ihren Wahlkreis zu erobern, fanden 34 ein Jahr später keine Berücksichtigung mehr auf den Kandidatenlisten; zu ihnen gehören die Herren Comte Offenbach, Karcher und Marquand-Gairard, die 1967 trotz ihres geringen Popularitätsgrades nominiert wurden.
Ein weiterer Grund, fast ein Drittel der 67er Kandidaten nicht mehr zu berücksichtigen, war ihre verhältnismäßig knappe Niederlage gegenüber einem Kandidaten der Linksföderation oder des Centre démocrate.
Aus diesem Grund finden sich sechs Kandidaten[123], die mit weniger als 500 Stimmen unterlagen, nicht mehr auf den neuen Listen, da das Comité d'Investitures hoffte, ein neuer Kandidat der Majorité werde genügend Ausstrahlungskraft besitzen, um die fehlenden Stimmen auf sich zu vereinigen.
In sieben Fällen[124] betrug der Unterschied zu dem siegreichen Kandidaten der Opposition fast 2000 Stimmen, so daß die Wahlchancen in diesen Kreisen mit den geschlagenen Kandidaten der Majorité als zu gering erachtet wurden und nur durch neue unverbrauchte Kräfte verbessert werden konnten.
Hinzu trat bei etlichen ehemaligen Kandidaten der psychologische Effekt einer Wahlniederlage, so daß sie von sich aus keine neuen Kandidaturabsichten äußerten.
Ein Teil dieser Wahlkreise wurde den Linksgaullisten überlassen, die mit den Maiereignissen ihre Forderung nach stärkerer Berücksichtigung auf den Wahllisten begründeten.

Das Comité d'Investitures kam diesen Wünschen entgegen, da eine Abspaltung dieser Gruppen für die Partei starke negative Folgen hervorgerufen hätte; man hoffte gerade durch die psychologische Wirkung der Maiunruhen, einen

---

123) Halbout, Roques, Lalle, Marquand-Gairard, Richet, Voyer.
124) Malleville, Sanson, Maridet, Schmittlein, Lepourry, Bouillon und Delory.

Teil der bisher sozialistisch Wählenden durch die Kandidaten der gaullistischen Linken zu gewinnen.[125]
Außerdem sollte auf Anweisung des Premierministers das Image der UDR durch eine verstärkte Kandidatur junger Gaullisten allgemein gehoben werden.
So nominierte das Comité d'Investitures im 1. Wahlkreis der Pyrénées Orientales den 25jährigen Studenten Godfrin, obwohl seine dortigen Wahlchancen als minimal angesehen werden durften, aber "nous voulions donner une chance à la jeunesse de se présenter."[126]
Ebenso aussichtslos war die Kandidatur des Vorsitzenden der UJP, Robert Grossmann, der in Dôle (Jura 2.) gegen Jacques Duhamel kämpfte.
Die Parteileitung betrachtete diese Kandidaturen als "expérience", um die Reaktion der Bevölkerung nach den Maiereignissen auf sehr junge Kandidaten zu testen.

Einige der nicht berücksichtigten Kandidaten erhoben heftige Proteste gegen die Beschlüsse des Comité und forderten ihre ehemaligen Wähler auf, dem Kandidaten der Opposition ihre Stimme zu geben.
So warf in Boulogne-Billancourt A. Roulland, der als Stellvertreter des Jugendministers Missoffe ins Parlament eingezogen war, dem offiziellen Kandidaten der UDR, G. Gorse, vor, "de figurer parmi la multiplicité de candidats sans lien avec la population qu'ils prétendent représenter... et sans la moindre consultation et dans le plus parfait mépris des électeurs."[127]
In Paris forderte der frühere Abgeordnete Malleville die Wähler auf, dem offiziellen Kandidaten der UDR ihre Stimme zu verweigern.[128]
Im Gegensatz zu den Wahlen des Jahres 1967 gelang es jedoch den Unzufriedenen wegen der kurzen Vorbereitungs-

---

125) Interview im November 1968
126) id. am 21.11.1968
127) Le Monde vom 21.6.1968
128) Combat vom 20.6.1968

zeit nicht, sich in selbständigen Parteien oder Gruppen zu organisieren und als "dissidents" zu kandidieren. Während 1967 11,66% der Abgeordneten auf den Kandidatenlisten nicht berücksichtigt wurden, verweigerte das Comité d'Investitures ein Jahr später nur 11 Abgeordneten (d.h. 4,9%) die Nominierung.

Auf meine Frage, warum nur so wenig Abgeordnete nicht aufgestellt wurden, antwortete mir ein Mitglied des Comité, daß die Parteileitung nach den wenig günstig ausgefallenen Wahlen des Jahres 1967 hoffte, dieses Mal würden alle Abgeordneten ihren Wahlkreis erfolgreich verteidigen können, da durch die sozialen Unruhen die bürgerlichen Wähler den Kandidaten der Majorité eher ihre Stimme gäben als ein Jahr vorher.

Diese These sollte sich als richtig erweisen, da nur ein Abgeordneter (in Paris) seinen Wahlkreis an die Opposition verlor, während im März 1967 64 Abgeordnete der Majorité geschlagen wurden.

Insgesamt wurden 10 Gaullisten und 1 Unabhängiger Republikaner nicht nominiert.

Auf Korsika verzichtete Herr Faggianelli nach einer Unterredung mit dem Generalsekretär der Partei auf eine erneute Kandidatur, da sein Image durch Unregelmäßigkeiten bei Kommunalwahlen erheblich gelitten hatte; außerdem besaß er nur einen minimalen Vorsprung von knapp 500 Stimmen gegenüber dem Konkurrenten der Linksföderation. Seine örtlichen Parteifreunde hielten einen Wechsel ebenfalls für vorteilhaft und unterstützten - auf Faggianellis Empfehlung - Dr. Giacomi.

Während es den Vertretern des Departement Nord im Jahre 1966 gelungen war, gegen den Willen des Comité d'Investitures eine erneute Kandidatur sämtlicher Abgeordneter durchzusetzen, wurden dieses Mal zwei Abgeordnete, die schon 1967 abgelöst werden sollten, nicht mehr berücksichtigt: Nachdem das Comité Erziehungsminister Ortoli für den 1. Wahlkreis des Departement Nord vorgeschlagen

hatte, zog sich L. Christiaens aus "Altersgründen" nach einer Unterredung mit dem Wahlkampfleiter zurück. Im 2. Wahlkreis weigerte sich Herr Duterne, seinen Kreis M. Billecocq zu überlassen.
Da sich aber seine örtlichen Parteifreunde weigerten, weiterhin mit ihm zusammenzuarbeiten, konnte das Comité diesen Wahlkreis neu besetzen.
In Paris protestierte der ehemalige Stellvertreter des Jugendministers Missoffe, A. Roulland, gegen den Beschluß, ihn nicht wieder zu nominieren. Als sein Einspruch erfolglos blieb, da Herr Missoffe erneut kandidierte und einen anderen Stellvertreter wählte, brach Roulland mit seiner Partei und unterstützte den Kandidaten der Opposition.
Ebenso verzichtete das Comité darauf, Herrn Peyret-Forcade (Réunion 2.) erneut zu nominieren, der erst im Februar 1968 nach dem Tod des Abgeordneten Macé ins Parlament eingezogen war.
Aus "Gesundheitsgründen" verzichtete Herr Lepidi auf seinen Pariser Wahlkreis, erklärte sich aber kurz vor den Wahlen bereit, erneut zu kandidieren und konnte nur mit Mühe vom Comité d'Investitures von einer eigenen Kandidatur abgehalten werden.
Mangelnde Zusammenarbeit im Parlament warf das Comité Herrn Salardaine (Charente-Maritime) vor und verweigerte ihm eine erneute Kandidatur.
In Herrn Thomas' Wahlkreis (Sarrebourg) wechselte Armeeminister Messmer über, der 1967 im Departement Morbihan unterlegen war und nun einen sicheren Stimmbezirk suchte. Thomas' Bitte, als sein Stellvertreter nominiert zu werden, lehnte Messmer ab.
Um nun überhaupt einen Wahlkreis zu finden, mußte sich Thomas damit zufrieden geben, in Messmers altem Kreis (Morbihan 6.) zu kandidieren.
Im Departement Meurthe-et-Moselle verzichteten die Unabhängigen Republikaner auf eine erneute Nominierung ihres

Abgeordneten Picquot, da er aus beruflichen Gründen nicht genügend Zeit für die Arbeit in seinem Wahlkreis erübrigen konnte.

3.4. Differenzen mit den Unabhängigen Republikanern

Eine heftige Kontroverse zwischen dem Comité d'Investitures und Georges Pompidou auf der einen und den Républicains Indépendants auf der anderen Seite entstand durch die erneute Kandidatur Michel Poniatowskis[129], Generalsekretär der "Fédération des Républicains Indépendants" und somit einer der wichtigsten Mitarbeiter Giscard d'Estaings.
Kurz vor Schließung der Wahllisten nominierte das Comité d'Investitures Herrn Dr. Salle (1967 ein Führer der Abtrünnigen) gegen Michel Poniatowski und hielt sich durch diesen Schritt nicht an eine Vereinbarung zwischen Pompidou und Mondon, dem Fraktionsvorsitzenden der Giscardiens, keinen Gegenkandidaten gegen einen Abgeordneten zu nominieren.
Poniatowski erfuhr von diesem Schritt durch die Presse, hielt seine Kandidatur aufrecht und veranlaßte Giscard d'Estaing zu einer Presseerklärung: "En ce qui concerne M. Poniatowski, j'indique que le Premier Ministre a dit qu'il n'envisagerait pas de présenter un candidat contre lui... Je ne mets pas en doute ses paroles et je préfère imaginer qu'il s'agit là d'une intrigue de politiciens locaux."[130]
Dieser Auffassung widersprach allerdings Pompidou in einem Brief an Dr. Salle: "Vous me dites qu'un de vos concurrents, député sortant (républicain indépendant), répand le bruit que votre candidature résulterait d'une initiative personnelle en violation d'un accord qui

---

129) Seit 1967 Abgeordneter von Pontoise (Val-d'Oise)
130) Le Monde vom 12.6.1968

serait intervenu entre moi-même et M. Mondon... Le comité réuni sous ma présidence vous a donné et a donné à vous seul cette investiture. Vous êtes à Pontoise le candidat de la fidélité au général de Gaulle et à son gouvernement."[131]

Der Grund, der zu dieser Haltung des Comité der UDR führte, ist in dem Versuch Poniatowskis zu finden, Giscard d'Estaing zu einer distanzierteren Haltung gegenüber den Gaullisten zu drängen.

Obwohl Poniatowski nie gegen Gesetzesvorlagen der Regierung gestimmt hatte, tat er oft genug seine Mißbilligung gegenüber gewissen Entscheidungen der Regierung öffentlich kund. "Il recherchait la participation au sein de la majorité par le dialogue. Il se refusait à être inconditionnel", stellte ihn der Combat seinen Lesern vor.

Unter diesen Umständen ist Pompidous Weigerung, den Generalsekretär der Unabhängigen Republikaner zu unterstützen, als eine Warnung an Giscard d'Estaing zu betrachten, sich zu sehr diesen Kräften des "mais" zu nähern und dadurch die Koalition zu belasten.

Auf Anraten seiner Parteifreunde sah sich Poniatowski zu einer öffentlichen Erwiderung veranlaßt, "que le soutien au général de Gaulle est même le premier point de ma profession de foi. Car je crois que dans les circonstances très graves que nous traversons, le seul point de soutien, le seul point de la résistance à la subversion est précisément le président de la République."[132]

Trotz dieser Haltung weigerte sich das Comité d'Investitures, Dr. Salle zurückzuziehen, der allerdings Poniatowskis Wahl nicht gefährden konnte.

Auf Grund derartiger Ereignisse entschloß sich die Parteileitung der Unabhängigen Republikaner, sich in einigen

---

131) Combat vom 15./16.6.1968
132) Le Monde vom 20.6.1968

Fällen ihren Parteifreunden, die gegen einen Gaullisten kandidieren wollten, nicht zu widersetzen.
Im 8. Pariser Wahlbezirk kandidierte Xavier de la Fournière gegen den orthodoxen Gaullisten Claude Marcus, der diesen Wahlkreis von Herrn Lepidi übernommen hatte. Angesichts der Auseinandersetzungen war es kein Zufall, daß Giscard d'Estaing Fournières Wahlkampf durch gemeinsame Wahlveranstaltungen unterstützte.
In Auxerre kandidierte der 1967 unterlegene Unabhängige Republikaner Soisson, dem auf Grund des Wahlergebnisses die Nominierung entzogen worden war, gegen den offiziellen Kandidaten der UDR, Chenot.
Um diesen Sitz der Majorité zu sichern, sah sich Chenot auf Grund der Stimmenverteilung veranlaßt, im 2. Wahlgang zu retirieren.
In vier der sechs Toulouser Wahlkreise opponierten Kandidaten der Républicains Indépendants gegen die nominierten Gaullisten, deren Position dadurch merklich geschwächt wurde.[133]
Außerdem bewarben sich in Rambouillet zwei Kandidaten der Majorité um diesen Parlamentssitz.[134]
Abgesehen von diesen Fällen vermieden beide Parteien weitere Auseinandersetzungen, um ihre Wahlchancen nicht zu mindern und der Öffentlichkeit kein Bild der Zerrissenheit zu bieten.
Vor der Presse erklärte Pompidou, daß bei einer so großen Koalition wie der Majorité solche Spannungen von untergeordnetem Interesse seien.

---

133) Toulouse 1.: Sanguinetti (UDR) gegen Vieillard (R.I.) Toulouse 3.: Moron (UDR) gegen Pigasse (R.I.); Toulouse 4.: Diffre (UDR; nicht gewählt) gegen Vigneux (R.I.); Toulouse 6.: de Pibrac (UDR, nicht gewählt) gegen Barbe, der von der UDR zu den R.I. übergewechselt war.
134) Laurin (UDR) gegen de la Panouse (R.I.)

"Qu'ils appartiennent à l'UD-V^{e} ou qu'ils soient Républicains Indépendants; dans leur quasi-totalité ils reprendront le combat... pour sauver la République et les libertés."[135)]

3.5. Nominierung etlicher Parteiloser

Wie im Wahlkampf des Jahres 1967 versuchte die Parteileitung der UDR, etliche Mitglieder kleinerer bürgerlicher Parteien für ihre Listen zu gewinnen und im Wahlkampf zu unterstützen.
Neben die schon erwähnten Abgeordneten des früheren MRP trat nunmehr eine starke Gruppe Parteiloser und Abgeordneter des PDM.
"Nous avons accordé", erklärte Pompidou, "l'investiture à des députés sortants venant soit du groupe des non-inscrits, soit du groupe PDM et nous l'aurions accordée à d'autres s'ils avaient voulu nous rallier dès le 1. tour."[136)]
Ausschlaggebend für die Wahlunterstützung war die Einstellung dieser Abgeordneten zur bisherigen Regierung. Obwohl fast alle die Regierungsvorlagen kritisiert hatten, votierten sie jedoch in keinem Fall dagegen.
Auf Grund von Umfragen ließ sich feststellen, daß die Initiative in allen Fällen vom Comité d'Investitures ausging und auch in keinem mir bekannten Fall zurückgewiesen wurde.
Allerdings sahen sich einige Kandidaten veranlaßt, ihren Wählern mitzuteilen, "qu'on n'a demandé ni accepté aucune investiture" (so der Bürgermeister von Tours, Royer).[137)]
Folgenden Mitgliedern des PDM stellte das Comité d'In-

135) Ouest-France vom 10.6.1968
136) id. vom 10.6.1968
137) id. vom 10.6.1968

vestitures keinen gaullistischen Kandidaten gegenüber: de Montesquiou (Gers), Pleven (Côtes-du-Nord), Lafay (Paris 22.), Baudis (Haute-Garonne), Fouchier (Deux-Sèvres) und Jacquet (Loire).
Zu den schon 1967 unterstützten Parteilosen traten: Beucler (Haute-Saône), Guilbert (Manche), X. Hunault (Loire-Atlantique) und de Pierrebourg (Creuse).
Hatten einige Wahlergebnisse des Jahres 1967 gezeigt, wie vorteilhaft sich die Wahlunterstützung sowohl für die Gaullisten als auch für die geförderten Abgeordneten auswirken konnte, so war jedoch damals in diesen o.g. Wahlkreisen ein so starkes Stimmensplitting zwischen dem Gaullisten und dem bürgerlichen Kandidaten eingetreten, daß bei den jetzigen Wahlen der Verlust dieses Wahlkreises an die Opposition befürchtet werden mußte, wenn es zu keinem Wahlbündnis zwischen einzelnen Parteilosen, Mitgliedern des PDM und Gaullisten käme.
Die örtlichen Parteikader erhoben in zahlreichen Fällen heftige Proteste gegen die von Pomdidou und dem Comité d'Investitures geplante Wahlhilfe und schlugen eigene gaullistische Kandidaten vor, deren Wahlchancen als nicht gering angesehen wurden.
Auf Grund der Maiereignisse war aber die Regierung um eine möglichst breite Parlamentsmehrheit bemüht und wies u.a. aus diesem Grund die - verständlichen - Forderungen ihrer Parteifreunde zurück.
Zu diesen bürgerlichen Kandidaten traten zwei ehemalige Mitglieder der SFIO, denen noch im März 1967 ein Gaullist gegenübergestanden hatte.
Arthur Conte, von 1951 bis 1962 Abgeordneter des Departement Pyrénées Orientales, wurde ebenso wie der Bürgermeister von Douai, Charles Fenain, vom Comité d'Investitures Wahlhilfe angeboten.
Beide erklärten sich nur unter der Bedingung bereit, die Unterstützung zu akzeptieren, wenn sie in ihren Wahl-

programmen ihre politische Unabhängigkeit zum Ausdruck bringen konnten.
Während sich die UDR 1967 diesen Forderungen widersetzt hatte, willigte sie dieses Mal ein, da einem eigenen Kandidaten kaum Chancen eingeräumt, die Erfolgsaussichten der beiden ehemaligen Sozialisten aber beeinträchtigt werden konnten.

III. Alter und Beruf der Kandidaten der Majorité

Nachdem bisher die Problematik der innerparteilichen Auseinandersetzungen für die einzelnen Nominierungen analysiert wurde, erhebt sich abschließend die Frage, inwiefern berufliche und altersmäßig bedingte Gründe eine maßgebliche Rolle bei der Auswahl der Kandidaten spielten.

Der kleinere Koalitionspartner, die Républicains Indépendants, versuchte nach der Trennung vom "Centre des Indépendants" im Jahre 1962, sein Image durch den Wahlslogan zu profilieren, man vertrete "das moderne jugendliche Frankreich".

In der Tat war ein Teil der damaligen Spitzenfunktionäre dieser Gruppe jünger als 40 Jahre.[138]

Während der folgenden Legislaturperiode, besonders aber während des Wahlkampfes, beherrschte das angeblich jugendliche Image sämtliche Wahlveranstaltungen der Unabhängigen Republikaner, deren Führungsgremien sich gerne als Skiläufer oder beim Tennismatch photographieren ließen.

Ihr Generalsekretär erklärte im Frühjahr 1967:
"Nous recherchons donc de préférence, je ne dis pas systématiquement, des garçons qui auront entre 35 et 40 ans au moment des élections et qui auront fait leurs preuves auparavant dans leur vie professionnelle."[139]

Dazu muß jedoch gesagt werden, daß die überwiegende Mehrheit der bisherigen (und reinvestierten) Abgeordneten diesem Idealbild wenig entsprach: Betrachtet man die Abgeordnetengruppe für sich allein, so ergibt sich ein Altersdurchschnitt von 53 Jahren 4 Monaten.

Andererseits präsentieren die Unabhängigen Republikaner keinen neuen Kandidaten, der älter als 65 Jahre ist; außerdem wird die von den Abgeordneten gebildete Alters-

---

138) Giscard d'Estaing kandidierte 1962 als 35jähriger.
139) France moderne, no.306, April 1967

pyramide durch die neuinvestierten Kandidaten erheblich korrigiert: Der Altersdurchschnitt sämtlicher Kandidaten der Unabhängigen Republikaner betrug 1967 46 Jahre 7 Monate.
Der Mehrheit dieser jungen Kandidaten wurden allerdings Wahlkreise zugeteilt, in denen die Erfolgschancen minimal waren, so daß sich nach den Wahlen der Altersaufbau beträchtlich veränderte.[140]
Während sich die Unabhängigen Republikaner mit einer verhältnismäßig jungen Mannschaft den Wählern präsentierten, hatte die UNR unter dem Handicap zu leiden, daß ein Großteil ihrer 1958 bzw. 1962 gewählten Abgeordneten die Alterspyramide erheblich negativ beeinflußte.
Andererseits hätte sie, ebenso wie die Républicains Indépendants, diesen negativen Aufbau mit Hilfe junger Kandidaten verhindern können.
Obwohl 1967 etlichen Abgeordneten aus Altersgründen die Investitur verweigert wurde, versäumte es die Parteileitung, die freigewordenen Plätze mit jungen Gaullisten zu besetzen.
Vielfach wurden Gleichaltrige (oder nur geringfügig Jüngere) in denselben Wahlkreisen eingesetzt.
Dreißigjährige finden sich nur vereinzelt auf den Kandidatenlisten, dagegen zeigt sich der Anteil der Grandseigneurs über 65 Jahren proportional übermäßig hoch.

Dem Comité war dieser negative Altersaufbau durchaus bewußt, jedoch konnte man sich 1967 nicht entschließen, etlichen einflußreichen und um die Partei verdienten Gaullisten die Kandidatur allein auf Grund ihres Alters zu verweigern.
Betrug der Altersdurchschnitt der UNR im Jahre 1958 46 Jahre 6 Monate[141], so kletterte er vier Jahre später

---

140) Durchschnittsalter bei den Abgeordneten der R.I.: 51 Jahre 7 Monate.
141) Charlot, UNR p.189

auf 49 Jahre 8 Monate und erreichte bei Veröffentlichung der Kandidatenlisten 1966 einen Durchschnittswert von 53 Jahren 2 Monaten.
Berücksichtigt man sämtliche Kandidaten der Majorité 1967, so ergibt sich ein etwas positiveres Bild, da das Durchschnittsalter um acht Monate sinkt.
Spielte bei der Nominierung im Jahre 1967 das Alter des einzelnen Kandidaten nur eine untergeordnete Rolle, so änderte sich diese Auffassung grundlegend bei den Wahlvorbereitungen 1968.
Die Maiereignisse und die gegen den Staat revoltierende Jugend zwangen nach Auflösung der Nationalversammlung das Comité d'Investitures der Wählerschaft eine Kandidatenliste zu präsentieren, die den Forderungen nach Verjüngung zumindest optisch Rechnung trug.
Da aber fast alle Abgeordneten reinvestiert wurden, konnte diese Änderung nur durch das Auswechseln eines erheblichen Teils der Kandidaten des Jahres 1967 geschehen.
Das Comité entschloß sich, die freiwerdenden Wahlkreise nach Möglichkeit mit jüngeren Kräften zu besetzen, um den Verjüngungsprozeß zu forcieren.
So wurden im Departement Nord fünf neue Kandidaten nominiert, deren Alter zwischen 30 und 40 Jahren lag.
Insgesamt betrug der Altersdurchschnitt der Neuinvestierten 44 Jahre und 1 Monat. Nur sechs Kandidaten, die die Sechziger überschritten hatten, wurden vom Comité d'Investitures berücksichtigt[142]; als Gegengewicht wurde eine starke Gruppe sehr junger Kandidaten unterstützt, denen allerdings im allgemeinen Wahlkreise zugewiesen wurden, die bisher von der Opposition gehalten wurden.

Durch das starke Anwachsen der jüngeren Kandidaten verbesserte sich die Alterspyramide der Majorité im Jahre

---

142) M. Hautisse (Val-de-Marne), General Katz (Allier), Rafaneau (Charente-Maritime), Lachaud (Corrèze), de Pibrac (Haute-Garonne), Lassoure (Ille-et-Vilaine), Dezoteux (Somme)

1968 nur geringfügig um vier Monate (auf 52 Jahre 2 Monate), aber es ist zu beachten, daß die bisherigen Abgeordneten und Kandidaten um 19 Monate gealtert waren.[143]

Dem Comité d'Investitures war es auf Empfehlung des Premierministers gelungen, ein weiteres automatisches Anwachsen der Alterspyramide zu verhindern.
Es ist fraglich, ob diese für die Arbeitsfähigkeit und Effektivität der Partei notwendige Entwicklung ohne die Mairevolte in diesem Maße durchgeführt worden wäre.
"Verdiente Parteifreunde konnten wir davon überzeugen, daß die jugendlichen Kräfte verstärkt in der Assemblée nationale vertreten sein müssen, um die Glaubhaftigkeit des parlamentarischen Systems in den jüngeren Schichten der Wählerschaft zu festigen", erklärte mir ein Mitglied des Comité d'Investitures.[144]
Hinter dieser Evolution - zumindest hinsichtlich des Alters der neuen Kandidaten - verbirgt sich die Erkenntnis, den Unabhängigen Republikanern und dem oppositionellen PDM nicht allein die Möglichkeit zu geben, im Wahlkampf mit jungen sportlichen Kandidaten zu werben und die UDR in den Augen der Wähler als ultrakonservativ und mit patriarchalischen Strukturen durchsetzt darzustellen.

> "Ces efforts pourraient porter des fruits. Dans pas mal de circonscriptions incertaines, où la lutte sera rude, une jeune droite dynamique affrontera la vieille gauche traditionelle. Même si le programme de la seconde est meilleur..., la première offrira un visage plus attirant pour les nouvelles générations...",

bemerkte Maurice Duverger zu dieser neuen Taktik des Premierministers.

Während das Alter der Kandidaten bei den Unabhängigen Republikanern und bei der UDR - wenn auch erst seit 1968 - eine nicht zu unterschätzende Rolle bei der Nomi-

---

143) Differenz zwischen der Veröffentlichung der Listen im Dezember 1966 und im Juni 1968
144) Interview am 21.11.1968

nierung spielte, ist auf die gleiche Frage nach dem Beruf keine pauschale Antwort zu geben.
Grundsätzlich wird jede Partei bestrebt sein, Kandidaten zu nominieren, die durch die vom Beruf hergesehene Wirkungsmöglichkeit einen großen Bekanntheitsgrad in ihrem Wahlkreis besitzen.
Dann hat ebenso die soziologische Zusammensetzung der Wählerschaft naturgemäß einen Einfluß auf die Auswahl der zur Verfügung stehenden Kandidaten.
So z.B. werden die Gaullisten nie einen Arbeiter im 16. Arrondissement nominieren, wenn sie diesen Wahlkreis nicht an die Opposition verlieren wollen.
Andererseits kandidierte 1968 Hubert Germain, hoher Regierungsbeamter im Armeeministerium, erfolgreich im 13. Arrondissement.

Vergleichen wir den soziologisch-professionellen Ursprung der Kandidaten in den einzelnen Richtungen der Majorité, läßt sich feststellen, daß alle eine gleichgeartete Struktur aufweisen mit einer Ausnahme: Bei den Républicains Indépendants beginnt die soziale Hierarchie mit vier Volksschullehrern, während bei den Gaullisten 1968 immerhin drei Arbeiter kandidierten.
Die freien Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte, Industrielle und Landwirte) dominieren eindeutig in beiden Parteien; bei den Unabhängigen Republikanern beträgt ihr Anteil 58%.
Bei den Gaullisten überwiegen die freien Berufe und die höheren Beamten mit 60%; jedoch berücksichtigt die Partei nach Möglichkeit alle Berufsgruppen einschließlich der Theologen, die M. Laudrin repräsentiert.
Bei einem Vergleich der einzelnen Wahlen von 1962 bis 1968 bleibt der prozentuale Anteil der einzelnen Berufsgruppen erstaunlich konstant.
1968 läßt sich jedoch eine starke Verminderung der Juristen (um 38%), gleichzeitig aber ein Anwachsen der Mediziner und Journalisten (um 78%) feststellen.

Berufe der Kandidaten der Majorité

	1962	1967	1968
Landwirte	28	29	33
Seeleute	1	-	-
Industriedirektoren	27	47	30
Gewerbetreibende	43	35	39
Ingenieure	31	22	21
Handwerker	11	5	1
Angestellte	22	39	39
Arbeiter	-	6	3
Mediziner (einschl. med.dent. u.vet.)	45	63	69
Pharmazeuten	8	-	7
Juristen	52	56	35
Experten	15	22	19
Journalisten	18	12	22
Architekten	3	-	-
Pfarrer	1	1	1
Volksschullehrer	-	13	6
Professoren und Gymnasiallehrer	22	27	21
Hohe Regierungsbeamte (einschl. Ministerialbeamte)	11	19	26
Beamte	63	71	67
Offiziere	12	3	5
Verschiedene	9	-	3
Rentner	3	1	-
insgesamt+)	425	471	447

+) Diese Zahlen bedeuten nicht die absoluten Nominierungen, sondern nur die mir bekanntgegebenen Berufe

Die schon 1967 erkennbare Tendenz, junge Verwaltungsbeamte aus den Ministerien ("jeunes loups") ins Parlament wählen zu lassen, wurde ein Jahr später von Pompidou verstärkt fortgesetzt: z.B. M. Fortuit, 33, Sekretär im Außenministerium, Léo Hamon, Mitglied des Conseil économique et social, M. Lecat, 33, Kabinettsmitglied im Hôtel Matignon, M. Manini, 34, Auditeur im Conseil d'Etat, M. Garnier, 33, Kabinettschef im Handelsmarineamt, M. Chaumont, 33, Botschaftssekretär.
Die Absicht, die den Premierminister zu diesen Kandidaturen bewog, läßt sich zwar nur vermuten, wird aber einleuchtend mit Blick auf die Praxis:
Durch ihr Studium an der ENA und ihre jahrelange Arbeit in den Ministerien nämlich dürften die "jeunes loups" die Arbeit der Regierung im Parlament und innerhalb der Majorité erheblich erleichtern und Einwände ihrer Parteifreunde gegen Regierungsvorlagen mit Hilfe ihrer Kenntnisse und durch ihre Loyalität gegenüber der Regierung neutralisieren helfen.
Während diese Gesichtspunkte aber nur parteiinterne Bedeutung besitzen, erhebt sich generell die Frage, ob die Wählerschaft, die die Majorité mit ihren Kandidaten ansprechen möchte, durch den Beruf eines Kandidaten bewogen wird, ihre Stimme der "V^{e}-République" zu geben oder nicht.
Es ist schon früher darauf hingewiesen worden, daß bei allen Wahlkämpfen - mit Ausnahme 1968 - das Prestige des Staatspräsidenten und die Unterstützung seiner Politik den Kandidaten zum Erfolg verholfen hat.
Für die Wähler, die durch ihre Stimmen bei den Wahlen zur Assemblée nationale indirekt dem General das Vertrauen aussprachen, hatte der Beruf des gaullistischen Kandidaten nur einen minimalen Einfluß auf ihre Stimmentscheidung; hinzu kommt, daß die konservativ bürgerlichen Parteien der Majorité ihre Wähler auf keinen Fall durch Kandidaturen, die von der soziologischen Struktur der einzelnen Wahlkreise extrem abwichen, provozierten, sondern sich nach Möglichkeit den soziologischen Gegebenheiten anpaßten.

D) Schlußbetrachtung

Während die örtlichen Parteiorganisationen gemäß den Statuten mit der Parteileitung die Selektion der Kandidaten für jeden Wahlkreis vornehmen sollen, hat sich in der Praxis der bisherigen Wahlen zur Assemblée nationale das Gewicht bei der Kandidatennominierung eindeutig zu ungunsten der örtlichen Parteiorganisationen verschoben.

Während in den einzelnen Departements über den vorzuschlagenden Kandidaten debattiert und abgestimmt wurde, war die Entscheidung in den meisten Fällen durch eine winzige Minderheit exponierter Parteifunktionäre gefallen - oft gegen den erklärten Wunsch der Unions départementales.
Bei dreien der bisherigen Wahlkämpfe der V. Republik war wegen der Auflösung der Nationalversammlung eine frühzeitige Sondierung und Meinungsbildung über den zu nominierenden Kandidaten unter den Mitgliedern der Departementsunionen nur unter sehr schwierigen Umständen möglich.

Zum ersten Mal hätte sich im Sommer 1966 für die gaullistischen Ortsgruppen in der Provinz die Möglichkeit geboten, eine effektive politische Willensbildung innerhalb ihrer örtlichen Organisationen über die Kandidaten herbeizuführen.
Dieses Vorhaben, das in allen Departements mit erheblichem Elan durchgeführt werden sollte und ihnen ein Mitspracherecht auf Grund der Parteistatuten zugebilligt hätte, scheiterte jedoch am Willen des Comité central der UNR, das für dieses Gremium so wichtige Instrument der politischen Einflußnahme auf die Struktur der zukünftigen Parlamentsfraktion und für die Disziplin der Abgeordneten aus der Hand zu geben oder auch nur geringfügig zu demokratisieren.
Da das Comité central bei diesen dritten Wahlen der V. Republik nicht mit der zeitlichen Kürze des Wahltermins argumentieren konnte, wurde das Comité d'Investitures

geschaffen, dessen Aufgabe u.a. theoretisch darin bestand, die berechtigten Wünsche der Parteileitung und der Unions départementales zu koordinieren, praktisch aber jegliche Mitwirkung dieser Basisgruppen auszuschalten - von einigen Konzessionen abgesehen.
Auf die Zusammensetzung des Comité d'Investitures, die eigentliche Schaltstelle dieses für die innerparteiliche Demokratie so wichtigen Prozesses, besaßen die örtlichen Parteikader nicht den geringsten Einfluß, da sich dieses Gremium auf Wunsch des Premierministers allein nach parteitaktischen Gesichtspunkten konstituierte, um Reibungen und Divergenzen zwischen den Koalitionspartnern der Majorité zu neutralisieren.
Die teilweise sehr leidenschaftlich ausgetragenen Differenzen wegen einiger vom Comité d'Investitures in die Provinz geschickter Kandidaten ("parachutés") verdeutlichen das starke Unbehagen der Mitglieder in den Unions départementales gegenüber den Entscheidungen dieses vom Comité central geschaffenen Filters.
In einigen mir bekannten Fällen gelang es der Parteizentrale nur unter Androhung beruflicher Repressalien, die Parteidisziplin wiederherzustellen.
Erst unter dem Druck der Maiereignisse kündigte sich im Juni 1968 ein Wandel im Verhalten des Comité central gegenüber den örtlichen gaullistischen Gruppen an.
Es bleibt jedoch abzuwarten, ob der zentralistische Charakter bei kommenden Nominierungen weiter gemildert werden kann.

Während 1958 und 1962 die UNR aus taktischen und organisatorischen Gründen auf Mitglieder des RPF zurückgreifen mußte und fast ausschließlich verdiente Kämpfer der Résistance mit Hilfe sicherer Wahlkreise ins Parlament wählen ließ, kündigte sich im März 1967 eine - wenn auch noch in den Anfängen steckende - Evolution in diesem Bereich an.

Premierminister Pompidou - selbst kein Mitglied der Résistance oder des RPF - förderte allmählich die Durchdringung des alten Kaders der Gaullisten mit etlichen jungen Technokraten, die ihm durch ihren beruflichen Werdegang und ihre Qualifikation als loyale Mandatsträger geeignet schienen.
Außerdem wies er das Comité d'Investitures an, jüngere Gaullisten zu nominieren, die wegen ihres Alters in keiner der bisherigen gaullistischen Organisationen hatten mitwirken können.
Seine Taktik, mit Hilfe dieser jungen, nicht vorbelasteten Parlamentarier ein Gegengewicht zu den orthodoxen Gaullisten zu schaffen, wurde ein Jahr später verstärkt fortgesetzt.
Allerdings erreichten es die "verdienten Gaullisten" mit ihrem Einfluß und ihrem Rückhalt bei Staatspräsident de Gaulle, die sichersten Wahlkreise zu besetzen, den jungen Kräften dagegen zum Teil wenig erfolgversprechende Bezirke zuweisen zu lassen.

Für den einzelnen gaullistischen Bewerber um einen Wahlkreis ist es von entscheidender Bedeutung, über welche Beziehungen er zu hochgestellten Parteifunktionären oder gegebenenfalls sogar zu de Gaulle selbst verfügt.

Gelingt es ihm, ein Mitglied des Bureau national für seine Kandidatur im gewünschten Wahlkreis zu gewinnen, so dürfte seiner Bewerbung - sofern sie sich nicht auf Paris erstreckt - vom Comité d'Investitures nichts entgegengesetzt werden.
Da die Parteioligarchie bis 1967 fast ausnahmslos über die Vergabe eines chancenreichen Wahlkreises entschied, konnte ein Bewerber ohne die notwendige Förderung durch ein prominentes Mitglied kaum sein Ziel erreichen.
Maßgeblich für diese Unterstützung war seine Zusammenarbeit mit den gaullistischen Organisationen während des Krieges oder der IV. Republik.

Grundvoraussetzung, die jeder Kandidat zu erfüllen hatte, war seine Loyalität gegenüber den Entscheidungen des Staatspräsidenten und der Regierung.
Ein - auch nur geringes - Abweichen von dieser gemeinsamen Linie konnte zum Mandatsverlust führen, da der Betreffende bei erneuter Kandidatur entweder unberücksichtigt blieb oder einen ungünstigeren Wahlkreis zugeteilt bekam.
Dieses Druckmittel gegenüber den Abgeordneten gab der Parteileitung eine mächtige Waffe, um Kritik an der Regierungspolitik innerhalb der gaullistischen Fraktion zu verhindern; von der o.g. Maßnahme konnten auch einzelne Koalitionspartner betroffen werden, denen gegebenenfalls ein gaullistischer Gegenkandidat gegenübergestellt wurde.

Neben diesen wichtigsten Kriterien spielt die Funktion des Bewerbers innerhalb der Partei eine entscheidende Rolle, da er sich durch seine Parteiarbeit und Loyalität dem Comité central empfehlen kann.
Dabei ist es für seine Bewerbung sehr vorteilhaft, das Amt eines Bürgermeisters oder Conseiller général (Departementsabgeordneter) zu besitzen, um dem Comité central seine Popularität und Wahlkampferfahrung zu beweisen.

In diesem Zusammenhang muß auch auf das Prestige hingewiesen werden, das sich ein Abgeordneter in seinem Wahlkreis erworben hat.
Abgeordnete, denen mangelnde Popularität oder gar Desinteresse bei den Wählern nachgewiesen werden konnte, wurden nicht mehr berücksichtigt.
Dagegen ist eine Ortsverbundenheit (wie sie B. Zeuner für die BRD als charakteristisch ansieht) von nur untergeordneter Bedeutung, da die Kandidaten ihren Wohnsitz in vielen Fällen nicht in dem vom Comité d'Investitures zugewiesenen Wahlkreis haben und sich dort nur wenige Tage im Monat aufhalten.

Erstaunlicherweise bedeutet diese mangelnde Präsenz für die sogenannten Parachutés keinen Nachteil bei der Stimmabgabe, sofern es ihnen gelingt, ihre Wähler während der Parlamentsperiode durch Schriften oder Versammlungen über ihre Arbeit in der Assemblée nationale zu informieren und für den Wahlkreis auf wirtschaftlichem oder infrastrukturellem Gebiet Vorteile zu verschaffen.
Nicht unwichtig für die Auswahl ist weiter die berufliche Qualifikation des Kandidaten der Majorité.
Einmal soll er sich durch seinen Beruf nicht grundlegend von der soziologischen Struktur der Mehrheit seiner Wähler unterscheiden, andererseits sich aber mit Hilfe seiner beruflichen Kenntnisse für die Parlamentsarbeit qualifizieren.

All die angeführten Kriterien beherrschten bisher die Kandidatenauswahl der UNR und ihrer Koalitionspartner bei sämtlichen Wahlen zur Nationalversammlung der V. Republik.

Trotzdem unterscheidet sich die Auswahl bei den letzten Wahlen nicht unerheblich von den früheren Entscheidungen.

Zum ersten Mal wurde den Unions départementales praktisch die Möglichkeit gegeben, dem Comité d'Investitures eigene Kandidaten vorzuschlagen.
Mit diesem Zugeständnis war allerdings keineswegs die Annahme der Vorschläge verbunden; jedoch zeigt dieser unter dem Druck der innenpolitischen Lage im Juni 1968 erreichte Wandel die Bereitschaft des Comité central der UDR und des Premierministers (bzw. heutigen Staatspräsidenten) den Prozeß der politischen Willensbildung innerhalb der Partei allmählich durchzuführen und die zentralistischen Verfahrensweisen bei der Kandidatenauswahl durchlässiger zu gestalten.

Quellen- und Literaturverzeichnis

I. Quellen

Année politique: Revue chronologique des principaux faits politiques, économiques et sociaux de la France et de l'Union française, Paris, 1962ff.

Archiv der Gegenwart, Bd.28ff., Bad Godesberg, 1958ff.

Assemblée Nationale: Notices et Portraits 1968, Paris, 1968

" " : Ordre du jour à l'Assemblée Nationale 12 juillet 1968, feuilleton 2

" " : Liste de Mesdames et Messieurs les Députés (3e législature) Paris 1967

" " : Annexe au feuilleton no.125 du 2.12.1969: Composition des groupes, Paris 1969

Institut de l'Opinion Publique: Etudes de circonscriptions pour les élections législatives de 1967, Paris 1966 (unveröffentl.)

Ministère de l'Intérieur: Liste des candidats aux élections générales législatives de 1958, Paris 1958

" " id... de 1962, Paris 1962

" " id... de 1967, Paris 1967

" " id... de 1968, Paris 1968

Ministère de l'Intérieur: Recueil des textes authentiques des programmes de 1958, Paris 1958

" " id... de 1962, Paris 1962

" " id... de 1967, Paris 1967

" " id... de 1968, Paris 1968

Notes et Documents Paris 1966/67

Union pour la Nouvelle République: Election en 1958, Dossier du candidat, Paris 1958

" " Election en 1962, Dossier du candidat, Paris 1962

Comité d'action pour la Ve République: Election en 1967, Dossier du candidat, Paris 1967

Union pour la Défense de la République: Election en 1968, Dossier du candidat, Paris 1968

Zeitschriften:

L'Express	Paris 1958ff.
France moderne	Paris 1966ff.
Témoignage chrétien	Paris 1959ff.
Notre République	Paris 1962ff.
Nouvelle Frontière	Paris 1963ff.
Nouvel Observateur	Paris 1958ff.

Zeitungen:

L'Aurore	Paris 1958ff.
Combat	Paris 1958ff.
Le Dauphiné	Grenoble 1958ff.
Le Figaro	Paris 1958ff.
L'Humanité	Paris 1966/67
La Nation	Paris 1962ff.
Midi - Libre	Montpellier 1958 u.1962
Le Monde	Paris 1958ff.
Nice Matin	Nizza 1966/67
Ouest - France	Rennes 1962ff.
Paris - Presse	Paris 1958ff.
Le Provençal	Marseille 1962ff.

II. Allgemeine Literatur

Aron, Ray.: Catégories dirigeantes ou classe dirigeante, in RFSP XV(1), fév. 1965

id. : La V^{e} République ou l'empire parlementaire, in Preuve 93, nov.1958

id. : de Gaulle et la chambre introuvable, in Preuve 95, jan.1959

id. : La démocratie a-t-elle un avenir en France? in Preuve 101, juillet 1959

id. : La république gaulliste continue, in Preuve 143, jan.1963

Association française des Sciences politiques: L'etablissement de la V^{e} République, le référendum et les élections de 1958, Paris 1960

Bal, M.: Les Indépendants in RFSP 15(3), juin 1965

Beyme, K.v.: Der Begriff der parlamentarischen Regierung, in Parlamentarismus 1967

id. : Interessengruppen in der Demokratie, München 1969

id. : Die verfassunggebende Gewalt des Volkes, Tübingen 1968

Buchaillard, P./Contat, B.: L'UNR dans la Seine, Paris, I.E.P. 1961

Chaffard, G.: Les orages du mai, Paris 1968

Chapsal, J.: La V^{e} République, Paris 1963

id. : La vie politique en France depuis 1940, Paris 1966

Charlot, J.: Les maîtres de l'UNR, Paris 1959

id. J./M. : Les partis politiques en France depuis 1941, Paris 1961

id. J. : Note sur les dirigeants de l'UNR, in Association franç. des Sciences politiques, Table ronde 15 - 16.11.1963

id. : L'UNR: les 3^{e} assises nationales de l'UNR/UDT à Nice, in RFSP 14(1), fév.1964

id. : L'UNR, étude du pouvoir au sein d'un parti politique, Paris 1967

id. : Les préparatifs de la Majorité (unveröffentl.)

Charlot, J.: L'après-gaullisme in RFSP, fév. 1968

id. : Le phénomène gaulliste, Paris 1970

Charnay, J.P.: Le suffrage politique en France, Paris 1965

Depresle: Du référendum aux élections législatives, in Revue sociale 159, jan.1963

Deutsch/Lindon/Weill: Familles politiques aujourd'hui en France, Paris 1966

Dogan, M.: Les élections législatives en 1962, in Revue franç. de Sociologie 6(3), juil.-sept.1965

Dominique, P.: de Gaulle et ses automates, in Ecrits de Paris 210, déc.1962

Dreyfus, F.: Les élections législatives en Alsace, in Etudes politiques 1960

Duverger, M.: Die politischen Parteien, Tübingen 1959

id. : La V^{e} République, Paris 1968

id. : La démocratie sans le peuple, Paris 1967

Emeri, Cl. : Les forces politiques au Parlement, in RFSP 13(3), sept.1963

Eschenburg, Th.: Staat und Gesellschaft in Deutschland, Stuttgart 1956

id. : Über Autorität, Frankfurt 1965

Goguel, F.: Référendum d'octobre et les élections de novembre 1962, Paris 1965

id. : Les élections de 1967, in RFSP 18(3), 1967

id. : Les élections de 1968, in RFSP oct. 1968

Goguel, F./Grosser, A.: La politique en France, Paris 1964

Grosser, A.: La politique extérieure de la V^{e} République, Paris 1965

Jabin: L'UNR a-t-elle une doctrine? in Revue socialiste 155, juillet 1962

Jeanneau, B.: Les élections de novembre 1958 en Maine-et-Loire, in RFSP 10(3), sept.1960

Kaufmann, K.H./Kohl, H./Molt, P.: Die Auswahl der Bundestagskandidaten 1957 in zwei Bundesländern, Köln-Berlin 1961

Kessler, M.C.: Les Républicains Indépendants, in RFSP, août 1966

id. : Giscard d'Estaing et les Républicains Indépendants: juillet 1966 - nov.1967, in RFSP, fév.1968

Lancelot/Ranger: Développements récents de la recherche électorale en France, Paris 1964

Laponce: The governement of the fifth Republic, Berkeley 1961

Lavau, G.: Réflexions sur le régime politique de la France, in RFSP 12(4), déc.1962

id. : Forces politiques, forces nouvelles et institutions, in RFSP 13(3), sept.1963

id. : L'UNR au lendemain de sa victoire, in RFSP 13(2), juin 1963

Löwenberg, G.: Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1969

Marette, J.: L'UNR et l'élection législative partielle du 9e arrondissement de Paris (4-11.6.1961), in RFSP 11(4), déc.1961

Michelat, G.: Les réactions de l'opinion publique à l'égard des forces politiques en 1962, in RFSP 13(2), 1963

Parodi, J.L.: Quatre années de contraverses constitutionnelles, in RFSP 12(4), déc.1962

Prelot, M.: Sociologie politique II: les partis politiques, Paris 1967

Rémond, R.: La droite en France, Paris 1963

Sternberger, D./Vogel, B.: Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane, Bd.I,1, Berlin 1969

Soustelle, J.: 28 ans de Gaullisme, Paris 1968

Taillefer: Renouveau et rôle des partis politiques, Paris 1963

Taylor, E.: De Gaulle, the Gaullists and the organization men, in Reporter 19(11), déc. 1958

Touchard, J.: Le référendum de septembre et les élections législatives de novembre 1958, Paris 1960

Viansson-Ponté: Ceux qui ont l'oreille du Général, in Réalités 232, mai 1965

Waline: Les groupes parlementaires sous la V^e République, D.E.S. sciences politiques, Droit 1960

id. : Les groupes parlementaires en France, in Revue du droit public 6, nov.1961

Weill-Raynal, E.: Remarques sur les élections de 1958, in Revue sociale 126, oct.1959

Zeuner, B.: Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl 1965.
Untersuchungen zur innerpolitischen Willensbildung und zur politischen Führungsauslese.
Diss. Berlin

id. : Innerparteiliche Demokratie, Berlin 1969

Abkürzungen

CNI	Centre national des Indépendants
CPDM	Centre progrès et démocratie moderne
ENA	Ecole nationale d'Administration
FGDS	Fédération de la Gauche démocrate socialiste
FLN	Force de la libération nationale
MRP	Mouvement républicain populaire
OAS	Organisation armée secrète
PCF	Parti communiste français
PSU	Parti socialiste unifié
R.I.	Républicains Indépendants
RPF	Rassemblement du peuple français
SFIO	Section française de l'Internationale ouvrière
UDR	Union des Démocrates pour la République
UDT	Union démocratique du travail
UJP	Union des jeunes pour le progrès
UNR	Union pour la Nouvelle République
URAS	Union des Républicains d'action sociale

Zeitschriften:

AFSP	Association française des Sciences politiques
PUP	Presses Universitaires de Paris
RFSP	Revue française des Sciences politiques

Anhang

Liste der Parlamentarier der U.N.R. bzw. U.D.R. und der Unabhängigen Republikaner

Gruppe "Union pour la Novelle République" am 22.1.1959

Albrand, Arabi el Goni, P. Arrighi, Battesti, Bayrou, Becker, Becue, Bégué, F. Bénard, de Benouville, Bérard, Bernasconi, R. Besson, Biaggi, Bignon, Bisson, Boinvilliers, Bord, Borroco, Boscher, Bouchet, Boudet, Boulet, Boulin, G. Bourgeois, Bourgoin, Bourgund, Bourriquet, Brice, Bricout, Briot, H. Buot, G. Buron, Cachat, Calmejane, Camino, Carous, Carter, Catalifaud, Cathala, Chaban-Delmas, Chapalain, Charié, Charret, Chatenay, Chavanne, Mohamend Said Cheikh, Clément, Clerget, Clermontel, Collette, Comte-Offenbach, Cornut-Gentille, Coumaros, Dalbos, Damette, Danilo, M. Dassault, Degraeve, Delbecque, Deliaune, E. Denis, M. Devaud, Diet, Dreyfous-Ducas, Dronne, Drouot-L'Hermine, Duflot, Dumas, Durbet, Dusseaulx, Duterne, Duvillard, Falala, Fanton, Filliol, Fouques-Duparc, Frys, Gamel, Garnier, Garraud, Godefroy, de Garcia, J.M. Grenier, Grussenmeyer, Guillon, Habib-Deloncle, Hauret, Hostache, M. Jacquet, Jacson, Jamot, Jarrot, Jouhanneau, Karcher, de Kerveguen, Labbé, La Combe, Lapeyrusse, Laurin, Lavigne, Le Bault de la Morinière, Lecocq, Le Douarec, R. Leduc, Lemaire, Lepidi, Le Tac, Le Theule, Liogier, Liquard, Lopez, Luciani, Lurie, Maillot, Mainguy, Malbrant, de la Malène, Ali Mallem, Malleville, Marcenet, Marchetti, Martinache, Maurice-Bokanowski, Maziol, Mazo, Bezzeghoud-Mekki, Mirguet, Miriot, Missoffe, Moatti, Mocquiaux, M. Montagne, Moore, Moras, Morisse, Moulin, Nader, Neuwirth, Noiret, Nou, Nungesser, J.P. Palewski, Pasquini, Peretti, J. Perrin, Pezé, Peyrefitte, Peyret, Peytel, Picard, Plazanet, de Poulpiquet, Poutier, Profichet, Quentier, Radius, Raphael-Leygues, Réthoré, Rey, R. Ribière, Richards, Rivain, Roques, Roulland, Rousseau, Roux, Ruais, Sagette, de Sainte-Marie, Sammarcelli, Sanson, Santoni, Sarazin, Schmittlein, Sicard, Souchal, Soustelle, Teisseire, Terrenoire, Thomazo, Thorailler, Tomasini, Touret, Toutain, Triboulet, Valabrègue, van der Meersch, Vanier, Vaschetti, Vendroux, Viallet, Vidal, J. Vitel, Voisin, Wagner, R. Walter, Weinman, Ziller.

Apparentés[1]:

Ehm, Escudier, H. Fabre, Hoguet, Laudrin, Maridet, J. Taittinger

1) Die Apparentés stehen den Fraktionen, denen sie sich anschließen, sehr nahe, sind jedoch keine offiziellen Parteimitglieder

Gruppe U.N.R./U.D.T. am 10.12.1962

Aizier, Albrand, Ansquer, Bailly, M. Bardet, Bas, Bayle, Becker, Becue, F. Benard, Beraud, Berger, Bernasconi, Bignon, Billotte, Bisson, Boinvilliers, Bord, Bordage, Borocco, Boscher, Boulin, G. Bourgeois, L. Bourgeois, Bourges, Bourgoin, Bourgund, Bousseau, Bricout, Briot, H. Buot, Cachat, A. Caill, R. Caill, Calméjane, Capitant, Carter, Catalifaud, Catroux, Chaban-Delmas, Chapalain, Charbonnel, Charié, E. Charret, Cherasse, Clerget, Clostermann, Collette, Comte-Offenbach, Coumaros, Damette, Danel, Danilo, M. Dassault, Dassie, Degraeve, Delatre, Deliaune, Delong, Delory, Drouot-L'Hermine, Duflot, Dumas, Duperier, Durbet, Durlot, Dusseaulx, Duterne, Duvillard, Ehm, R. Evrard, Fagot, Fanton, Flornoy, Fossé, Foyer, Frey, Gamel, Gasparini, Georges, H. Germain, Godefroy, Goemaere, Gorce-Franklin, de Grailly, Grussenmeyer, Guéna, Guillermin, Guillon, Habib-Deloncle, A. Halbout, Hauret, de Hautecloque, Heitz, Herman, Herzog, Hinsberger, Hoffer, Houcke, M. Jacquet, Jacson, Jamot, Jarrot, Karcher, Kaspereit, Krieg, Kroepfle, La Combe, Lapeyrusse, Laudrin, Laurin, Lavigne, Le Bault de la Morinière, Lecocq, F.Le Douarec, R. Leduc, Le Gall, Le Goasguen, Lemaire, Lemarchand, Lepage, Lepeu, Lepidi, Le Tac, Le Theule, de Lipkowski, Lotoux, Luciani, Macquet, Maillot, Mainguy, de La Malène, Malleville, Marcenet, Marette, Marquand-Gairard, Maurice-Bokanowski, Max-Petit, Maziol, Mer, Meunier, Miossec, Missoffe, Morisse, A. Moulin, Nessler, Neuwirth, Noiret, Nou, Nungesser, J.P. Palewski, Pasquini, Peretti, J. Perrin, Perrot, Peyrefitte, Peyret, Pezé, Ploux, Poirier, Poncelet, de Poulpiquet, de Préaumont, Prioux, Quentier, Rabourdin, Radius, Raffier, Raulet, Réthoré, H. Rey, Ribadeau-Dumas, R. Ribière, L. Richard, A. Richards, Richet, Risbourg, Ritter, Rivain, Rives-Henrys, Roques, Roux, Ruais, Sabatier, Sagette, Sainteny, Saintout, Salardaine, Sallé, Sanglier, Sanguinetti, Sanson, Schmittlein, Schwartz, Serafini, Souchal, Taittinger, Terrenoire, Thillard, Thorailler, Tirefort, Tomasini, Toury, Triboulet, Valenet, L. Vallon, Vanier, Vendroux, Vivien, Voisin, Voyer, Wagner, Weinman, Westphal, Ziller, Zimmermann.

Apparentés:

Boudoin, Bérard, Catry, Christiaens, Corniglion-Molinier, Deniau, Didier, Frys, J. Hébert, Hoguet, Said Ibrahim, L. Jacquinot, Lepourry, J. Millot, Ahmed Mohamed, Ahmed Idriss Moussa, P. Rvivière.

Gruppe der Parlamentsabgeordneten der "Républicains Indépendants" (1962 - 1967)

Ailliers, Anthonioz, Beauguitte, Boisdé, Boscary-Monsservin, de Broglie, Cattin-Bazin, Chamant, Couderc, Dalainzy, Delachenal, Denis, Giscard d'Estaing, Grimaud, Halgouet, Icart, Loste, Martin, Maujouan du Gasset, Marcellin, Mondon, Moynet, Paquet, Pianta, Picquot, Plantain, Renouard, Roche-Defrance, Schnebelen, Terre, Van Haeck, Vitter, Voilquin, Weber.

Apparentés:

Boyer-Andrivet, Commenay, Laine, Lalle.

Gruppe "Union démocratique pour la V^{e} République" 1967/68

Abdoulkader Moussa Ali, Ansquer, Baclet, Bailly, Balança, Baridon, P. Bas, Batier, Baumel, Bécam, Belcour, F. Bénard, Beraud, Berger, Bignon, Bisson, Blary, Boinvilliers, Bordage, Borocco, G. Bourgeois, Bourgoin, Bousquet, Bousseau, Bozzi, Brial, Bricout, Briot, Buot, P. Buron, A. Caill, R. Caill, Catalifaud, Chaban-Delmas, Chalandon, Charié, Charret, Chassagne, Chauvet, Clostermann, Cointat, P. Cornet, M. Cornette, Coumaros, Damette, Danel, Danilo, Dassault, Degraeve, Delatre, L.A. Delmas, Delong, Dusseaulx, Duterne, A. Ehm, Faggianelli, Falala, Fanton, J. Favre, Flornoy, Fossé, Foyer, Georges, Gerbaud, Girard, Godefroy, de Grailly, Granet, Grussenmeyer, Guillermin, Habib-Deloncle, Hamelin, Hauret, de Hautecloque, Hébert, Herzog, Hinsberger, Hoffer, Inchauspé, Ithurbide, M. Jacquet, Jacson, Jamot, Jarrot, Jenn, Julia, Kaspereit, Krieg, Labbé, La Combe, Laudrin, Le Bault de la Morinière, Le Douarec, Lemaire, Lepage, Lepeu, Lepidi, Le Tac, Le Theule, Limouzy, de Lipkowski, Litoux, Luciani, G. Macé, Macquet, Maillot, Mainguy, de la Malène, Marette, Marie, Massoubre, Mauger, Meunier, Miossec, Nessler, Neuwirth, Noel, Offroy, J.P. Palewski, Peretti, Perrot, C. Petit, Peyret, Pezout, Pisani, Ploux, Poirier, Poncelet, Pons, R. Poujade, de Poulpiquet, P. Pouyade, de Préaumont, Quentier, Rabourdin, Radius, Réthoré, H. Rey, Ribadeau-Dumas, R. Ribière, J. Richard, L. Richard, Rickert, Ritter, Rivain, P. Rivière, Rivierez, de Rocca-Serra, Roulland, Roux, Ruais, Sabatier, Sagette, Salardaine, L. Sallé, Scholer, Schwartz, Sers, Souchal, Sprauer, Taittinger, A. Terrenoire, L. Terrenoire, Tomasini, Triboulet, Tricon, Trorial, Valenet, Valentino, Valleix, J. Vendroux, J.Ph. Vendroux, Vertadier, R.A. Vivien, Wagner, Weinman, Westphal, Ziller, Zimmermann.

Apparentés:

Aymé de la Chevrelière, Baudouin, Bizet, Boscher, Capitant, Cerneau, de Chambrun, Chapalain, Christiaens, Cousté, X. Deniau, Dienesch, Frys, Hoguet, Jacquinot, Lehn, Mohamed Ahmed, Said Ibrahim, Thomas, Verkindere, Voisin.

Gruppe Républicains Indépendants im Juni 1967

d'Aillières, Anthonioz, Barillon, A. Beauguitte, Bichat, R. Boisdé, Ch. Bonnet, Boscary-Monsservin, Boyer-Andrivet, de Broglie, Caillaud, Cattin-Bazin, Chedru, Couderc, Delachenal, B. Denis, Destremau, Dijoud, Dominati, Duval, R. Feit, Giscard d'Estaing, Grimaud, Griotteray, C. Guichard, du Halgouet, Maujouan du Gasset, Mondon, Morison, d'Ornano, Paquet, Pianta, Picqout, Poniatowski, Renouard, Sanford, Schnebelen, de la Verpillière, Vitter, Voilquin, Weber.

Apparentés:

Deprez, Lainé, Sablé.

Gruppe "Union des démocrates pour la République"
am 2.12.1969

MM. Abdoulkader Moussa Ali, Alloncle, Ansquer, Henry Arnaud, Aubert, Aymar, Pierre Bas, Bayle, Bécam, Bégué, Belcour, François Bénard, Mario Bénard, de Bennetot, Bérard, Beraud, Berger, Bernasconi, Beylot, Albert Bignon, Charles Bignon, Billotte, Bisson, Blary, Boinvilliers, Bolo, Bordage, Borocco, Boscher, Bouchacourt, Georges Bourgeois, Bourgoin, Bousquet, Bousseau, Bozzi, Bressolier, Brial, Bricout, Briot, Buot, Pierre Buron, Antoine Caill, René Caille, Caldaguès, Calméjane, Carter, Cassabel, Catalifaud, Catry, Chabrat, Chambon, Charbonnel, Charié, Edouard Charret, Jean Chassagne, Chaumont, Chauvet, Clavel, Cointat, Colibeau, Collette, Collière, Arthur Conte, Pierre Cornet, Maurice Cornette, Coumaros, Couveinhes, Cressard, Damette, Danel, Danilo, Dassault, Degraeve, Dehen, Delahaye, Delatre, Delhalle, Deliaune, Louis-Alexis Delmas, Jacques Delong, Donnadieu, Duboscq, Dumas, Dupont-Fauville, Dusseaulx, Albert Ehm, Fagot, Falala, Jean Favre, Feuillard, Flornoy, Fontaine, Fortuit, Fossé, Fouchet, Foyer, Fraudeau, des Garets, de Gastines, Georges, Gerbaud, Germain, Giacomi, Gissinger, Godefroy, Godon, Gorse, de Grailly, Grandsart, Granet, Grondeau, Grussenmeyer, Guilbert, Guillermin, Habib-Deloncle, Jean Hamelin, Hauret, Mme de Hauteclocque, MM. Helène, Herman, Herzog, Hinsberger, Hoffer, Marc Jacquet, Jacquinot, Jacson, Jalu, Michel Jamot, Pierre Janot, Jarrot, Jenn, Joxe, Julia, Kédinger, Krieg, Labbé, Lacagne, La Combe, Lassourd, Laudrin, Lavergne, Lebas, Le Bault de La Morinière, Lecat, Le Couarec, Lelong, Lemaire, Lepage, Leroy-Beaulieu, Le Tac, Le Theule, Liogier, Lucas, Luciani, Macquet, Magaud, Mainguy, de la Malène, Marcenet, Marcus, Marette, Marie, Michel Marquet, Claude Martin, Massoubre, Mauger, Mazeaud, Menu, Mercier, Messmer, Miossec, Mirtin, Missoffe, Modiano, Ahmed Mohamed, Moron, Arthur Moulin, Mourot, Murat, Narquin, Nessler, Neuwirth, Nungesser, Offroy, Jean-Paul Palewski, Papon, Pasqua, Peretti, Perrot, Camille Petit, Peyrefitte, Peyret, Plantier, Mme Ploux, MM. Poirier, Poncelet, Robert Poujade, de Poulpiquet, Pierre Pouyade, de Préaumont, René Quentier, Rabourdin, Rabreau, Radius, Raynal, Réthoré, Ribadeau Dumas, Ribes, René Ribière, Jacques Richard, Lucien Richard, Richoux, Rickert, Ritter, Rivain, Rives-Henrys, Paul Rivière, Rivierez, de Rocca Serra, Hubert Rochet, Rolland, David Rousset, Claude Roux, Ruais, Sabatier, Ibrahim Said, Louis Sallé, Sanglier, Sanguinetti, Santoni, de Sarnez, Schvartz, Sers. Sibeud, Souchal, Sourdille, Sprauer, Stirn, Jean Taittinger, Alain Terrenoire, Louis Terrenoire, Thillard, Thorailler,

Tiberi, Tomasini, Tondut, Torre, Toutain, Tremeau, Triboulet, Tricon, Mme Troisier, MM. Valenet, Valleix, Vancalster, Vandelanoitte, Jacques Vendroux, Jacques-Philippe Vendroux, Verkindère, Vernaudon, Vertadier, Alban Voisin, Volumard, Wagner, Weinman, Westphal, Ziller, Zimmermann.

Apparentés:

Mme Aymé de la Chevrelière, MM. Baudouin, Bizet, Bonhomme, Capelle, de Chambrun, Corrèze, Cousté, Xavier Deniau, Edgar Faure, Frys, Glon, Hoguet, Lehn, Meunier, de Pierrebourg, Joseph Rivière, Robert, Tisserand, André-Georges Voisin.

Gruppe "Républicains Indépendants" am 2.12.1969

MM. d'Aillières, Arnould, André Beauguitte, Bichat, Raymond Boisdé, Pierre Bonnel, Christian Bonnet, Boscary-Monsservin, Boyer, Brocard, de Broglie, Buffet, Georges Caillau, Paul Caillaud, Carrier, Cattin-Bazin, Chamant, Chedru, Couderc, Delachenal, Bertrand Denis, Deprez, Destremau, Dijoud, Dominati, Ducray, Durieux, Duval, René Feit, Gardeil, Gerbet, Olivier Giscard d'Estaing, Grimaud, Griotteray, Claude Guichard, du Halgouet, Icart, Michel Jacquet, Joanne, Hubert Martin, Maujouan du Gasset, Morellon, Morison, Nass, d'Ornano, Paquet, Jean-Claude Petit, Pianta, Poniatowski, Renouard, Schnebelen, Soisson, Tissandier, de la Verpillière, Vitter, de Vitton, Voilquin, Weber.

Apparentés:

MM. Baudis, Lainé, Mathieu, Sablé.

Lebenslauf

Am 29. März 1943 wurde ich, Udo Kempf, als Sohn des Kaufmanns Eugen Kempf und seiner Ehefrau Emmi, geb. Röntgen, in Remscheid-Lennep geboren.

Nach der Volksschule besuchte ich das neusprachliche Gymnasium in Lennep, wo ich 1962 meine Reifeprüfung ablegte. Anschließend immatrikulierte ich mich an der Universität Bonn für das Studium der Geschichte, der Romanistik und der Wissenschaftlichen Politik.

Im Studienjahr 1963/64 besuchte ich die Universität in Grenoble, seit dem WS 1964/65 war ich in Tübingen immatrikuliert, wo ich im April 1968 mein Examen u.a. bei Prof. von Beyme bestand.
Anschließend war ich zehn Monate am Institut des Sciences politiques in Paris tätig.